

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Bolivien

vom 17. September bis 30. Oktober 2014

Bolivien im Aufbruch.

Der schwierige Neuanfang des Evo Morales

von Mareike Müller

Bolivien, vom 17. September bis 30. Oktober 2014



Inhalt

1.1 Zur Person	406
1.2 Die Idee	406
2. Prolog	407
2.1 Evo Morales, der Mann aus dem Volk	409
2.2 Keine Partei, eine Bewegung: Movimiento al Socialismo	410
2.3 2005: Der Erdrutschsieg	411
2.4 2009: Die erfolgreiche Wiederwahl	413
3. Der Wahlkampf	413
3.1 Evo fliegt allen davon	416
3.2 Der Kolonialismus war nie vorbei	418
3.3 Eine neue politische Generation	422
3.4 Nicht alle sind Evo	425
3.5 Bolivien ist ein anderes	430
4. Die verbotene Pflanze im Garten Eden	432
4.1 Fluch und Segen	433
4.2 Koka ist nicht gleich Koka	435
4.3 Bernabe, 74 Jahre, Kokabauer	438
4.4 Vorbildhaftes Bolivien?	440
5. Kinder an die Macht	444

5.1 Cielo, zehn Jahre, Verkäuferin	445
5.2 Wir wollen arbeiten!	446
5.3 Ein anderes Kind	451
6. Der Fluch des Silbers	454
6.1 Die Stadt mit den zwei Gesichtern	454
6.2 Benedicto, 33 Jahre, Minenarbeiter	457
6.3 Die Unsichtbaren	460
6.4 Im Schatten des Reichen Berges	465
7. Die Wahl	468
7.1 Der Tag der Wahl	468
7.2 Der Tag nach der Wahl	471
8. Epilog	473
9. Danksagung	476

1.1 Zur Person

Mareike Müller, Jahrgang 1986, entdeckte schon früh ihre Leidenschaft für den Journalismus und begann mit 15 Jahren für die Tageszeitung ihrer Heimatstadt zu schreiben. Ob schrulliger Kleingärtner oder geschwätziger Bürgermeister, sie mochte es den Menschen zu begegnen und deren Geschichten zu erzählen. Während des kulturwissenschaftlichen Studiums in Potsdam, Paris und Hamburg erlernt sie das journalistische Handwerk. Sie schreibt Interviews, Portraits und Reportagen, produziert kurze und lange Stücke für Fernsehen und Radio. Ihre Geschichten werden in Tageszeitungen und Magazinen sowie von öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen veröffentlicht. Für ihre Recherchen zieht es sie immer wieder auch über die Ländergrenzen hinaus. Es sind die Begegnungen mit den Menschen und ihren Geschichten, die sie sucht. Ihre kindliche Neugier und das aufrichtige Interesse an ihrem Gegenüber sind es, die sie in ihrer Arbeit als Journalistin antreiben.

1.2 Die Idee

Mit großer Begeisterung feierte die indigene Bevölkerung Boliviens 2005 die Wahl von Evo Morales zum Präsidenten ihres Landes. Die Menschen hatten hohe Erwartungen an den ersten Präsidenten aus ihrer Mitte und die Zukunft Boliviens – ein Land, das über Jahrhunderte hemmungslos ausgebeutet wurde. Der neue Präsident, der indigene Wurzeln hat und aus ärmsten Verhältnissen stammt, versprach bei seiner Vereidigung der jubelnden Menge eine Neugründung des Staates. Nach fünfhundert Jahren der Unterdrückung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit sei der Beginn einer neuen Ära gekommen. Mit dem *Cambio*, dem Wandel, beginne das Zeitalter der Ureinwohner Boliviens, der *Indígenas*.

Acht Jahre später, kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2014, begeben sich auf eine Reise durch das Land, um ein Bild des neuen Boliviens zu zeichnen. Was hat sich tatsächlich verändert? Konnte der erste indigene Präsident seine zahlreichen Wahlversprechen einlösen? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Regierung Morales? Welche Herausforderungen müssen das Land und sein künftiger Präsident meistern? In verschiedenen Teilen des Landes lerne ich Menschen kennen, die mir ihre Geschichte erzählen, mich an ihrem Alltag teilhaben lassen. Sind sie zufrieden mit der Entwicklung der vergangenen Jahre? Haben sich ihre Erwartungen an das neue Bolivien erfüllt? Jeder von ihnen gibt Einblick in seine ganz individuelle Lebensrealität und öffnet damit den Blick für eine neue Perspektive

auf das Geschehene, das Gegenwärtige und das Künftige. Ergänzend spreche ich mit Experten, wie Entwicklungshelfern und Wissenschaftlern, über die Hintergründe der Entwicklungen, um mit allen Erkenntnissen aus der Recherche ein Kaleidoskop des neuen Boliviens zu entwerfen.

2. Prolog

Bolivien liegt im Herzen Südamerikas und grenzt an Brasilien, Paraguay, Argentinien, Chile und Peru. Die Geographie des Landes ist wesentlich durch die Anden geprägt: Das Gebirge und das Altiplano im Westen, die subtropischen Yungas an den östlichen Ausläufern der Anden, sowie die tropische Tiefebene im Osten des Landes charakterisieren die Oberfläche. Klima und Vegetation sind abhängig von der Höhe des jeweiligen Ortes und damit ebenfalls sehr vielfältig. In Bolivien leben zehn Millionen Menschen, mehr als die Hälfte von ihnen gehört den indigenen Völkern an. Es gibt etwa 40 verschiedene ethnische Gruppen, die größten Völker sind die Quechua und die Aymara. Seit der spanischen Eroberung nimmt die Vielfalt immer weiter ab und es werden in absehbarer Zeit weitere kleine indigene Völker aussterben. Spanisch ist in ganz Bolivien Amtssprache und wird von dem Großteil der Bevölkerung, insbesondere in den Städten, gesprochen. Darüber hinaus gilt in jeder Region mindestens eine weitere lokale indigene Sprache als Amtssprache, die vor allem von der Landbevölkerung gesprochen wird. Viele Bolivianer wachsen zweisprachig auf. Bolivien ist nur dünn besiedelt, hat aber eine der stärksten Geburtenraten des Kontinents. Die Lebenserwartung betrug 2011 bei der Geburt von Jungen 65 Jahre, von Mädchen 70 Jahre. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht krankenversichert. Viele Menschen, insbesondere in abgelegenen ländlichen Gebieten, haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Etwa drei Viertel der Bevölkerung sind katholisch. Seit 2008 gilt der Analphabetismus als besiegt, das Bildungsniveau ist jedoch nach wie vor niedrig.

In Bolivien und Peru entwickeln sich schon lange vor den Inka die ersten Hochkulturen. Im 15. Jahrhundert breitet sich das Inka-Reich in dieser Gegend aus. 1532 erreicht der spanische Eroberer Francisco Pizarro das Land und die fast hundertjährige Herrschaft der Inka nimmt ein jähes Ende. Die Spanier gründen das Vizekönigreich Peru, dem Bolivien mit dem Namen Hochperu angehört. Das Gebiet um Potosí wird mit der Entdeckung der Silberader zur reichsten Provinz der spanischen Eroberungen. Über zweihundert Jahre fließt das bolivianische Silber in den spanischen Staatshaushalt. Die indigene Bevölkerung wird unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit in den Minen gezwungen. In zwei Jahrzehnten stirbt die Hälfte von ih-

nen. Im 18. Jahrhundert kommt es unter der Führung von Túpac Katari zu indianischen Aufständen, die von den spanischen Truppen blutig niedergeschlagen werden. Doch der Ruf nach Autonomie wird in der Bevölkerung immer lauter und führt zu Aufständen im ganzen Land. 1812 übernimmt der Venezolaner Simón de Bolívar die Führung des Befreiungskampfes. Nach 16 blutigen Jahren erklärt Bolivien am 6. August 1825 seine Unabhängigkeit – als letztes Land Südamerikas. Noch heute wird dieses Datum in Bolivien als Nationalfeiertag gefeiert. Das Territorium der neuen Republik Bolivien betrug rund 2,5 Millionen Quadratkilometer, mehr als das Doppelte der heutigen Fläche des Landes. Ein bis heute andauerndes nationales Trauma ist der Verlust der Pazifikregion an Chile im Salpeterkrieg. Mit ihrer Unabhängigkeit beanspruchten Bolivien und Chile das wüstenhafte Gebiet zunächst gleichermaßen. Die reichen Salpetervorkommen sind wertvoll. Sie werden als Rohstoff und Dünger genutzt, sowie für die Herstellung von Schießpulver. Die beiden Länder einigen sich auf eine Grenzziehung entlang des 24. Breitengrades – unter der Voraussetzung, dass die Chilenen, die auf bolivianischem Boden leben, 25 Jahre keine Steuern zahlen müssen. Nach einem Seebeben erhebt der bolivianische Präsident Hilarión Daza schließlich doch eine Sondersteuer, um den Wiederaufbau voranzutreiben. Die chilenischen Salpeterunternehmen verweigern die Zahlungen und werden daraufhin enteignet. Chile besetzt die Hafenstadt Antofagasta und Bolivien erklärt Chile am 1. März 1879 den Krieg, der erst 1884 mit einem Friedensvertrag beendet wird. Aufgrund der militärischen Überlegenheit der Chilenen verliert Bolivien die Küstenprovinz und damit seinen wichtigsten Handelsweg. Seitdem ist Bolivien ein Binnenland. Bis heute wird der Verlust als ungerecht empfunden und die Forderung nach der Rückgabe des Küstenstreifens ist Bestandteil der Verfassung. Erst im Frühjahr 2014 wandte sich Bolivien an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, um Chile zu zwingen, erneut mit Bolivien über einen Zugang zum Meer zu verhandeln.

Bolivien ist ein klassisches Entwicklungsland und ohne eigene nennenswerte produktive Branchen abhängig von Rohstoffexporten. Obwohl es ein sehr rohstoffreiches Land ist, profitierte von diesem Reichtum in der Vergangenheit nie das bolivianische Volk, da die Gewinne aus der Ausbeutung der Bodenschätze immer ins Ausland flossen. Der Bergbau beherrscht seit Jahrhunderten die bolivianische Wirtschaft, doch zu einem hohen Preis: Millionen Menschen ließen in den Minen ihr Leben. In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Wirtschaft des Landes positiv: Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lag bei etwa fünf Prozent. Die Ursache liegt vor allem in den stark gestiegenen Rohstoffpreisen. Bolivien exportiert landwirtschaftliche Produkte wie Soja, Nüsse, Holz und Zucker; sowie Rohstoffe wie Metalle, Mineralien und Erdgas. Mit 890 Milliarden Kubikme-

tern verfügt Bolivien nach Venezuela über die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas.

2.1 Evo Morales, der Mann aus dem Volk

Juan Evo Morales Ayma, aus dem Volk der Aymara, wurde am 26. Oktober 1959 im Dorf Isallavi nahe der Minenstadt Oruro als Sohn einer Bauern- und Viehzüchterfamilie geboren. Seine Eltern bauten auf dem Altiplano in 3.700 Metern Höhe Kartoffeln an und hielten Lamas. Zu fünft lebte die Familie in sehr einfachen Verhältnissen in einer Lehmhütte mit Strohdach. Oft mussten sie hungern, eine medizinische Versorgung gab es nicht. Nur drei der sieben Kinder überlebten. Seit seiner Kindheit musste Evo Morales mit anpacken: Er half bei der Feldarbeit und hütete das Vieh. Mit sechs Jahren verlässt er mit seinem Vater und seiner Schwester Bolivien, um in Nordargentinien zu leben. Während sein Vater in Tucumán auf den riesigen Zuckerrohrfeldern arbeitet, besucht Morales eine Grundschule. Dort lernt er lesen, schreiben und auch Spanisch. In seinem Heimatdorf Isallavi wird nur Aymara gesprochen. Nach der Erntesaison reist die Familie wieder dorthin zurück. Morales muss eine Stunde bis zur nächsten Schule laufen – fünf Jahre lang, Tag für Tag. In seiner Freizeit spielt er am liebsten Fußball und so gründet er in seinem Dorf eine Mannschaft. Es gibt viele Geschichten in Bolivien, die man sich über den jungen Evo Morales erzählt. Als Schüler soll er mit seiner Klasse einmal den Präsidentenpalast in La Paz besucht und vergeblich auf ein Treffen mit dem damaligen Staatsoberhaupt gehofft haben. Keine Zeit, hieß es. Morales soll wütend geschworen haben: „Eines Tages werde ich Präsident und dann habe ich für jeden Bolivianer Zeit, der mit mir sprechen will.“

Mit 17 Jahren ging er nach Oruro, um dort sein Abitur zu machen. Neben der Schule arbeitete Morales in einer Bäckerei, in einer Lehmziegelfabrik sowie als Trompeter. Nach dem Abitur und einem einjährigen Militärdienst ging er zurück zu seiner Familie. Diese war in der Zwischenzeit nach einer langen Dürreperiode und anschließenden Kältewelle, die sie fast um ihre gesamte Ernte und Herde brachten, umgezogen: Aus dem lebensfeindlichen, kargen Altiplano in die fruchtbaren Täler des Chapare. In ihrer neuen Heimat begannen sie mit dem Anbau von Koka. Auch Morales arbeitete als Kokabauer. Ein Erlebnis aus dieser Zeit brannte sich in seine Erinnerungen ein, so dass er noch 25 Jahre später als Präsident immer wieder davon erzählen sollte: In den dunklen Jahren der Meza-Diktatur war er 1981 zufällig dabei, als wehrlose Kokabauern verhaftet, mit Benzin übergossen und angezündet wurden, weil sie sich nicht des Drogenhandels schuldig sprechen wollten. Er musste immer wieder mit ansehen, wie im Drogenkrieg Bolivianer gegen

Bolivianer kämpften. Morales schwor sich, unermüdlich für die Menschenrechte und den freien Anbau von Koka zu kämpfen.

Auch im Chapare blieb er dem Fußball treu und sein Talent sollte nicht lange unentdeckt bleiben. In der örtlichen Gewerkschaft wurde er Leiter der Abteilung Sport, organisierte Trainings und Turniere. Wenige Jahre darauf wurde er zum Vorsitzenden seines Sindicato gewählt, später sollte er sogar Vorsitzender der gesamten Kokabauergewerkschaft im Chapare werden und bis heute bleiben. Die Kokabauern waren sehr gut organisiert. Sie schlossen sich gegen die amerikanischen Pläne zur Vernichtung der Koka-pflanze zusammen und entwickelten eine große politische Schlagkraft. Zunächst kämpfte Morales nur für die Rechte der Kokabauern, später wurde er Parlamentsabgeordneter. „Ab jetzt verteidigen wir unsere Bodenschätze, die Rechte der Armen und Ausgebeuteten, die Tausenden Arbeiter und Arbeitslosen, wir kämpfen für eine Neugründung unseres Vaterlandes, für die Verteidigung der nationalen Souveränität und das Leben selbst“, lautete Morales' Kampfansage, als er 1997 mit der Gründung der Bewegung zum Sozialismus (MAS), seiner späteren Regierungspartei, die nationale Politbühne betrat. Da Morales immer wieder Massen in Protesten mobilisierte, wurde er mehrmals verhaftet und verschleppt. Das brachte ihm zusätzliche Stimmen ein. Evo, der Kokabauer, wurde zur Symbolfigur der Armen, Indigenen und an den Rand Gedrängten in ganz Bolivien. Fragt man die Menschen auf dem Land, warum sie ihn gewählt haben, lautet die häufigste Antwort: „Weil er einer von uns ist!“

2.2 Keine Partei, eine Bewegung: Movimiento al Socialismo

Im Jahr 1999 wurde die Movimiento al Socialismo/Instrumento Politico para la Soberania de los Pueblos, kurz MAS/IPSP, registriert. Zunächst setzte sie sich insbesondere gegen die Kokavernichtungspolitik ein. Als sie ihr Programm auch für andere Themen und Regionen öffnete, erhielt sie schnell großen Zulauf von Unzufriedenen aus dem ganzen Land. Ihr gelang die Bündelung der unterschiedlichen oppositionellen Kräfte und Volksgruppen in der gemeinsamen Idee einer nationalen Souveränität. Bis heute ähneln die Strukturen der MAS vielmehr der einer linken Sammelbewegung als der einer Partei. Von Beginn an spielte Evo Morales für die MAS eine wichtige Rolle, da er schon früh eine besondere Glaubwürdigkeit und Legitimität genoss. Bei den Parlamentswahlen 2002 wurde die MAS auf Anhieb zweitstärkste Partei. Evo Morales kam in die Stichwahl um das Amt des Präsidenten. Bei den Kommunalwahlen 2004 setzte sich die MAS dann bereits landesweit als stärkste politische Kraft durch.

2.3 2005: Der Erdrutschsieg

Im Jahr 2005 herrscht in Bolivien landesweit eine große Unzufriedenheit. Für den Großteil der indigenen Bevölkerungsmehrheit ist der bolivianische Nationalstaat ein Traum geblieben. Die Menschen leben in Armut und fühlen sich nicht als Teil der Gesellschaft. Seit Jahren erschüttern Unruhen das Land. Im Jahr 2000 hatte der Wasserkrieg von Cochabamba, eine Auseinandersetzung um die Privatisierung des Trinkwassers, zu großen Aufständen geführt. Der ausländische Investor zog sich schließlich aus Bolivien zurück und es blieb die Erkenntnis, dass der Widerstand des Volkes tatsächlich etwas bewirken kann. In der Folge wurden zwei Präsidenten gestürzt: Goni Sanchez de Lozada im Oktober 2003 und dessen Nachfolger Carlos D. Mesa im Mai 2005. Die aufgestaute Unzufriedenheit der Menschen und die Kraft der oppositionellen sozialen Bewegungen brachten das Land an den Rand der Unregierbarkeit. Die bolivianische Gesellschaft ist in hohem Maße organisiert und die zivilgesellschaftlichen Bewegungen haben eine kämpferische Tradition. Doch sie alle hatten ihre eigenen Forderungen, die nur schwer zu vereinen waren. Sie brauchten einen gemeinsamen Gegner: Den US-Imperialismus, den Neoliberalismus und den Kolonialismus.

Im Dezember 2005 werden vorzeitige Wahlen erzwungen, aus denen Evo Morales als deutlicher Sieger hervorgeht. Bei einer historischen Wahlbeteiligung von 84 Prozent erhält er mit 54 Prozent der Wahlstimmen die absolute Mehrheit und wird damit zum neuen Präsidenten Boliviens gewählt. Seine Regierungspartei, die MAS, profitierte wesentlich davon, dass kein funktionierendes Parteiensystem existierte. Die traditionellen Parteien hatten sich entweder aufgelöst oder waren in Parteibündnissen aufgegangen, die weder überzeugende Programme noch Kandidaten vorweisen konnten. Die Regierung von Evo Morales hatte sich nicht weniger als eine Neugründung Boliviens vorgenommen: Die Wiedererlangung der nationalen Souveränität über die Rohstoffe, die Aufhebung rassistischer und sozialer Diskriminierung sowie die Entkriminalisierung des Kokaanbaus. Ein zentrales Wahlversprechen löste die neue Regierung noch im Sommer 2006 ein: Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Doch die unterschiedlichen politischen Strömungen standen sich unversöhnlich gegenüber. Die Konflikte weiteten sich zu einer schweren Krise aus: Wichtigstes Zentrum der Opposition war und ist bis heute die Stadt Santa Cruz und umliegende wohlhabende Regionen des Tieflands. Dort formierte sich Widerstand gegen den Präsidenten und Rufe nach regionaler Autonomie wurden laut. Dahinter stand zum Einen der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung bei der Verwendung der Einkünfte aus der Erdöl- und -gasförderung, zum Anderen fürchtete die weiße Oberschicht den Ver-

lust ihrer Privilegien durch die im Verfassungsentwurf vorgesehene Landreform. Diese sah vor, Landbesitz zu begrenzen und ungenutzte Flächen an landlose Bauern zu verteilen. Um die Verabschiedung der neuen Verfassung zu verhindern, griffen deren Gegner zu immer radikaleren Methoden und brachten das Land im Sommer 2008 bis an den Rand eines Bürgerkriegs. Bei den immer gewalttätigeren Demonstrationen der Opposition kam es zunehmend zu Übergriffen auf Regierungsanhänger. Der Konflikt um die Verfassung wurde zum ernsthaften Problem für den Präsidenten, dessen Unterstützung im Volk schwand. Durch weitreichende Zugeständnisse an die Opposition gelang es Morales, deren Zustimmung für seine Reformvorhaben zu gewinnen. Neben der Zusicherung eines gewissen Maßes an Autonomie für die Regionen, kam Morales seinen Gegnern mit einem Verzicht auf seine zweite Amtszeit als Präsident nach 2014 entgegen. Morales durfte demnach nur noch einmal kandidieren. Am 25. Januar 2009 wurde schließlich das Referendum über die Verfassung abgehalten. Eine deutliche Mehrheit der Bolivianer stimmte für die neue Verfassung. Es war das erste Mal in der Geschichte der Republik, dass dem Volk ein Verfassungsentwurf zur Abstimmung vorgelegt wurde.

In der neuen Verfassung wird Bolivien als pluralistischer Staat beschrieben, der die kulturelle Vielfalt und Rechte der indigenen Völker berücksichtigt. „Bolivien ist ein sozialer, pluralistischer, gemeinschaftlicher Rechtsstaat, frei, unabhängig, souverän, demokratisch, dezentralisiert und mit Autonomien. Bolivien basiert auf der Pluralität und dem politischen, ökonomischen, juristischen, kulturellen und linguistischen Pluralismus innerhalb des integrativen Prozesses des Landes“, besagt der Artikel 1. Die neue Verfassung ist klar antineoliberal und stärkt die Rolle des Staates in der Wirtschaft und Gesellschaft. Die natürlichen Ressourcen sind Eigentum des Volkes und werden vom Staat verwaltet. Sie dürfen nicht privatisiert werden. Auch das Konzept des *vivir bien* wird zum Kernelement der neuen Verfassung. Die andine Vision der Pachamama ist als Naturgesamtheit mehr als nur Mutter Erde. Sie ist es, die Leben gibt, Produktion, Rohstoffe, Wasser. Mit ihr verbunden ist ein umfassendes Konzept von Nachhaltigkeit. „Kapitalismus ist der schlimmste Feind der Menschheit. Der Kapitalismus und die sinnlose Entwicklung grenzenloser Industrialisierung zerstören die Umwelt“, sagte Evo Morales 2009 einem US-Nachrichtenmagazin. Er forderte, die Wirtschaftspolitik müsse sich ändern und der Konsum von Luxusgütern gebremst werden. „Wir müssen über einen anderen Lebensstil nachdenken: Es geht darum, gut zu leben, ‚vivir bien‘, nicht besser zu leben. Besser leben geht nur auf Kosten Dritter und zum Preis der Umweltzerstörung.“ Zentral ist die Idee einer Entwicklung im Einklang mit der Natur, die Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik und die Stärkung der indigenen Organi-

sationen. Die Menschheit müsse das Wohlergehen der Mutter Erde garantieren um das menschliche Wohlergehen zu sichern. Der Klimawandel sei kein Umweltproblem und kein technisches oder finanzielles, sondern eines der Lebensstile.

2.4 2009: Die erfolgreiche Wiederwahl

Nach dem erfolgreichen Referendum über die neue Verfassung gelingt es Morales, das Vertrauen seiner Wähler wiederzuerlangen und an die hohen Zustimmungsraten zu Beginn seiner Amtszeit anzuknüpfen. Am 6. Dezember 2009 wird er mit einer überwältigenden Mehrheit in seinem Amt als Präsident bestätigt. Bei einer Wahlbeteiligung von 94 Prozent erhält er 64 Prozent der Stimmen. Die Regierungspartei MAS erlangt die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Nicht nur die Popularität des Präsidenten, vor allem auch die nach wie vor zersplitterte Opposition, die noch immer keinen glaubwürdigen Gegenkandidaten vorzuweisen hatte, trugen wesentlich zu dem deutlichen Sieg bei. Die traditionellen Parteien hatten sich aufgelöst, die spontan gegründeten Wahlvereinigungen konnten die Wähler nicht überzeugen. Die einzige Partei im eigentlichen Sinne war die linksliberale Unidad Nacional (UN) des Unternehmers Samuel Doria Medina. Sie erlangte sechs Prozent der Stimmen. Morales erklärte noch am Wahlabend, dass dieser Sieg als der erste auf der Grundlage der neuen Verfassung zu verstehen sei. Es war der erste Hinweis darauf, dass er das Zugeständnis an die Oppositionen bei den Nachverhandlungen zur neuen Verfassung brechen und 2014 noch einmal kandidieren würde. Vizepräsident Álvaro García Linera hatte vor den Wahlen noch versichert, Morales und er würden nicht wieder antreten.

3. Der Wahlkampf

Und tatsächlich: Schon im März 2013, gute eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen im Oktober 2014, werden Evo Morales und Álvaro García Linera von der linksgerichteten Regierungspartei MAS erneut als Kandidaten nominiert. Der Widerspruch der Opposition lässt nicht lange auf sich warten. Ihr Anführer Samuel Doria Medina sagt: „Die Verfassung sagt es ganz deutlich: Es kann nur eine Wiederwahl geben. Wenn Evo Morales eine Wiederwahl will, dann muss er die Verfassung erneut ändern.“ Zwei Monate später, im Mai 2013, entscheidet das bolivianische Verfassungsgericht, dass eine erneute Wahl von Präsident Evo Morales und sei-

nem Vize im Jahr 2014 rechtens ist. Nach der neuen Verfassung von 2009 ist zwar nur noch eine einmalige Wiederwahl möglich, aber erst mit der aktuellen Amtszeit unter der neuen Verfassung hätte die Zählung begonnen.

Ein Jahr später geben vier weitere Parteien ihre Kandidaturen für die Wahl am 12. Oktober 2014 bekannt:

Größter Herausforderer ist das Mitte-Links-Bündnis Bewegung ohne Angst (MSM). Juan del Granado, Exbürgermeister von La Paz, und Adriana Gil, ehemalige MAS-Abgeordnete aus dem konservativ geprägten Tiefland von Santa Cruz, treten als Kandidaten an.

Auf der rechten Seite versucht es zum dritten Mal der Unternehmerrmillionär Samuel Doria Medina mit dem Bündnis Demokratische Einheit (UD). Für das Vize Amt wird Ernesto Suárez, Präfekt vom Departamento Beni, aufgestellt.

Mit der neu gegründeten Christdemokratischen Partei (PDC) tritt der neo-konservative Ex-Präsident Jorge Quiroga Ramírez (2000-2002) gemeinsam mit der indigenen Abgeordneten Yarhui Tomasa an. Der politische Ziehsohn des früheren Diktators und Präsidenten Hugo Bánzer scharf mehrheitlich Politiker untergegangener Parteien um sich.

Für das grün-ökologische Lager kandidiert der Indigenen-Aktivist Fernando Vargas mit Die Grüne Partei. Vargas organisierte die Protestmärsche gegen den Bau einer Straße durch das Indigene Schutzgebiet Isiboro Sécuré (TIPNIS), die international Aufmerksamkeit erzielten. An seiner Seite tritt die Soziologin Mary Margot Soria Saravia an.

Gewählt werden neben dem Präsidenten und dessen Stellvertreter auch 130 Parlamentarier des Abgeordnetenhauses sowie 36 Senatoren. Laut geltendem Recht beginnt der offizielle Wahlkampf drei Monate vor dem anberaumten Wahltermin. Die Nutzung der Massenmedien ist gesetzlich jedoch auf den letzten Monat beschränkt. Das Oberste Wahlgericht Boliviens verbot TV-Stationen und Radiosendern die Ausstrahlung von Wahlwerbespots, die Gesicht und Stimmen der Kandidaten zeigen. Auch staatliche Symbole wie die Nationalflagge dürfen in Medien und Wahlkampfveranstaltungen nicht verwendet werden. Grund dafür sei ein unangemessener Gebrauch der Kandidatengesichter und -stimmen sowie staatlicher Symbole durch die wahlkämpfenden Parteien. Statt die Öffentlichkeit über Inhalte wie Wahlprogramme zu informieren sei es zunehmend zur Diskreditierung des politischen Gegners in Form von „Schmutzkampagnen“ gekommen. Nach Eintritt in die heiße Phase des Wahlkampfes am 12. September stehen jeder Partei täglich zehn Minuten Sendezeit für ihre Spots zu. In den Printmedien dürfen zwei, an Wochenenden zwölf Seiten Wahlkampfzwecken dienen. Der Gebrauch von staatlichen Symbolen ist dabei gänzlich verboten. Oppositionspolitiker kündigten Widerstand an. Das Wahlgericht sei „parteiisch“ und wolle die Kandidaten „unsichtbar“ machen. Die Opposition spricht von ei-

ner „offensichtlichen Ungleichheit“ der Wahlkampagnen. Sie wirft der Partei MAS immer wieder vor, offizielle Anlässe unter Nutzung des Staatsfernsehens für den Wahlkampf zu missbrauchen und so Präsident Morales eine übermächtige Präsenz in der Öffentlichkeit zu beschern. „In den neun Jahren an der Macht hat die Regierung es geschafft, das Parlament, die Justiz und die Wahlkampfmaschinerie unter ihre Kontrolle zu bringen“, konstatiert Maria Teresa Zegada, Politologin an der Universität von Cochabamba, im Interview mit der Zeitung El País. Diese Kontrolle erlaube es Morales und seiner MAS-Partei, Rivalen zu schwächen und zu verfolgen. Die Bischöfe Boliviens, die sich bereits seit einigen Jahren kritisch über den Präsidenten äußern, vermuten, die Regierungspartei bediene sich für den Wahlkampf an staatlichen Geldern. Diese „ungleichen Voraussetzungen“ würden der Glaubwürdigkeit und Demokratie über die Wahlen hinaus schaden. Allerdings habe es von beiden Seiten „Denunziationen, Beleidigungen und Abqualifizierungen“ gegeben. Die Politiker sollten sich, so ihr Plädoyer, lieber strukturellen Problemen wie der Armut widmen.

Im ganzen Land, auch in den entlegensten Ortschaften, ist in den Wochen vor der Wahl in der Öffentlichkeit die Propaganda der einzelnen Parteien omnipräsent. Abseits der großen Städte ist es besonders beliebt, in den Parteifarben die Slogans und Namen der Kandidaten überdimensional auf Häuserwände und Mauern zu malen. Diese finden sich zwar auch in den Städten, aber dort fallen besonders die großen Plakatwände ins Auge. Die meiste Werbung wird eindeutig für die Regierungspartei gemacht. Spannend ist, dass sie vorwiegend mit retrospektiven Gedanken Wähler gewinnen will. Es geht weniger darum mitzuteilen, welche Ziele die Partei in der neuen Amtsperiode für Bolivien hat, sondern vielmehr um das bereits geleistete. Ob der Satellit Túpac Katari, die Bildungsprogramme oder die Gasversorgung – es werden bereits realisierte Großprojekte thematisiert und deren Vorzüge für die Bevölkerung gelobt. Eine Auswahl:

„Con Evo educación avanza, gracias por mi computadora!“
Mit Evo geht die Bildung voran, danke für meinen Computer!

„Gracias por el satellite Túpac Katari.“
Danke für den Satelliten Túpac Katari.

„Con gas ahorras MAS.“
Mit Gas sparst du mehr.
(MAS ist auch die Abkürzung des Namens der Regierungspartei)

Zudem sind viele Wahlslogans der Regierungspartei populistisch auf den Präsidenten zugeschnitten:

„*Con Evo presidente para vivir bien.*“

Mit Evo als Präsident für ein gutes Leben.

„*Vamos con el cambio – Evo Presidente 2015 – 2020.*“

Wir gehen mit dem Wandel - der Präsident Evo 2015 - 2020.

„*Todos somos Evo.*“

Wir alle sind Evo.

Oft bestehen die Slogans auch einfach nur aus einem Danke an den Präsidenten: „*Gracias hermano Evo*“. Es ist üblich, dass Evo Morales von seinen Anhängern kumpelhaft „der Evo“ genannt wird. Oft hatte ich im Gespräch deshalb den Eindruck, dass sie eher von einem Familienmitglied oder engem Freund sprechen als von dem Präsidenten. Evo Morales ist für viele Menschen in Bolivien ein Mann aus ihrer Mitte.

3.1 Evo fliegt allen davon

Josefina Quispe schaut in die Ferne. Am Horizont glitzern die schneebedeckten Gipfel des Illimani. Der Ausblick aus den Gondeln ist atemberaubend, auch für alt eingesessene Paceños, die Einwohner der Stadt La Paz. Beim Anblick des roten Häusermeers, über das Josefina Quispe gerade hinweg schwebt, gerät sie ins Schwärmen. „Wir sind oft in Eile. Als Mütter der Familien haben wir nur wenig Zeit, da nehmen wir jetzt gern die Seilbahn“, erzählt die 58-Jährige. „Außerdem werden wir hier nicht diskriminiert.“ Quispe trägt die traditionellen Gewänder einer indigenen chola, ausladende bunte Röcke und einen Hut. Die erste Fahrt mit der Seilbahn machte ihr noch Angst. Mit jedem Mal fand sie mehr Gefallen an dem Panorama. So hat sie ihre Heimatstadt noch nie gesehen. Auch Jabán Guaculla erinnert sich noch genau an seine erste Fahrt: „Es war wie in einem Traum, als würde man fliegen. Das muss man erlebt haben“, sagt er. „Die Seilbahn ist ein großer Fortschritt für alle hier in La Paz und El Alto.“

Im Oktober 2014 eröffnete Evo Morales in La Paz die letzte von vorerst drei Seilbahnlinien. Mindestens fünf weitere sollen in den nächsten Jahren folgen und es zum größten urbanen Seilbahnnetz weltweit wachsen lassen. Der Transport mit Gondelbahnen schien die einzige Lösung zu sein, um das tägliche Verkehrschaos zwischen La Paz und El Alto zu verringern. Auf-

grund der Hanglage sind die wenigen Verbindungsstraßen sehr schmal. Zudem müssen zwischen El Alto, das auf 4.100 Metern liegt, und dem Zentrum von La Paz mindestens 400 Höhenmeter überwunden werden. In dem Ballungsraum mit 1,8 Millionen Einwohnern pendeln Hunderttausende täglich zur Arbeit, das kostet den Einzelnen oft mehr als eine Stunde. Mit der Seilbahn sind es nur noch zehn Minuten. In den Tagen nach der Eröffnung der ersten Seilbahnlinie bildeten sich vor den Eingängen kilometerlange Menschenglangen. Viele sind noch nie Seilbahn gefahren, geschweige denn mit einem Flugzeug geflogen. Für sie bietet sich eine ganz neue Perspektive auf ihre Stadt. Sie staunen über ihre neue fliegende U-Bahn – eine europäische Technologie in einem Land, das sonst wenig Modernes zu bieten hat. Realisiert wurde das Projekt von dem österreichischen Unternehmen Doppelmayr. Alles ist sauber und gepflegt, das Personal gut geschult und in den Gondeln gibt es kostenfreies Internet. Die Seilbahn könnte genauso auch in einer der großen europäischen Hauptstädte stehen.

Der öffentliche Nahverkehr in La Paz ist ein nervenaufreibendes Chaos. Die Straßen sind vollgestopft mit Minibussen, teils in schrottreifem Zustand. Es gibt keine festen Fahrzeiten, man stellt sich einfach an den Straßenrand und hofft, dass ein freies Fahrzeug kommt, das in die gewünschte Richtung fährt. Die Fahrzeuge sind überwiegend ausrangierte Minibusse aus Asien, in die zusätzliche Klappsitze montiert wurden. Selbst zwischen Fahrer und Beifahrer ist ein zusätzlicher Sitz eingebaut, um auch den letzten freien Platz zu nutzen. Dass derjenige, der darauf sitzt, den Schaltknüppel zwischen den Beinen hat und der Fahrer keinerlei Freiheit beim Lenken, scheint für die Bolivianer nicht weiter außergewöhnlich. Ich hingegen amüsiere mich bei jeder Fahrt aufs Neue darüber, dass sich in den Stoßzeiten, wenn die Plätze rar sind, bis zu 15 Personen in einen Minibus quetschen. Wer es sich leisten kann, verzichtet auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, nimmt das eigene Auto oder ein Taxi. So entsteht eine unsichtbare Trennlinie zwischen den sozialen Realitäten. „Die Seilbahn soll eine Brücke sein“, sagt César Dockweiler, Geschäftsführer der staatlichen Seilbahn-Betreibergesellschaft Mi Teleférico. „Auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten, die kein eigenes Auto haben. Sie leben in El Alto, arbeiten aber in La Paz. Die Seilbahn ist für sie eine sichere Alternative.“ Es ist ihm anzumerken, dass er stolz auf sein Projekt ist.

Luiz Yurja ist Taxifahrer. Neben den Minibussen und den Linientaxen, den Trufis, sind Taxen die Hauptverkehrsmittel in La Paz und El Alto. Die neue Seilbahn ist für sie eine große Konkurrenz. „Ich merke schon, dass weniger Leute das Taxi nehmen“, erzählt Yurja. Seit drei Jahren transportiert der 22-Jährige mit dem Auto seines Vaters Fahrgäste. „Aber dass mein Land so

etwas wie die Seilbahn hervorbringt, erfüllt mich mit Stolz.“ Dies sei allein dem Präsidenten zu verdanken. Seine Politik komme direkt bei dem Volk an. Bei den Anwohnern unterhalb der Seilbahn ist die Meinung noch gespalten. Während die einen darüber schimpfen, dass nun im Minutentakt hunderte Menschen in ihre Häuser schauen, haben ihre Nachbarn schon längst ein neues Geschäftsmodell entdeckt und verkaufen ihre Wellblechdächer als Werbefläche. Das Marketing, das von Mi Teleférico für die neue Seilbahn betrieben wird, ist beeindruckend: Auf Facebook und Twitter gibt es täglich neue Bilder und Aktionen, ein eigens komponiertes Lied dröhnt in Endlosschleife aus den Lautsprechern vor den Stationen. Das Ministerium für Kommunikation verteilt an Kinder ein aufwändig gestaltetes Bilderbuch, in dem der Werdegang des Präsidenten erzählt wird: Von dem kleinen Jungen, der in Armut aufwächst und den großen Traum hat, eines Tages fliegen zu können – zum stolzen Präsidenten, der mit der Seilbahn schließlich ein ganzes Volk zum Fliegen bringt. Kindgerechte Wahlpropaganda in einem Land, in dem viele Kinder noch nie zuvor ein so hochwertiges Bilderbuch in ihren Händen gehalten haben. Dass das Prestigeprojekt Seilbahn gerade in diesen Monaten so kurz vor der Wahl vollendet wird, scheint kein Zufall. Der Präsident höchstpersönlich weihte die neuen Linien mit einem medienwirksamen Festakt ein. Egal wen man auf der Straße fragt, ob Geschäftsmann oder Taxifahrer, jung oder alt. Die Augen fangen an zu leuchten, wenn die Menschen von der Seilbahn erzählen. Mehrere Millionen Fahrgäste haben die drei Linien inzwischen befördert. Viele von ihnen kommen nur nach La Paz, um einmal mit der Seilbahn zu fahren. In ihren Händen halten sie eine Kamera für Erinnerungsfotos, die sie nach ihrer Rückkehr ihren Verwandten und Freunden in ihren Heimatdörfern zeigen. Die positiven Emotionen können dem Präsidenten dabei helfen, Stimmen für die bevorstehende Wahl zu gewinnen.

Auch für mich ist die Fahrt in der Seilbahn sehr beeindruckend. Erst aus der Luft wird einem die Absurdität bewusst, in 4.000 Metern Höhe in dieser einzigartigen Topographie eine Stadt zu erbauen. Ein Häusermeer ergießt sich über die Berghänge der Anden hinab ins Tal. Auf dem Stadtfriedhof mit seinen vielen schmalen Wegen finden Beisetzungen statt. Es offenbart sich das alltägliche Leben, so wie es sich auf den Dächern und in den kleinen Höfen abspielt. All das macht die Seilbahn neben einem öffentlichen Verkehrsmittel auch zu einer äußerst wertvollen Attraktion für Touristen.

3.2 Der Kolonialismus war nie vorbei

An einem Montagabend treffe ich Carlos Mamani. Er ist Professor für Anthropologie an der Universität Mayor de San Andrés in La Paz und einer der

bekanntesten indigenen Aktivisten des Landes. Wir mussten das Interview noch einmal kurzfristig verschieben, denn Mamani nahm Ende September als Abgesandter bei der ersten UN-Weltkonferenz für indigene Völker in New York teil. Mit ihm möchte ich darüber sprechen, wie er die Veränderungen in den letzten Jahren wahrgenommen hat. Bolivien ist das einzige Land Lateinamerikas mit einer indigenen Bevölkerungsmehrheit, die in der Vergangenheit jedoch überwiegend in Armut und Unterdrückung lebte. Mit der neuen Verfassung von 2009 sollten unter anderem die Mitbestimmungsrechte der Indigenen gestärkt werden. Doch wie schwer das in der Praxis ist, zeigte der gewaltsame Konflikt um das umstrittene Straßenbauprojekt durch den TIPNIS-Nationalpark, der international in die Schlagzeilen geriet. Wieder einmal wurden die indigenen Völker übergangen. Was hat sich tatsächlich in den vergangenen Jahren im scheinbar vorbildhaften Bolivien für die indigene Bevölkerung verändert? Konnte Evo Morales seine hochgesteckten Ziele erreichen?

Mamani beendet gerade seine Vorlesung, die letzten Studenten schickt er aus dem Vorlesungssaal. Ich treffe auf einen kleinen freundlichen Mann, mit indigenen Gesichtszügen. Mamanis Familie gehört zu den Pacajes, einer ethnischen Gruppe, die zu den Aymara gezählt wird. Einst waren sie die größte Bevölkerungsgruppe in Südamerika. Ihr Territorium erstreckte sich vom Amazonas bis zur Pazifikküste. Heute sind es nur noch wenige Quadratkilometer. Bis er zehn Jahre alt war, sprach Mamani kein Spanisch, lernte es erst später in der Schule. Seine Muttersprache ist Aymara. Mamanis Eltern hatten eine Farm, mit der sie genug verdienten, um die Ausbildung ihres Sohnes zu zahlen. „Wir Indigenen sind nicht alle arm – unser Problem ist nicht ökonomischer Natur, sondern dass wir gesellschaftlich ausgegrenzt werden“, sagt Mamani. Seine Kindheit hat er als ganz normal empfunden. Erst als er in die großen Städte reiste, wurde er damit konfrontiert, dass er für andere nicht normal war. Deshalb ist es für ihn auch ein großer persönlicher Erfolg, dass er trotzdem seinen Weg gegangen ist. In Ecuador absolvierte er einen Master in Andiner Geschichte. Inzwischen arbeitet er zwei Tage in der Woche als Hochschulprofessor an der Universität Mayor de San Andrés in La Paz und lehrt Anthropologie-Studenten Geschichte. In der übrigen Zeit reist er durch die Welt, besucht indigene Gemeinschaften, hält Vorträge und arbeitet mit an Gesetzesentwürfen.

Aus seiner Sicht benötigen indigene Völker einen besonderen Schutz, da sie nicht ökonomisch denken würden. So brauche ein Indigener in Bolivien sehr viel mehr Territorium, um nach traditionellen Vorschriften im Einklang mit der Natur fischen, Vieh hüten oder säen zu können. Im Gegensatz dazu würden die Campesinos, die Bauern, auf Masse produzieren und damit die Natur ausbeuten. „Das Konzept der indigenen Völker kollidiert mit dem,

was man heute unter produktivem Wirtschaften versteht“, sagt Mamani. „Es sind zwei Lebensweisen: die der indigenen Völker und die der kolonialisierten Welt.“ Grund und Boden seien essentiell für die Selbstversorgung der Indigenen. Gerade dieses Land sei es aber, das insbesondere aufgrund von Erdöl- und Erdgasförderung auch für den Staat und ausländische Investoren interessant ist. Die Ausbeutung, die in Bolivien stattfinden würde, sei die Gleiche wie in anderen Entwicklungsländern. Alles, was Regierungen und Unternehmen im Sinn hätten, sei die Ausbeutung indigenen Territoriums. „Sie zerstören Siedlungen und Gemeinschaften. Alle haben sogenannte sozialverträgliche Richtlinien und Programme, aber die sollen sie vor Kritik schützen und davor, wirklich Verantwortung für ihr Handeln übernehmen zu müssen“, schimpft Mamani. Für die indigenen Völker hätte der Kolonialismus nie aufgehört. „In unserer Gesellschaft sind sie Menschen dritter, wenn nicht sogar vierter Klasse. Sie sind Opfer der sogenannten ‚Entwicklung‘, sagt er. Mamani legt dar, dass es eigentlich nur noch im Norden von Bolivien einige wenige Gebiete gebe, in denen ausschließlich indigene Völker leben würden. Alle anderen seien bereits zerstört worden. Insbesondere kleinere Völker wären inzwischen vom Aussterben bedroht. Zum Beispiel die Guarani: Vor der Spanischen Besetzung seien es mehr als vier Millionen Menschen gewesen, jetzt gerade noch 300.000. In der neuen Verfassung Boliviens werden den indigenen Völkern umfangreiche Rechte zugesprochen: Das Selbstbestimmungsrecht, ein Recht auf Land, politische Autonomie und Mitbestimmung. Bolivien wird als Estado Plurinacional beschrieben. Diese Bezeichnung ist zur politischen Parole geworden. Eine regenbogenfarbene Fahne schmückt das ganze Land. Oft weht sie neben der Nationalflagge an öffentlichen Gebäuden. Die Wiphala ist ursprünglich ein Symbol des Inkareiches Qullasuyu, mit dem sich die Aymara identifizieren. Im Laufe der Zeit ist sie zum Symbol für die gesamte indigene Bevölkerung Boliviens geworden. Evo Morales erklärte im Wahlkampf 2006, die Wiphala teilweise in die Nationalflagge aufnehmen zu wollen. Stattdessen wurde sie mit der neuen Verfassung 2009 der Nationalflagge gleichgestellt. Auch muss in jedem noch so kleinen Geschäft in Bolivien ein Schild hängen: „Vor dem Gesetz sind wir alle gleich“. Für Mamani ist das alles Theorie. Er glaubt, Bolivien steht noch ganz am Anfang der Bildung einer neuen Demokratie: „Der pluralistische Staat? Das ist allein eine politische Sache. Die soziale Realität sieht anders aus. Wer sitzt denn auf der Straße und verkauft Obst? Wer hat die Alkoholprobleme?“ Die Überbleibsel des Kolonialismus würden verhindern, dass sich tatsächlich etwas ändere.

Carlos Mamani zeigt sich wenig begeistert von Evo Morales. „Am Anfang war ich so euphorisch wie alle anderen. Unfassbar – ein indigener Präsident!“, erinnert sich Mamani. „Aber dann merkte ich: Evo ist schizopren.“

Er erzählt, dass er etwas für die Indigenen tut, handelt aber nicht danach. Es ist reine Symbolpolitik“. Laut Mamani gab es zwei Phasen in der bisherigen Amtszeit des Präsidenten: Bis 2009 waren alle glücklich. Dann gab es einen Bruch, unter anderem wegen des TIPNIS-Konfliktes. Seitdem würde Morales sich vorwiegend um die Minenarbeiter und die Campesinos bemühen, sich auf die Erdgasförderung konzentrieren und ausschließlich seine sozialistischen Interessen verfolgen. „Das ist Taktik. Es geht ihm nur um Profit für sich und seine Partei. Evo hat überhaupt keine indigene Kultur. Er spricht nicht einmal wirklich Aymara.“ In den vergangenen Jahren sorgte der TIPNIS-Konflikt auch international für Aufmerksamkeit. Die bolivianische Regierung plante eine Fernstraße durch den TIPNIS, ein Naturschutzgebiet nahe Cochabamba, das als indigenes Territorium gilt. Sie sollte den Warentransport Richtung Pazifik erleichtern. Die Bewohner befürchteten große Umweltzerstörung. Auch wenn es in der neuen Verfassung verankert ist, wurden die dort lebenden indigenen Völker nicht befragt. „Das Problem der indigenen Völker ist, dass Entwicklung immer auf ihrem Verschwinden basiert, auf dem Tod ihrer Menschen und Kulturen. Das kann niemand leugnen“, sagt Mamani. Deshalb fürchteten sie, dass der Bau von neuen Straßen dazu führt, dass Rohstoffe abgebaut werden, insbesondere Gas, Öl und Holz. Dies hätte spürbare Konsequenzen für ihre Lebensweise und Kultur. „Trotzdem haben sie sich nie gegen die Straße ausgesprochen. Sie wurden schlichtweg einfach nicht befragt“, sagt Mamani. 2010 konnten die Indigenas einen Aufschub um ein Jahr erreichen. 2011 wurde das erste Drittel der Straße genehmigt und mit den ersten Bauarbeiten begonnen. Am 15. August 2011 setzte sich ein Protestmarsch von drei indigenen Völkern in Richtung La Paz in Bewegung, um sich gegen die Trasse, die ihr Territorium durchschneiden würde, zu wehren. Die Polizei löste den Marsch gewaltsam auf. Es gab zahlreiche Verletzte. Morales verurteilte die Geschehnisse und legte die Pläne vorübergehend auf Eis. 2013 holte die Zentralregierung in La Paz die fehlende Befragung nach: Die Mehrheit der Gemeinden sprach sich für den Straßenbau aus. Die katholische Kirche und Opposition kritisierten die Befragung wegen vermeintlicher Mängel. Im Mai 2014 wurde ein Gesetzesentwurf für ein nationales Konsultationsgesetz indigener Gemeinden über Infrastruktur- und Rohstoffprojekte vorgestellt. Vor dem Bau von Straßen oder der Erteilung von Rohstoff-Konzessionen und Abbaugenehmigungen für Öl, Gas und Mineralien muss die Regierung künftig das Einverständnis der betroffenen Gemeinden einholen. Das Ergebnis der Konsultationen sei für Staat und Indigenen-Gemeinden bindend. Bisher gab es nur in Peru ein ähnliches Gesetz. Mamani glaubt, dass viele Indigene über den Vertrauensmissbrauch noch immer enttäuscht seien und in der anstehenden Wahl deshalb Fernando Vargas von den Grünen wählen würden. Vargas

organisierte 2011 und 2012 die Protestmärsche gegen den Bau der Straße durch den TIPNIS.

Als ich Carlos Mamani auf die erste UN-Weltkonferenz für indigene Völker in New York anspreche, an der er kurz vor unserem Interview teilgenommen hatte, winkt er ab. Tatsächlich sei sie nichts anderes als die zahlreichen Treffen gewesen, die es auch schon vorher gegeben habe. Es wären zwar Indigene aus verschiedenen Ländern eingeladen gewesen, sie hätten aber nur als Zaungäste fungiert. „Es war eigentlich alles wie immer. Die Politiker haben gesprochen, die Indigenen geschwiegen“, schimpft Mamani. Die Versammlung sei eine Bühne für die Politiker gewesen, aber es habe keinen wirklichen Austausch gegeben. Evo Morales habe gar vor einem leeren Saal gesprochen. „Auf meinem Stuhl stand einfach nur ‚Bolivien‘, nicht aber der Name meines Volkes“, sagt Mamani. „Das ist symbolisch für die ganze Veranstaltung. Es ging nur um die Staaten, nicht um die indigenen Völker.“ Dennoch will Carlos Mamani sich auch in Zukunft engagieren. „Ich setze mich nicht nur für die Völker in Bolivien, sondern auch für die aus anderen Ländern der Welt ein. Das erfüllt mich sehr. Mein Vater hat mir alles über meine Identität beigebracht. Aber eigentlich motiviert mich keine Person, sondern der tiefe Wunsch, dass alle Völker dieser Erde gemeinsam weiter existieren können“, sagt Mamani mit Tränen in den Augen. „Die Menschen können viel von den indigenen Völkern lernen. Wir haben keine Religion. Wir leben mit der Natur im Einklang. Sie ist unsere Mutter.“

Als ich den Campus verlasse, haben sich vor der Universität einige Anhänger der Regierungspartei vor einer Bühne versammelt. Sie singen und schwenken königsblaue Fahnen. Musik dröhnt aus den Lautsprechern. Es werden großformatige Plakate verteilt – darauf der Präsident Evo Morales in stolzer Pose. Ich ergattere das letzte Poster und verschwinde in die Nacht. Eine halbe Stunde warte ich am Straßenrand auf einen Minibus. Die Konkurrenz ist groß, immer wieder drängen sich Passanten vor mich und schnappen mir den Platz weg. Auch wenn ich die meisten Bolivianer um einen Kopf überrage, fällt es mir schwer, in der Dunkelheit die Stadtteile auf den unbeleuchteten Schildern zu entziffern, die hinter der Frontscheibe klemmen. Nach einer halben Stunde halte ich ein Taxi an. Für 35 Bolivianos, etwa 3,70 Euro, ein Preis für Gringos, bringt es mich nach Hause.

3.3 Eine neue politische Generation

Ich treffe Valerie Silva im Centro de Investigaciones de la Vicepresidencia. Es ist ein beeindruckend schönes altes Gebäude im Zentrum von La Paz. Prunkvolle Gemälde und Vertäfelungen schmücken das Innere. Ich werde

schon erwartet. Vor mir steht eine junge Frau mit auffallend großen blauen Augen, deren Blick mich zu durchdringen scheint. Valeria Silva ist 24 Jahre alt. Sie wuchs in Sucre in einem politisch engagierten Elternhaus auf. Schon als kleines Mädchen begleitete sie ihre Eltern zu Hungerstreiks und Protesten. „Es gab nicht wirklich einen Moment, in dem ich mich bewusst dafür entschieden habe, politisch zu sein. Ich bin damit aufgewachsen“, erinnert sich Valeria. Mit 14 Jahren schloss sie sich der MAS/IPSP an und engagierte sich 2005 gemeinsam mit ihren Eltern und Freunden im Wahlkampf für Morales. Inzwischen studiert sie Geschichte und Politikwissenschaft in La Paz, doch ihr Studium kommt aufgrund ihres politischen Engagements ständig zu kurz. Valeria versteht sich als „Soldatin des Cambios“, veröffentlicht marxistische Texte, bereist Europa und andere Länder Lateinamerikas, um für eine Zusammenarbeit der sozialen Organisationen zu werben. „Ich glaube es ist sehr wichtig, sich zu vernetzen. Lenin sagte: ‚Man kann mit einer internen Revolution innerhalb der Grenzen nicht viel erreichen, wenn man kein Verständnis für ihren internationalen Rahmen hat‘“, sagt Valeria. „Viele Organisationen weltweit haben sich inzwischen unserem Prozess des Wandels in Bolivien angeschlossen.“

Im Wahlkampf ist Valeria als Repräsentantin der Generación Evo sehr präsent. Die Generation Evo ist das erste Mal 2014 in Erscheinung getreten. Sie versteht sich als eine politische Jugendbewegung, die sich aus den verschiedensten sozialen Gruppen zusammensetzt. Ähnlich wie die MAS/IPSP, das politische Vorbild der Generation Evo. Es gibt keine feste Struktur, keine Anführer. Ihr Kommandant ist der Präsident Evo Morales. Sie wollen ihn darin unterstützen, die Kontinuität des Wandels, den er in Bolivien in den vergangenen Jahren in Gang gesetzt habe, zu gewährleisten. „Wir sind die Kinder einer Generation von Exilanten des Neoliberalismus. Unsere Eltern mussten unser Land verlassen, um Arbeit zu finden und ihre Familien ernähren zu können“, sagt Valeria. Wie sie haben in den vergangenen Jahren in Bolivien immer mehr junge Menschen damit begonnen, sich politisch zu engagieren und zu organisieren. „Als ich noch klein war, kämpfte Evo als Gewerkschaftsführer der Kokabauern und als Anführer der indigenen Bauernbewegung gegen die neoliberalen Regierungen. Als ich 16 war, wurde er Präsident“, erinnert sich Valeria. „Wir sind eine Generation, die mit Evo aufgewachsen ist. Wir kennen zwar keine anderen politischen Prozesse, aber wir fühlen den Unterschied zwischen unserem Land, als es noch vom Imperialismus regiert wurde, und dem durch die Bewegungen der Indigenen und Landarbeiter regierten Land.“ Morales sei zum Symbol dafür geworden, dass es möglich sei, dem Imperialismus die Stirn zu bieten. „Es ist egal, wie oft sie versuchen dich zu unterdrücken, einzusperren oder zu töten. Wenn jemand liebt, was er tut, seinen Kampf für eine Sache, dann

wird alles gut. Unser Kommandant zeigt uns, dass es sich für die neuen Generationen lohnt, weiter zu kämpfen“, gerät Valeria ins Schwärmen. Sobald sie über Morales spricht, beginnen ihre Augen zu strahlen. Sie verehrt ihn. Schon in der Kolonialzeit hätten die indigenen Völker gegen die spanischen Kolonialherren für die indigene Selbstverwaltung gekämpft. Morales habe es zur Realität werden lassen. „Seine Popularität begründet sich darin, dass er sagen kann: ‚Ich regiere, denn ich bin wie du! Ich regiere, weil ich aus den Organisationen komme, die gegen das gekämpft haben, was du hasst! Ich bin kein klassischer Anführer, der die elitäre Klasse repräsentiert. Ich bin in einer Aymara-Familie aufgewachsen und weiß was Hunger bedeutet!‘“, sagt Valeria. Morales sei ein radikaler politischer und wirtschaftlicher Wandel Boliviens gelungen. Und dies sei nur möglich gewesen, weil es in seiner Regierungszeit immer eine soziale Stabilität im Land gegeben habe. „Die sozialen Organisationen fühlen sich repräsentiert. Sie fühlen, dass die Regierung ihre eigene ist.“ Morales beweise, dass ein Indio nicht nur wählen könne, sondern auch regieren.

Ich konfrontiere sie mit der Enttäuschung von Carlos Mamani, der das Handeln des Präsidenten als schizophren beurteilt. Für ihn liegen die Reden und Taten in der Realität weit auseinander. „Ich glaube es gibt keine Person in der Geschichte Boliviens, über die so viel gesagt wird – gutes wie schlechtes. Leider gibt es einige Intellektuelle unter den Aymara, die nicht verstanden haben, welchen historischen Prozess Morales in Gang gebracht hat. Er ist ein Mann, der all den Menschen sehr ähnelt, die du auf der Straße findest. Er ist kein gebildeter Mann, der in Europa oder den USA studiert hat und einen klassischen okzidentalen Diskurs führt. Er ist ein Mann, der aus seiner eigenen Erfahrung regiert“, sagt Valeria. Die Kritik ärgert sie sichtlich. Eine andere Meinung will sie nicht zulassen. „Vielleicht hat Mamani nicht die Anerkennung von der Regierung bekommen, die er gern gehabt hätte. Es ist schade, dass diese Experten neben ihren persönlichen Belangen nicht die Fähigkeit besitzen, ehrlich zu reflektieren.“ Valeria ist sich sicher, dass die indigenen Völker geschlossen hinter Morales stehen. Alle Vertreter, mit denen sie gesprochen habe, seien sehr glücklich darüber, dass Morales die erste indigene Herrschaft der Welt innehätte. Sie weist zurück, dass der Präsident einen schmutzigen Wahlkampf betrieben habe. „Wir müssen Kampagnen machen, um zu wachsen, nicht um zu gewinnen. Wir wissen jetzt schon, dass wir gewonnen haben“, sagt Valeria voller Überzeugung. Es sei die Opposition, die keine andere Wahl habe als zu sagen, dass die Indios korrupt und ignorant seien.

Amtsinhaber Morales ignoriert die politischen Gegner. Mit seinen politischen Rivalen wechselt er kein Wort. Er ist zwar auf allen Fernsehbildschirmen präsent, doch mit den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen

möchte er nicht gemeinsam vor der Kamera debattieren. „Worüber soll ich mit den Repräsentanten des Imperialismus sprechen?“, fragte er auf einem Forum für soziale Bewegungen in der Stadt Cochabamba. „Es reicht, wenn die Kandidaten untereinander diskutieren, schließlich teilen sie dieselben kapitalistischen Prinzipien.“ Valeria kann das nachvollziehen. „Worüber soll er mit den Rechten sprechen? Du stellst sie damit doch nur noch mehr in den Vordergrund. Evo spricht jeden Tag mit den Organisationen über Notwendigkeiten und Lösungen“, sagt Valeria. Die Debatte zwischen den Kandidaten sei eine Tradition, die die Medien erschaffen hätten, um Einschaltquoten zu generieren. Sie sei aber kein demokratisches Prinzip. „Es gibt noch drei, vier andere Kandidaten neben Evo, dann sollen sie debattieren. Viel Spaß. Wir haben keine Zeit für so etwas. Unser Volk braucht das nicht.“ Schließlich habe Morales schon zwei Wahlen gewonnen ohne je mit der Opposition debattiert zu haben. Meinen Einwand, dass es in einer Demokratie eine Opposition brauche, um das gesamte Volk zu repräsentieren, weist Valeria zurück. Die anderen Parteien hätten kein Projekt für Bolivien, keine Alternative zu dem Projekt der Bewegung zum Sozialismus. Valeria hofft, dass dieser Prozess des Wandels noch lange fortgeführt wird: „Evo sagt zu uns: ‚Ihr seid die Zukunft!‘“ Valeria wirkt entschlossen. Sie ist noch jung, verfügt bereits über ein erstaunliches Charisma und die Redegewandtheit einer erfahrenen Politikerin. Ohne Zweifel liegt eine große politische Karriere vor ihr. Bei der Verabschiedung lädt sie mich zu einer Wahlkampfveranstaltung am Wochenende ein. Die Generation Evo plant ein Rockkonzert in der Zona Sur.

3.4 Nicht alle sind Evo

Ich treffe Julio Alvarado in der Innenstadt von La Paz, nur wenige Meter vom Präsidentenpalast entfernt. Julio ist Kandidat der neugegründeten Christdemokratischen Partei (PDC). Er empfängt mich in seinem Wahlbüro. Auf einem Regal stehen deutsche Bücher: Ein Katzenbilderbuch, ein Bierlexikon und Faust.

Julio Alvarado stammt aus Sucre, der Hauptstadt Boliviens. Er wurde in einer Familie der Mittelschicht geboren: Seine Mutter arbeitete als Mathelehrerin, sein Vater war Philosophieprofessor und Anwalt. Julio besuchte die Deutsche Schule in La Paz. Schon in den 70er Jahren, als die Diktatur Hugo Banzérs das Land fest im Griff hatte, engagierte sich Julio politisch. Er gehörte der kommunistischen Jugend an. Als er ein Auslandsstipendium erhielt, studierte er zunächst ein Jahr in Leipzig, anschließend in Berlin Karlshorst an der Hochschule für Ökonomie. 1983 ging er zurück nach Bolivien,

inzwischen war auch die Demokratie wieder eingekehrt. Nach 18 Jahren Diktatur brauchte das Land neue Fachkräfte. Julio arbeitete in La Paz an der Universität als Dozent für Rechts- und Politikwissenschaft und begann sich wieder politisch zu engagieren. Inzwischen war die kommunistische Partei an die Macht gekommen. Doch Julio bemerkte schnell: Der erhoffte Wandel der Gesellschaft war ausgeblieben. Alles, was sie einst bekämpft hatten, begannen sie nun gleich zu tun. Das wollte er nicht unterstützen und entschied 1985 jegliche politische Aktivität einzustellen. „Ich sagte: ‚Niemals wieder Politik!‘“, erinnert sich Julio. „Aber im Leben kann man nicht sagen ‚nie wieder‘, genauso wie man nicht ‚für immer‘ sagen kann.“ Der linken Position sei er aber immer treu geblieben. Julio ging in den diplomatischen Dienst. Er wurde nach Berlin entsandt, um dort die erste bolivianische Botschaft in der DDR zu gründen. In den darauffolgenden Jahren eröffnete er noch eine weitere Botschaft in den Niederlanden und arbeitete sich immer weiter hoch: Vom einfachen diplomatischen Sekretär bis zum Botschafter.

Julio lernte den späteren Präsidenten Evo Morales in Genf kennen, als er dort als Ökonom für die Welthandelsorganisation arbeitete. Sie trafen das erste Mal bei einer Tagung der Menschenrechtskommission aufeinander. Nach seiner Rückkehr nach Bolivien unterstützte Julio 2005 Morales und seine Partei. Er sollte mit anderen Experten ein mögliches Regierungsprogramm für die nationale Wirtschaft und die internationalen Handelsbeziehungen ausarbeiten. Doch schnell habe er gemerkt, dass es keine Bestrebungen gegeben habe, wirklich etwas Neues zu erschaffen. „Wir haben den ganzen Tag diskutiert und es fielen immer wieder die gleichen Phrasen: Dekolonialisierung. Anti-Imperialismus. Aber was das konkret für die Wirtschaft bedeuten soll, davon hatten sie gar keine Vorstellung“, erinnert sich Julio und ist auch zehn Jahre später noch immer spürbar verärgert über die Ideenlosigkeit seiner damaligen Mitstreiter. Es sei die letzte Zusammenkunft dieser Art gewesen, an der er teilgenommen habe. „Es waren nur noch drei Wochen bis zur Wahl. Als Morales an die Macht kam, gab es noch immer kein Regierungsprogramm.“ Wenn man Julio Alvarado über Evo Morales sprechen hört, fällt es schwer zu glauben, dass sie einmal politisch an einem Strang gezogen haben. Julio findet kein gutes Wort für den Präsidenten.

Drei grundlegende Kritikpunkte an dem Handeln von Morales stellt er heraus: Der Drogenhandel, die Misswirtschaft und die fehlenden Arbeitsplätze. „Unter Morales ist Bolivien zu einem Land des Drogenhandels geworden. In seiner neunjährigen Amtszeit hat er es nicht geschafft, den illegalen Anbau im Land zu stoppen“, schimpft Julio. Im Gegenteil, Morales würde den illegalen Kokaanbau sogar fördern. Schließlich sei er noch immer Präsident der Kokabauern im Chapare, der Region, in der Koka ausschließlich

für die Herstellung von Kokain angebaut werde. Für Julio ist es weit mehr als nur ein symbolisches Amt: „Evo, der Führer der Indigenen! Er spricht weder Quechua noch Aymara. Er ist kein Indigener. Er stammt von den Kokabauern. Von den Kokabauern, die die Kokainpaste herstellen, die in den Drogenhandel geht“, sagt er. Die Kokabäuerin Margarita Terán sei das beste Beispiel für die engen Verbindungen zwischen dem Präsidenten und den Drogenhändlern. „Zwei ihrer Schwestern wurden vor ein paar Jahren im Chapare mit Unmengen an Kokapaste aufgegriffen“, erzählt Julio. „Sie wurden nie dafür belangt. Warum wohl? Téran und der Präsident kennen sich gut.“ Julio und seine Partei wollen den Kokaanbau im Chapare verstaatlichen. Der Staat soll den Bauern einige Jahre das Koka abkaufen, um ihnen Zeit zu geben, sich eine neue Arbeit zu suchen. Sollten sie das nicht tun, würde man sie mit rechtlichen Mitteln dazu bringen, den Kokaanbau einzustellen. Julio ist sich sicher, dass es ein drogenfreies Bolivien nur ohne Morales als Präsidenten geben kann. Mit Morales hingegen würde der Einfluss der Kokabauern weiter zunehmen. Die positiven Zahlen, die jedes Jahr von der UN und der Regierung über den Rückgang des illegalen Kokaanbaus in Bolivien erhoben werden, belächelt Julio. „Ich bin Diplomat. Die internationalen Organisationen setzen sich aus den Repräsentanten der einzelnen Regierungen zusammen. Sie würden sich niemals gegenseitig Probleme machen. ‚Sei gut zu mir und ich bin gut zu dir‘. Völlig unabhängig von der Realität, in der wir leben“, sagt er.

Der zweite große Kritikpunkt an der Regierung Morales, ist für Julio die Verschwendung der staatlichen Gelder. 2002 waren die Rohstoffpreise auf dem Tiefpunkt. Es kam zu sozialen Unruhen, die die Demokratie Boliviens ins Wanken brachte. Seitdem sind die Preise kontinuierlich gestiegen. „Die Einnahmen aus dem Rohstoffexport vor zehn Jahren, verglichen mit denen von heute, haben sich verfünffacht. Wir sollten also eine fünfmal so gute Bildung und Gesundheit haben“, sagt Julio. Der Präsident habe aber ganz anders investiert. „Der arme indigene sozialistische Revolutionär kaufte ein Flugzeug für 37 Millionen Dollar und machte beim G77-Gipfel in Bolivien den Delegationen Gold- und Silbergeschenke. Jetzt baut er sich einen neuen Palast. Das ist pure Verschwendung. Wir haben in vielen Teilen des Landes nicht einmal Krankenhäuser.“ Die neue Seilbahn ist für Julio das beste Beispiel für die Misswirtschaft. „Ich finde sie schön, aber leben die Ärmsten besser mit einer Seilbahn? Sie werden sie nie benutzen. Die Fahrt kostet doppelt so viel wie im Minibus“, sagt er. „Wir brauchen bessere Ernährung, Gesundheit und Bildung. Danach können wir auch eine Seilbahn kaufen. Und ein Flugzeug für unseren Präsidenten.“ Die Verstaatlichung, mit der Morales werbe, sei eigentlich gar keine gewesen. Die einzigen wirklichen Verstaatlichungen in Bolivien hätte es 1937 und 1969, und damit schon lan-

ge vor Morales, gegeben. „Er hat den Ölonternehmen gesagt, dass sie bleiben können und der Staat Aktien kaufen werde. Das ist doch keine Verstaatlichung, an der Wall Street passiert das jeden Tag“, sagt Julio. Mit seiner Partei wolle er dafür sorgen, dass der finanzielle Aufschwung auch tatsächlich den Bolivianern zugutekomme. Sie sollen selbst zu Aktienbesitzern der staatlichen Unternehmen werden, um diese kontrollieren zu können und direkt am Profit beteiligt zu sein.

Julios dritter Kritikpunkt sind die fehlenden Arbeitsplätze. „In der Regierungszeit von Morales sind ein Zehntel der Bevölkerung, eine Million Menschen, ins Ausland gegangen. Warum ist das so, wenn es hier angeblich einen Aufschwung gibt? Es fehlt an Arbeitsplätzen!“, sagt Julio. Es sei nicht in Produktivbranchen investiert worden. Noch immer würden Rohstoffe nicht in Bolivien industrialisiert werden. „Von den Anden zum Amazonas – Bolivien ist ein reiches Land. Und trotzdem importieren wir Lebensmittel. Der Titicacasee ist der Ursprungsort der Kartoffel. Wir müssten die weltweit führenden Kartoffelexporteure sein, stattdessen importieren wir sie“, sagt er. Seit Morales an der Macht sei, habe sich der Import von Lebensmitteln mehr als verdreifacht. Julio hofft deshalb, dass die Bolivianer bei dieser Wahl genauer hinsehen, wen sie wählen. Schließlich habe es den von Morales viel beschriebenen *cambio*, den Wandel, in Bolivien nicht gegeben. „Wenn du in ein Restaurant gehst und du bezahlst, dann geben sie dir den *Cambio*“, spottet Julio. Das Wort *cambio* steht im Spanischen nicht nur für Wandel, sondern auch für Wechselgeld. Die neue soziale Inklusion der Indigenen in der Gesellschaft sei nur Gerede. „Das ist schon ein langer Prozess seit der Revolution von 1952. Sie hat wichtige Reformen in der Bildung und im Wahlrecht gebracht. Unsere Kandidatin Tomasa Yarhui ist eine Quechua und war schon 2002 Landwirtschaftsministerin. 1993 war in der Regierung von Lozada ein indigener Mann Vizepräsident. Diese zwei Welten, die der Indigenen und der Weißen, gibt es schon lange nicht mehr. Das sind künstliche Trennungen, die propagiert werden, um dann wieder vereinen zu können. Wir haben kein Problem der Diskriminierung, sondern der Armut.“

Mehrmals werden wir in unserem Gespräch von einem Klopfen unterbrochen. Julios Wahlkampfteam bereitet sich auf eine Veranstaltung am Abend vor und braucht immer wieder Entscheidungen von seinem Kandidaten. Als ich ihn auf seine Kampagne anspreche, wird er wütend. „Ich zahle alles aus eigener Tasche. Wir bekommen kein Geld für den Wahlkampf. Früher zahlte der Staat den politischen Parteien etwas, damit alle die gleichen Voraussetzungen haben. Mit Morales wurde das gestrichen“, schimpft Julio. Morales benutze für die Kampagne seiner Partei Staatsgelder, andere Parteien müssten auf die finanzielle Unterstützung von Unternehmen zurückgreifen. „Die Gefahr, dass illegales Geld aus dem Drogenhandel Verwen-

dung findet, ist groß. Außerdem haben wir so ein Ungleichgewicht. Das hier ist meine Wahlwerbung“, sagt Julio und schiebt mir einen kleinen roten Zettel über den Tisch. Darauf stehen Namen und Slogans seiner Partei. Es ist nur ein dünnes Papier, einfarbig bedruckt. Ich muss an die vielen großformatigen Wahlplakate mit Morales' Gesicht denken, die im ganzen Land an zentralen Punkten hängen. Auch die bolivianischen Bischöfe äußerten sich in der Öffentlichkeit bereits kritisch über die Finanzierung des Wahlkampfes. Es sei offensichtlich, dass die Regierungspartei staatliche Gelder für ihre Kampagnen verwende. Anderen Parteien stünden solche Mittel nicht zur Verfügung. Dies beeinträchtige die Glaubwürdigkeit und Demokratie über die Wahlen hinaus. Auch kritisierten sie das Niveau des Wahlkampfes. Die Debatten der Parteien und Kandidaten seien von gegenseitigen Anschuldigungen, Beleidigungen und Diskreditierungen geprägt. Schon im August hatte das Oberste Wahlgericht den Medien bis zwei Wochen vor der Wahl die Ausstrahlung von Wahlwerbesspots verboten, die Gesichter und Stimmen der Kandidaten zeigen. Das sei eine klare Bevorteilung des Präsidenten, kritisierte die Opposition: Morales missbrauche Fernsehauftritte in seiner Rolle als Präsident für den Wahlkampf. Nur mit der Opposition debattiert er nicht. „Der Präsident hat Angst mit den Gegnern zu sprechen. Sie könnten ihm unangenehme Fragen stellen“, ist sich Julio sicher. Und dann sagt er etwas, das oft auf starken Widerspruch trifft, wenn er es ausspricht: „Als Universitätsprofessor und nicht als Politiker sage ich: Die Regierung von Evo Morales ist eine faschistische und stalinistische Regierung. Die MAS ist keine Partei, sondern ein Konglomerat von sozialen Bewegungen. Und dann der Personenkult. Alles ist Evo. Evo cumple – Evo hält sein Versprechen. Egal, wo man ist, man sieht überall das Gesicht von Evo.“ In Bolivien würden verschiedene Tendenzen zusammenkommen: Die kubanische Idee, dass der Präsident wie ein Monarch regiere und dann innerhalb seiner Nachkommen oder seines Gefolges die Macht weitergebe, der Einfluss des militärischen Vizepräsidenten. Keiner von ihnen habe je für demokratische Prinzipien gekämpft. Nur dem Präsidenten oder seiner Partei die Schuld zu geben, sei aber auch ein Fehler. „Evo ist das Produkt. Die früheren Parteien haben den Staat nicht gut geführt. Es gab keine Demokratie. Das hat zu einer Krise geführt, in der wir noch immer stecken. Die Strukturen sind kaputt“, gibt Julio zu bedenken. Dies sei auch der Grund, warum er sich zwei Monate vor der Wahl entschieden habe, zu kandidieren. Julio will seinen Teil dazu beitragen, wieder ein funktionierendes Parteiensystem in Bolivien aufzubauen. „Ich habe immer gesagt, ich werde nicht mehr in die Politik gehen. Aber wir wollen in dieser Wahl eine Alternative bieten, den Totalitarismus beenden. Evo hat die Justiz und das Wahlgericht in der Hand, jetzt will er auch noch das Parlament kontrollieren. Es liegt bei uns.“

3.5 Bolivien ist ein anderes

Am Tag darauf verabrede ich mich mit Betty Yaniquez. Die ehemalige Staatsanwältin von La Paz und Richterin mit dem Schwerpunkt Terrorismus ist Kandidatin der Regierungspartei MAS. Die 53-Jährige kandidiert für die Zona Sur, den wohlhabenden Südteil der Stadt La Paz. Bisher kenne ich sie nur von den zahlreichen Plakatwänden, von denen sie mich anlächelt. Das Wahlbüro in der Zona Sur ist nicht schwer zu finden. Über dem Eingang wehen königsblaue Fahnen, aus überdimensionalen Lautsprechern dröhnen Wahllieder. In dem kleinen öffentlichen Teil des Büros warten mehrere ältere Männer darauf, dass sie Flyer, Poster und Fahnen ausgehändigt bekommen, um für ihre Partei werben zu können. Ich werde von der Assistentin von Betty in den Privatbereich gebeten. Die Säulen und Elefantenfiguren sowie der penetrante Räucherstäbchenduft, der mir den Atem nimmt, erinnern mich an einen Tempel. Etwas irritiert setze ich mich und warte. Nach einer halben Stunde erfahre ich, dass Betty noch nicht von ihrem Termin zurück ist und mich ihre Assistentin zu ihr in die Innenstadt fahren wird. Sie ist sehr gesprächig und offenbart mir während der Fahrt eindrucksvoll, wie jemand aus einer wohlhabenden Schicht die Stadt und deren Menschen beurteilt. Bisher war ich noch nicht mit Diskriminierung in Kontakt gekommen, auch wenn mir Carlos Mamani bereits davon berichtet hatte.

Nach einer guten Stunde Fahrt durch den Feierabendverkehr erreichen wir den Treffpunkt. Kurz darauf fährt auch schon Betty vor. Im ersten Moment erkenne ich sie nicht. Ich hatte eine völlig andere Person erwartet. Vor mir steht eine kleine rundliche Frau im fast bodenlangen Pelzmantel. Ihre Augen versteckt sie hinter einer tiefschwarzen Sonnenbrille. Der schwere Duft des Parfums dreht mir den Magen um. Nach einer kurzen aber herzlichen Begrüßung wird es surreal. Wir suchen einen stillen Ort, an dem wir das Interview durchführen können und ich den Ton aufnehmen kann. Wir betreten sieben Restaurants, Hotels und Cafés, doch entweder sind sie maßlos überfüllt oder man will für uns nicht die Musik abdrehen. Schließlich landen wir in einem Hähnchenimbiss in der obersten Etage einer Einkaufspassage. Ich kann mir nur schwer das Lachen verkneifen, als Betty auf einem der Plastikstühle Platz nimmt. Sie wirkt mit Pelz und Sonnenbrille völlig deplatziert an diesem Ort. Nüchterner grauer Fliesenboden, knallrote Plastikmöbel, Werbung für Hähnchenkeulen. Der schwere Duft ihres Parfums vermischt sich mit dem Geruch nach Bratfett. Aber hier ist es angenehm ruhig. Zumindest bis der Besitzer die Simpsons auf dem Fernseher über unseren Köpfen anschaltet. Ich gebe mich geschlagen.

Betty ist sichtlich nervös und erstaunt darüber, dass sie jemand aus Europa interviewen möchte. Ich bitte sie, sich vorzustellen: „Betty Yaniquez

ist eine Frau, die für die MAS kandidiert. Eine Partei, die Bolivien wirklich verändert hat“, sagt die 53-Jährige. Es wirkt seltsam, dass sie in der dritten Person über sich selbst spricht. „Das Land war 2005 noch ein ganz anderes als heute. Wem danke ich dafür? Unserem indigenen Anführer Evo Morales und seinem Vizepräsidenten. Sie haben das Schicksal unseres Landes ins Positive gekehrt.“ Betty sagt, sie habe sich sehr genau überlegt, ob sie politisch aktiv sein möchte. Schließlich sei sie lange Zeit mit ganzem Herzen Richterin gewesen und diese Entscheidung könne sie nicht mehr rückgängig machen. Die bolivianische Verfassung verlangt, dass die Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst der Justiz politisch unabhängig sind. Soweit die Theorie. Die Realität sieht anders aus. Das Rechtssystem Boliviens ist dafür bekannt, dass es alles andere als unabhängig und gerecht ist. Korruption ist an der Tagesordnung. „Ich sehe, dass Bolivien sich positiv verändert hat. Es ist frei, souverän und vor allem würdevoll. Vorher gab es das nicht. Wir waren komplett verschuldet. Jeder Bolivianer, jedes Baby, wurde mit riesigen Schulden geboren“, sagt Betty. „Heute denken wir darüber nach, wie das ‚vivir bien‘ für alle aussehen kann. Wir haben die Hoffnung, dass es in 2025 keine Armut mehr in unserem Land gibt. Außerdem sollen alle Haushalte Strom, fließendes Wasser und Gas haben.“ Bolivien befände sich in einer Phase des Aufbaus. Immer wieder versuche ich Betty mit persönlichen Fragen aus der Reserve zu locken, doch sie spricht ausschließlich über die Verdienste des Präsidenten. Ich lasse mich darauf ein und frage sie, was sie persönlich in Morales sieht: „Er ist ein Anführer mit viel Liebe und den besten Absichten für sein Land. Er hat ein ganz besonderes Charisma. Die vorigen neoliberalen Regierungen wollten nur selbst von dem Land profitieren. Sie haben es in eine kritische Lage gebracht“, sagt Betty. Man müsse nicht besonders klug sein um zu verstehen, was Morales erreicht habe. Sie habe im Wahlkampf viele Orte bereist und erhielt ausschließlich Zustimmung: Warum macht ihr überhaupt Kampagnen? Wir wählen Evo; oder Evo ist mein Vater. Ich liebe ihn! Auch sie selbst habe keine Kritik an ihm, sagt Betty. Die komme nur von der Opposition. Dabei habe jeder der Kandidaten schon einmal seine Chance gehabt, es besser zu machen. „Evo hat Fortschritt und Hoffnung, eine Zukunft für unsere Kinder gebracht. Er ist Präsident für alle Bolivianer. Deshalb war ein Slogan im Wahlkampf bisher immer besonders beliebt: Todos somos Evo. – Wir alle sind Evo“, sagt Betty voller Stolz. Die Opposition biete keine Alternative, sie habe keine Idee für Bolivien. Ich frage sie, ob es für eine stabile Demokratie nicht auch eine starke Opposition braucht. Betty weicht aus, gesteht dann aber doch ein, dass es durchaus interessant wäre, eine Opposition zu haben. Solange diese nicht nur den Präsidenten kritisiere, sondern auch konkrete Vorschläge habe. Doch warum will der Präsident dann nicht mit der Opposition sprechen? Gehört nicht auch ein

gemeinsamer Diskurs zu einer Demokratie? „Der Präsident hat gezeigt, dass er mit seinem Cambio positive Resultate erbringt. Und er debattiert. Er führt die wichtigste Debatte, die man führen kann: Mit dem souveränen Volk. So ist seine Politik und damit hat er gute Ergebnisse eingefahren“, antwortet Betty mit Nachdruck. Sie wirkt verärgert. „Das, was er macht, macht er gut. Und er macht es im Glauben an sein Land und im Sinne aller Bolivianer.“

Alle weiteren Fragen beantwortet sie nur noch mit dem Ablesen des Wahlprogramms der MAS, das vor ihr auf dem Tisch liegt. Ich scheine sie aus dem Konzept gebracht zu haben. Betty Yaniquez ist noch neu auf der politischen Bühne. Ihr fehlt die Erfahrung, Interviews zu geben. Da ich mir nicht mehr von ihr erhoffe, bitte ich um ein Foto. Betty bringt sich auf dem roten Plastikstuhl in Pose und besteht darauf ihre schwarze Sonnenbrille aufsetzen zu dürfen. Zudem bittet sie mich, sie von oben zu fotografieren. Sie wirkt entrückt – wie aus einer anderen Welt. Mit Pelzmantel und Sonnenbrille im Hähnchenimbiss. Es ist das seltsamste Portrait, das ich je aufgenommen habe. Wir verabschieden uns und sie besteht darauf, dass ihr Chauffeur mich nach Hause fährt. Da es schon spät ist und der Weg weit, lasse ich mich überreden und genieße es, aus dem Auto Fotos vom nächtlichen La Paz schießen zu können, ohne befürchten zu müssen, dass meine Kamera gestohlen wird.

4. Die verbotene Pflanze im Garten Eden

Am Busbahnhof in Villa Fatima, einem Stadtteil von La Paz, suche ich einen Minibus nach Coroico. Ich habe Glück und ergattere den letzten von 14 Plätzen, sodass die Reise sofort beginnt. Nach nur wenigen Minuten lassen wir den Lärm der Andenmetropole hinter uns. Der Minibus schlängelt sich über Serpentina die Berghänge hinab. Nach jeder Kurve hat sich die Landschaft verändert. Wir verlassen die kargen Weiten der Hochebene des Altiplano und tauchen hinab in den feuchten Regenwald der Yungas. Sie sind der Garten Eden von La Paz. Hier wächst alles, was man sich nur erträumen kann. Bananen, Kaffee, Kakao, Ananas – und Koka. Die Luft ist stickig, ich bekomme kaum Luft. Mein Vordermann, der die Hoheit über das Fenster hat, schiebt es immer wieder zu. Kaum hat er die Augen geschlossen, öffne ich es wieder einen Spalt. Neben mir sitzt eine Frau mit einem Kleinkind auf den Schoß. Sie essen Hühnchen, der Junge schmiert seine fettigen Finger immer wieder am Vordermann ab, der merkt nichts und schaut derweil verträumt aus dem Fenster. Auf einmal hält die Frau ihr Kind kopfüber nach unten, knöpft die Hose auf, reißt die Windel ab und wirft sie aus dem Fenster. Ein bestialischer Gestank macht sich im Wagen breit, der Junge schreit wie am Spieß.

Schon häufig habe ich gesehen, dass Müll während der Fahrt aus dem Fenster geworfen wird. Nicht jeder scheint hier eine besondere Beziehung zur Pachamacha zu haben. Die Fahrt in die Yungas ist sehr gefährlich, die Straßen schlecht ausgebaut und gerade bei Regenfällen kommt es immer wieder zu schweren Unfällen. Ganze Reisebusse rutschen die Hänge hinab. Die sogenannte Death Road, von den Medien gern auch als gefährlichste Straße der Welt bezeichnet, wurde vor einigen Jahren durch eine neue Straße ersetzt. Jetzt sind es fast nur noch Touristen, die auf der Suche nach dem besonderen Kick auf Mountainbikes die alte Strecke runterheizen. Am Ende winkt das Überlebensfoto im Tourenshirt. Es ist makaber, wenn man bedenkt, wie viele Menschen hier schon zu Tode gekommen sind. Für alle weniger Lebensmüden ist es ratsam, nicht die späten Busse am Nachmittag zu nehmen. Die Fahrer sind schon müde, oft nicht mehr nüchtern und haben Zeitdruck wegen der einbrechenden Dunkelheit. Ein Wolkenbruch folgt dem nächsten. Die Scheiben beschlagen. In der letzten Reihe bekomme ich nicht viel von den schwindelerregenden Höhen und den wahnsinnigen Überholmanövern mit, sodass ich die Augen schließe. Nach drei Stunden Reise falle ich glücklich, aber völlig erschöpft von dem fehlenden Sauerstoff aus dem Wagen. Die Sitze sind nicht für europäische Körper gemacht. Eine feuchte Hitze schlägt mir entgegen. Es ist gut 15 Grad wärmer als im winterlichen La Paz.

4.1 Fluch und Segen

Als Amerigo Vespucci 1499 den amerikanischen Kontinent entdeckte, staunte er über die seltsame Gewohnheit der Einheimischen, die „wie Bestien grünes Gras kauten“. Der Konsum von Koka war von den südlichen Andenausläufern bis nach Mittelamerika verbreitet. Archäologische Funde lassen darauf schließen, dass sogar schon im vierten Jahrtausend vor Christus in den andinen Berghängen Koka kultiviert und gekaut wurde. Dabei ist der geläufige Begriff „Kauen“ irreführend. Die getrockneten Blätter des Kokastrauches werden mit Speichel und Llipta vermenget und in die Wangeninnenseite gepresst. Llipta ist Kalkasche, zum Beispiel von verbrannten Pflanzen. Sie hilft, die wirksamen Stoffe aus dem Blatt zu lösen. Im Schöpfungsmythos des Inka-Reiches schenkt Manco Cápac, der Sohn des Sonnengottes Inti, den Menschen die Kokapflanze, um die Traurigen zu erheitern, den Erschöpften neue Kräfte zu geben und die Hungrigen zu sättigen. Die Inka sollen Kinder, die geopfert werden sollten, über Monate mit Koka betäubt haben. Den indigenen Völkern Südamerikas ist ihr coquita heilig. Es gilt als Geschenk der Mutter Erde. Schon ihre Vorfahren nutzten die Blätter mit der betäubenden Wirkung für ihre Heilkunst und als Opfergabe. Im 16. Jahr-

hundert kam die Kokapflanze erstmals in Verruf. Nicht nur Vespucci waren die Blätter mit den vermeintlichen übernatürlichen Kräften unheimlich. Die spanischen Kolonialherren fürchteten das Kauen von Koka als eine Möglichkeit, mit dem Teufel in Kontakt zu treten. Deshalb wurde Koka 1560 vorübergehend verboten. Mit bescheidenem Erfolg: Die Indigenen ließen sich ihre Tradition und Leidenschaft für das Kokablatt nicht nehmen. Und plötzlich gab es einen Sinneswandel: Die Eroberer erkannten die Vorzüge der vermeintlichen Wunderpflanze. Sie verabreichten den Arbeitern in den Minen die Blätter, um sie trotz der dünnen Luft in den hoch gelegenen Bergregionen leistungsfähig zu machen. Noch heute kauen die Minenarbeiter die Kokablätter. Sie vertreiben Hunger und Müdigkeit, wirken gegen die Höhe, Magenbeschwerden und Kopfschmerzen. 1860 gerät die Kokapflanze erneut in Verruf: Erstmals isoliert der deutsche Arzt Albert Niemann aus ihren Blättern ein weißes Pulver: das Rauschgift Kokain. In Europa findet der Wachmacher schnell zahlreiche Anhänger. Kolumbien, Peru und Bolivien, die führenden Kokaproduzenten der Welt, werden zu wichtigen Zulieferern für den internationalen Drogenhandel. Mit der zunehmenden Nachfrage nach Kokain steigt auch der illegale Kokaanbau. 1961 werden die Kokablätter von den Vereinten Nationen auf die Liste der verbotenen Substanzen gesetzt. Den Herstellerländern wird eine Frist von 25 Jahren eingeräumt, um die Kokaplantagen zu vernichten. Doch die Frist verstreicht, ohne dass sich am Kokakonsum viel geändert hätte. Die Anbauflächen wuchsen stetig. In den 1980er Jahren beginnt die bolivianische Regierung gemeinsam mit den USA einen erbitterten Kampf gegen die Kokapflanze. Sie zerstören systematisch Felder, es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Kokabauern. 1988 erlässt Bolivien ein Gesetz, um den traditionellen Anbau von Koka zu regeln. Darin werden zwei Zonen festgelegt, in denen der Anbau für den lokalen Markt erlaubt wird. Diese beiden Anbaugebiete bestehen bis heute: Die Yungas nahe La Paz und die Felder der Provinz Chapare im tropischen Tiefland. Traditionell wächst Koka nur in den Yungas, auch nur dort sind die Blätter genießbar. Die Blätter aus dem Chapare sind sehr hart, eignen sich aufgrund ihres hohen Alkaloidgehalts jedoch für die Herstellung von Kokain. Gehandelt und vertrieben werden dürfen die getrockneten Kokablätter ausschließlich auf den zwei autorisierten Großmärkten des Landes nahe den Hauptbauregionen. Dort werden Qualität und Menge staatlich kontrolliert. Die tatsächliche Produktion ist jedoch um ein vielfaches höher. Die Yungas rühmen sich damit, den größten Teil der Ernte auf den autorisierten Markt zu bringen, während auf dem Markt bei Cochabamba nur ein kleiner Teil der Ernte aus dem Chapare landet. Adepco, die Gewerkschaft der Kokabauern der Yungas, wirft Morales vor, die Cocaleros aus seiner Heimat Chapare zu begünstigen, wenn es um die Zerstörung illegaler Pflanzungen gehe. Die Rivalität zwischen den

Kokabauern aus den beiden Regionen ist jedoch kein Geheimnis.

Für Evo Morales ist das internationale Verbot von Koka ein historischer Fehler. 2008 verweist Bolivien die amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde des Landes und zieht sich 2011 aus einem UN-Abkommen zurück, das das Kokablatt in seiner ursprünglichen Form als Betäubungsmittel bezeichnet. Die zunehmende Verstaatlichung der Drogenpolitik schlägt sich 2009 auch in der neuen Verfassung nieder: Sie sichert der Pflanze aufgrund seiner soziokulturellen Bedeutung den Status eines „nationalen Kulturguts“. „Koka ja, Kokain nein!“, lautet der Slogan der bolivianischen Kokapolitik. Morales ließ in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit aus, diese Unterscheidung auf der politischen Weltbühne zu demonstrieren. Bei einer UN-Generalversammlung in New York präsentiert er stolz ein Kokablatt, das er illegal in die USA geschmuggelt hat: „Was sie hier sehen, ist nicht Kokain, sondern eine Pflanze. In meinem Land gehört es seit Jahrhunderten zur indigenen Tradition, sie zu kauen. Deshalb fordere ich, Koka von der Liste der illegalen Substanzen zu streichen.“ Die Schlagzeile geht um die Welt. In Wien wiederholt er das Spektakel, steckt sich das Blatt sogar demonstrativ in den Mund und zerkaut es. Wieder war ihm die Presse sicher. Bei der Verteidigung des Kokablatts geht es für ihn um weit mehr als die Wahrung eines Kulturgutes. Er will für das Land, das über Jahrhunderte ausgebeutet wurde, nationale Eigenständigkeit gewinnen und die eigenen Interessen in der internationalen Staatengemeinschaft durchsetzen. Mit Erfolg: 2013 erkennt die UN die traditionelle Verwendung des Kokablattes in Bolivien an und erlässt eine Ausnahmeregelung zur Regelung von 1961. Der Anbau und Konsum von Koka wird in Bolivien erlaubt.

4.2 Koka ist nicht gleich Koka

Ich sitze neben Richard Quispe im Auto. Er arbeitet mit der Adecoca zusammen, der Gewerkschaft für die Kokabauern in den Yungas. Er soll mir helfen, mit Kokabauern ins Gespräch zu kommen. Sie gehören zur Stammwählerschaft des Präsidenten. Mit Ausländern sprechen sie nur selten, zu viele waren hier und haben die immer gleichen Fragen gestellt. Sie wollten etwas über Kokain wissen, aber nicht über die Kulturpflanze Koka. Das verärgert die Bauern.

Es ist noch früh am Morgen, denn die Bauern gehen schon früh auf ihre Felder. Wir fahren mit dem Minibus nach Cruz Loma, nur eine gute Viertelstunde von Coroico entfernt. Noch steht die Sonne nicht so hoch am Himmel. Wir wandern hinab in die tropischen Täler und genießen die Kühle des Morgens. Unterwegs begegnen wir einer Frau. An diesem Tag sei gegen Mittag ein

Treffen aller Kokabauern aus dem Ort und dem näheren Umland, erzählt sie uns. Viele Bauern seien deshalb am Vormittag nicht auf den Feldern, sondern würden Besorgungen machen. Tatsächlich finden wir in den darauffolgenden zwei Stunden nur eine Familie beim Pflücken auf einem Kokafeld. Ein Interview lehnen sie ab. Wir wandern weiter. Inzwischen brennt die Sonne und ich verfluche mich dafür, noch immer keinen Hut gekauft zu haben. Obwohl wir inzwischen schon vier Stunden unterwegs sind, wird es nicht langweilig. Der Ausblick auf die mit Palmen und Obstbäumen bewachsenen Berghänge ist jeden Schritt wert. „Wie schön, ein Mandarinenbaum!“, ruft Richard und zeigt auf einen Baum am Wegesrand. Früher hätten hier sehr viele gestanden, inzwischen seien sie zu einer Rarität geworden. Es fehle die entsprechende Politik, dabei müssten sich die Böden dringend erholen. „Die Monokulturen sind ein nationales Problem. Das Koka ist leicht zu pflegen und zu transportieren. Es verdirbt kaum. Nicht so wie Obst. Das ist sehr empfindlich und man bekommt nicht viel dafür“, sagt Richard. „Wäre das Pflücken der Blätter nicht so anstrengend, würde wohl jeder Bolivianer Koka anbauen.“

Richard scheint alles über Koka zu wissen. Auch über die Kulturgeschichte ist er gut informiert. „In der Kolonialzeit gab es eine sehr große Nachfrage nach Koka, weil es die Kolonialherren den Arbeitern in den Minen von Potosí gaben. Die Spanier kontrollierten auch den Kokaanbau. Viele Aymara aus dem Altiplano mussten in den Yungas unter sklavenähnlichen Bedingungen Koka anbauen“, erzählt Richard. Auch während des Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit hätte Koka eine entscheidende Rolle in Bolivien gespielt. Es verschaffte dem Staat auch in wirtschaftlich instabilen Zeiten wichtige Einnahmen durch den Export der Blätter in den Norden von Chile und Argentinien. „Leider ist seit dem Beginn der Regierungszeit von Evo Morales der Drogenhandel im Land stark gestiegen. Die Blätter kommen aus dem Chapare – sind groß und bitter. 40.000 Kokabauern gibt es dort. Wir sind gerade einmal 30.000, obwohl die Yungas das traditionelle Anbaugebiet sind“, sagt Richard. Im Chapare würde dreimal so viel Koka produziert werden wie in den Yungas. Der autorisierte Markt in Cochabamba, auf dem das Koka verkauft wird, sei aber wesentlich kleiner als der in La Paz. Für Richard ist das der Beweis, dass der Großteil des Koka aus dem Chapare in die Kokainproduktion geht. „Alle, die im Bereich Koka etwas zu sagen haben, stehen der Regierung sehr nahe. Die Leute, die über uns hier entscheiden, lassen sich leider auch leicht kaufen. Der Vorsitzende der Drogenkontrollen war selbst schon einmal wegen Drogengeschäften angeklagt“, schimpft Richard. „Das ist als würdest du eine Katze damit beauftragen, den Käse zu kontrollieren.“

Richard stammt aus einem Dorf ganz in der Nähe – Aripata. Er wuchs als Sohn von Kokabauern auf, zog aber nach La Paz, um dort Rechtswissen-

schaften und Internationale Beziehungen zu studieren. Auch wenn er das Stadtleben genießt, fährt er gern immer mal wieder in die Yungas, um seinen Eltern bei der Ernte zu helfen. Richard ist offiziell als Kokabauer registriert und fühlt sich mit den Menschen der Region verbunden. Die engen Verbindungen zwischen den Kokabauern des Chapare und dem Präsidenten ärgern ihn. „Die Leute aus den Yungas könnten sich zusammenschließen, aber wir können dabei eigentlich nur verlieren. Die Preise für Koka steigen, damit geben sich die Leute hier zufrieden“, sagt Richard. „Manchmal würde ich gern kämpfen, aber wir können nicht viel erreichen. Die Regierung hat viel dafür getan, die Opposition zu eliminieren. Deshalb wird er wieder gewinnen.“ Die große Mehrheit von Wählern, die für Morales stimmen würden, seien indigene Bauern. Sie hätten zwar keine Ahnung von Politik, glaubt Richard, könnten sich aber mit dem ersten indigenen Präsidenten in der Geschichte Boliviens identifizieren: Er verkörpere die Hoffnungen, Erwartungen und Frustrationen von Tausenden. Zudem ginge es dem Staat aufgrund der hohen Einnahmen aus den Gasexporten wirtschaftlich sehr gut. „Da ist schon viel Glück im Spiel“, glaubt Richard und vergleicht die Situation mit der einer bolivianischen Familie. „Der Machismo ist sehr stark. Die Frau ist ohne ihren Mann nichts. Er bringt das Geld nach Hause, versorgt sie und die Kinder. Oft schlagen Männer ihre Frauen, aber sie wehren sich nicht, denn die Männer garantieren ihren Lebensunterhalt.“ Genauso sei es auch mit dem bolivianischen Staat. Er habe viel Geld und könne alles kaufen. Die Gesellschaft würde sich nicht wehren. „Sehr viele Bolivianer, die eine starke oppositionelle Meinung haben, sind ins Exil gegangen. In einem demokratischen Land existiert doch kein Exil?“, fragt Richard. Aus seiner Sicht werden die grundsätzlichen Probleme des Landes nicht angegangen. Der Staat investiere nicht ausreichend in Bildungs- und Gesundheitsprogramme – vor allem im Bereich der Prävention. „Man kann in einem armen Dorf und trotzdem sauber und gesund leben, wenn man das Wissen dafür hat. Viele Kinder haben von den süßen Früchten schlechte Zähne oder sie trinken schmutziges Wasser“, sagt Richard. „Man muss kein teures Krankenhaus bauen, sondern die Leute aufklären. Aber das ist anstrengend und bringt nicht so viel Prestige, weil es nicht so gut sichtbar wie ein Krankenhaus ist.“ Die Realität sei eine andere als die, die die Regierung der Öffentlichkeit vermitteln würde.

Richard und ich kehren nach Cruz Loma zurück. Wir haben keine weiteren Kokabauern gefunden. Tatsächlich scheinen alle bei der Versammlung zu sein. Während wir auf den Minibus warten, der uns nach Coroico zurückbringen soll, haben wir schließlich doch noch Glück. Wir kommen mit einem alten Mann ins Gespräch, der behauptet, Kokabauer zu sein und sich mit mir für ein Gespräch am kommenden Tag treffen will. So ganz kann ich mein Glück noch nicht fassen und bleibe skeptisch, ob das Treffen tatsächlich stattfindet.

4.3 Bernabe, 74 Jahre, Kokabauer

Am nächsten Morgen treffe ich Bernabe Espinal in Cruz Loma. Hier ist er vor 74 Jahren geboren und hat sein ganzes Leben in dem kleinen Ort verbracht. Mit seiner Ehefrau hat er sechs Kinder. Sie leben nicht mehr bei ihnen. Zu zweit bewohnen sie ein kleines Haus mit nur zwei Zimmern im Zentrum des Ortes. In der Erntezeit kann es ganz schön eng werden, wenn seine Kinder kommen, um beim Pflücken zu helfen. „Wir leben nicht gut und nicht schlecht. Manchmal haben wir Geld, manchmal nicht. Da ich keine kleinen Kinder mehr habe, muss ich nur noch für mich und meine Frau sorgen. Damals war es schwieriger“, sagt Bernabe. Eine Rente bezieht er nicht. „Wir arbeiten bis wir sterben.“ Auch krankenversichert ist er nicht. Gesundheit sei sehr teuer. Wenn Bernabe krank ist, geht er in ein öffentliches Krankenhaus. Er weiß, dass die Behandlung dort nicht sehr gut ist, aber sie ist kostenlos. „Gerade geht es mir gut, aber wenn Krankheiten kommen dann hilft uns keiner. Ich habe Angst davor, dann ganz allein da zu stehen. Da hilft es nur den Señor anzubeten, mehr nicht. Was soll ich noch von meiner Zukunft erwarten? Das hier ist doch bereits meine letzte Zukunft“, sagt Bernabe. Deshalb versuche er schon seit ein paar Jahren etwas zurückzutreten. Sein Arbeitstag beginnt um acht Uhr morgens und endet um sechs Uhr abends. Zwischendurch ruht er sich immer mal wieder aus. Samstag und Sonntag arbeitet er meistens nicht mehr. Mit 15 Jahren stand er das erste Mal auf einem Kokafeld. Sein Vater brachte ihm alles über den Anbau von Koka bei. Inzwischen sind 60 Jahre vergangen. Im Urlaub war er noch nie. Das sei so bei den Menschen auf dem Land. Schließlich würde in ihrer Abwesenheit niemand auf die Felder aufpassen. Wenn er könnte, würde Bernabe gern nach Argentinien reisen. Dort lebt ein Teil seiner Familie. Doch auch wenn Zeit und Geld dafür fehlen, versuchen seine Frau und er das Beste aus ihrer Situation zu machen. Sie treffen sich zu kleinen Feiern mit Freunden und der Familie. Sie tanzen, trinken Bier und manchmal sogar Whiskey. Da der aber sehr teuer ist, kaufen sie meistens puren Alkohol und vermischen ihn mit Cola, Fruchtsaft oder Wasser. „Davon wird man am schnellsten und am günstigsten betrunken. 100 Prozent Alkohol. Manchmal enden dann die Feiern auch mit Schlägereien“, sagt er schmunzelnd.

Bernabe besitzt einen Cato Kokapflanzen, das sind 50 mal 50 Meter Feld. Im Jahr erntet er etwa 680 Kilogramm Kokablätter. Doch das sei nicht immer so gewesen, erzählt er. „1952 sind wir Kokabauern auf die Straße gegangen und haben für eine neue Agrarreform gekämpft. Damals habe ich vier Tage in der Woche kostenlos für den Patron arbeiten müssen. Seit der Reform arbeiten wir für unsere eigene Tasche. Koka ist alles, was wir haben. Ohne Koka gibt es kein Leben.“ Neben Koka baut er noch ein wenig Kaffee

für den Verkauf an, sowie Maniok und Bananen für den Eigenbedarf. Doch das sei nicht so lukrativ, auch wenn Kaffee mehr Geld bringe als Koka. Kaffee kann man einmal im Jahr ernten, Koka dreimal. Zudem ist Koka sehr leicht anzubauen. Wenn man keine Fehler beim Pflücken mache und mit Schweinemist dünge, würde eine Kokapflanze ohne Probleme 30 Jahre leben, sagt Bernabe. Nur das Klima habe sich spürbar verändert, inzwischen sei es unberechenbar. „Das Wetter ist in den letzten Jahrzehnten unregelmäßiger geworden, es gibt keine Regen- und Trockenzeiten mehr. Die Leute pflanzen jetzt das ganze Jahr Koka, früher waren es nur drei Monate in der Regenzeit. Es fehlt dann oft aber auch die Sonne für ein gutes Wachstum der Pflanzen.“ Bernabe verkauft seine Kokablätter auf dem örtlichen Markt an Zwischenhändler. Die bringen es dann auf den großen Markt in Villa Fatima in La Paz. Im Jahr verdient Bernabe so etwa 1.240 Euro. Der Preis für Koka schwankt. Gibt es viel Koka auf dem Markt, fallen die Preise. „Mit dem Geld aus dem Verkauf gehen wir auf den Markt und kaufen für uns ein. Wir leben von der Hand in den Mund. Wenn wir das Koka nicht zu einem guten Preis verkaufen, haben wir ein ernsthaftes Problem“, sagt Bernabe. Deshalb hofft er, dass die Regierung mehr Koka für medizinische Zwecke exportiert, damit die Nachfrage steigt. „Gesundes Koka zu verkaufen, das wäre toll. Hier ist immer mehr vergiftet, alles wird chemisch aufbereitet. Sogar die Hühnchen sind hier mittlerweile voll mit Chemie. Uns tun die ganzen Gifte, die viele auf die Blätter versprühen, auch nicht gut. Wir werden davon krank.“ Bernabe benutzt keine Chemie. Er ist stolz darauf, dass er noch immer so Koka anbaut, wie auch schon sein Großvater. Er düngt ausschließlich mit Urin und Schweinemist. „Wenn die Blätter mit Chemie behandelt sind, dann kann man sie nicht mehr kauen. Es verbrennt dir den Mund und schmeckt richtig sauer. Unbehandelt schmecken die Blätter süß.“ Dass Koka in Verruf geraten ist, macht Bernabe wütend. „Seit es dieses Land gibt, gibt es Koka. Eigentlich sogar seit es die Erde gibt. Man hat hier schon immer Koka angebaut und das muss man schützen. Aus dem gleichen Samen wachsen seit Tausenden von Jahren auf dem gleichen Flecken Erde diese Pflanzen. Nur an der Verwendung hat sich etwas geändert“, sagt er. „Viele sagen, Koka und Kokain sei das gleiche. Aber das ist eine Lüge. Koka ist ein Strauch. Wir ernten, wir trocknen, wir verkaufen. Wir wissen hier nicht, wie man daraus Kokain macht. Das Wissen haben die Yankees aus den USA nach Bolivien gebracht.“ Für Bernabe ist Koka vor allem Medizin. Es helfe gegen jede Art von Schmerzen und sei zudem auch ein guter Begleiter im Alltag. „Ich sitze hier nach einem langen Tag und rede mit dir, wenn ich kein Koka kauen würde, dann würde ich jetzt einschlafen. Koka schafft es, dass ich wach bin und mich konzentrieren kann“, sagt Bernabe. „Am besten funktioniert der Tag, wenn du den ganzen Tag Koka kaust. Das macht mehr

Laune und so lässt es sich leichter arbeiten. Alle arbeiten hier Koka kauend. Die Ingenieure, die Bauern. Was sollen wir denn sonst kauen? Koka gibt uns viel Kraft. Und natürlich Geld zum Leben.“

Bernabe streitet nicht ab, dass in Bolivien Koka für die Kokainproduktion angebaut wird. Aber er ist sich sicher, dass die Kokabauern in den Yungas nichts mit Drogen zu tun haben. Im Chapare sehe es da schon anders aus. Schließlich werde dort sehr viel mehr Koka produziert und die Blätter seien nicht zum Kauen geeignet. „Man erzählt sich hier, dass bis zur Regierung alle im Drogengeschäft drinstecken. Die Regierung sagt immer: Wir verbrennen alle Felder im Chapare. Aber keiner verbrennt irgendetwas. Die Leute hier sind genervt davon, dass stattdessen jede Hilfe in den Chapare geht. Wege, öffentliche Einrichtungen ... hier verrottet alles“, schimpft Bernabe. Auch wenn er sich sicher ist, dass Morales die Wahl wieder gewinnt, will er gegen ihn stimmen. Dass der Präsident einst auch Kokabauer war, ist ihm egal. „Ich bin nicht sehr zufrieden mit dem, was Evo macht. Manches ist gut, manches ist schlecht. Er hat geschafft, dass es viel Geld gibt, aber vor allem durch Korruption. Er verspricht mehr, als das er dann auch einhält“, sagt Bernabe. Über die Pläne der Regierung, eine Kokasteuer einzuführen, ist er verärgert. Aus seiner Sicht sind die Bauern sowieso schon die Verlierer. „Wir sind Bauern und würden gern direkt an den Konsumenten verkaufen. Dann könnten wir mehr verdienen. Aber wir verdienen schlecht. Gerade verdienen die, die gar keine Kokapflanzen haben. Die Zwischenhändler auf dem Markt sind die wahren Gewinner.“

4.4 Vorbildhaftes Bolivien?

Dass die bolivianische Regierung in den vergangenen Jahren zunehmend auf einen Dialog und die Zusammenarbeit mit den Kokabauern setzte, scheint Bolivien Drogenkriege wie in anderen Ländern zu ersparen. Während in Bolivien der Anbau von Koka sinkt, steigt er in Peru und Kolumbien. Dort wird er nach wie vor durch Polizei und Militär gewaltsam bekämpft. Um Hintergrundinformationen über die Strategien der bolivianischen Kokapolitik zu erhalten, frage ich bei dem UNODC in La Paz ein Interview an. Fünf Wochen werde ich immer wieder vertröstet. Schließlich zahlt sich meine Hartnäckigkeit doch noch aus und ich treffe nur wenige Tage vor meiner Abreise nach Deutschland Antonino de Leo, den Repräsentanten des UNODC in Bolivien. Das UNODC, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, wurde 1997 gegründet und finanziert sein globales Programm überwiegend aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch Deutschland. Es hat den Auftrag, die

Mitgliedsstaaten bei der Prävention gegen illegale Drogen, Verbrechen und Terrorismus zu unterstützen. Der Hauptsitz des UNODC befindet sich in Wien, zudem verfügt es weltweit über 21 Außenstellen. Sie sollen die Staaten bei der Umsetzung von normativen Instrumenten, die zur Drogen- und Verbrechenskontrolle entwickelt wurden, unterstützen. In Bolivien gibt es seit 2003 ein Büro, das sich vorwiegend mit der Überwachung des Kokaanbaus, der Förderung von Präventionsmaßnahmen und dem Kampf gegen Drogenhandel und Korruption beschäftigt.

Antonino de Leo, seit Mai 2013 Repräsentant des UNODC in La Paz, sieht in seiner Arbeit in Bolivien einige Besonderheiten: „Verglichen mit den anderen Kokaproduzenten Peru und Kolumbien ist in Bolivien vieles anders: Den Bolivianern ist es gelungen, eine Änderung der Konvention von 1961 zu erreichen, die den medizinischen und traditionellen Gebrauch von Koka erlaubt. Zudem liegt Bolivien im Herzen von Lateinamerika und verfügt über eine sehr große Landesgrenze mit fünf verschiedenen Ländern, unter anderem mit Peru, dem Hauptproduzenten von Kokain; Paraguay, dem Hauptproduzenten von Cannabis in der Region und Brasilien, dem Land mit dem zweitgrößten Kokainkonsum weltweit. Bolivien ist also nicht nur Kokaproduzent, sondern auch Transitland“, gibt de Leo zu bedenken. Zudem habe Bolivien ein sehr veraltetes Kokagesetz von 1988, das längst überholt sei. Es sei in einer Zeit entstanden, in der es noch keine Studien zu diesem Thema gegeben habe. „Es geht nicht mit den guten internationalen Praktiken von heute konform, sondern füllt die Gefängnisse mit Kleinhändlern, Kleinkriminellen und Drogenkonsumenten“, kritisiert de Leo. Ende September 2014 wurde von der Regierung bekannt gegeben, dass 2015 das Kokagesetz von 1988 ersetzt werde. Unter anderem soll in dem neuen Gesetz eine Steuerabgabe von fünf Bolivianos pro 25 kg Kokablätter für Produzenten verankert werden. Die Einnahmen sollen in die Bekämpfung des Drogenhandels fließen. Adepococa, der Gewerkschaftsverband der Kokabauern der Yungas, wies die geplante Steuer entschieden zurück. Die Kokabauern aus dem Chapare zeigten sich generell bereit, eine Steuer zu entrichten.

Das größte Problem sind für de Leo die Anbauflächen im Chapare. „Der Kokaanbau hat dort keine Tradition. Er hat erst in den 1980er Jahren begonnen, als Minen in der Umgebung geschlossen wurden und die Familien in den Chapare kamen, um Geld zu verdienen“, sagt de Leo. Zudem seien die Kokablätter ungenießbar. „Niemand kaut Kokablätter aus dem Chapare. Und wenn es nicht in den legalen Markt geht, wohin dann? In den Drogenhandel“, sagt de Leo. Tatsächlich werden im Andenstaat weitaus mehr Kokablätter produziert, als die Bolivianer zum Eigenkonsum benötigen. Die Zahlen dazu liefert eine von der EU finanzierte und Ende 2013 veröffentlichte Studie. Diese hat berechnet, dass der Konsum der Bolivianer mit einer Anbaufläche

von rund 14.700 Hektar gedeckt werden könnte. Seit 2008 gibt es ein Regierungsprogramm für die Reduktion der illegalen Kokapflanzen in Bolivien. Ziel ist, durch die Zusammenarbeit mit Kokagewerkschaften den Kokaanbau zu reduzieren. Die Gewerkschaften sollen ihren starken Einfluss geltend machen und jedem registrierten Bauern dabei helfen, sich beim Anbau von Koka auf ein kleines Stück Land zu beschränken – einen sogenannten Cato. Jedes Jahr im Sommer veröffentlicht die UNODC gemeinsam mit der Regierung einen Kokabericht. In dem aktuellsten Bericht für das Jahr 2013, der im Juli 2014 erschien, wird Bolivien eine erfolgreiche Koka-Politik bescheinigt. Die Kokaanbauflächen seien um neun Prozent reduziert worden und damit während der vergangenen drei Jahre um gut ein Viertel zurückgegangen. Die illegale Kultivierung von Koka in Naturschutzgebieten sei innerhalb eines Jahres halbiert worden. Die im vergangenen Jahr gemessenen 23.000 Hektar Anbaufläche stellen zumindest den geringsten Wert in der Amtszeit von Evo Morales dar und kommen dem Ziel der Regierung, jene bis 2015 auf 20.000 Hektar zu minimieren, sehr nah. Die Arbeit der Behörden verläuft in der Regel friedlich und mit Einverständnis der Bauern, die ihre Felder überprüfen und vermessen lassen. Abschließend werden die Daten mit Satellitenbildern verglichen. Zudem teilt die Regierung der UNODC mit, wo Kokaflächen zerstört wurden. In Bolivien betritt die UNODC teilweise auch die Anbauflächen – gemeinsam mit Mitgliedern der Regierung. In Peru oder Kolumbien ist das undenkbar. Dennoch erweist sich der Kampf gegen den illegalen Anbau auch in Bolivien als schwierig: Wird ein Feld zerstört, wächst an einem anderen Ort ein neues. Die Kokabauern, die die Drogenproduzenten beliefern, ziehen an immer abgelegene Orte, um den Behörden zu entkommen. De Leo sieht dennoch Bolivien in der Verantwortung, die Kokapflanzen weiter zu reduzieren. Schließlich habe das Land die internationale Konvention ratifiziert. „Die Kokablätter sind immer noch auf der Liste des internationalen Überwachungssystems für Drogen. Es ist also eine Verpflichtung des Landes. Bolivien ist ein souveräner Staat und hat damit eine Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft.“

Aus Erfahrung weiß de Leo, dass ein Produktionsland auch schnell selbst zum Konsumenten werden kann. „Vor elf Jahren war Afghanistan weltweit der Hauptproduzent von Opium und Heroin, das vor allem in Europa aber auch in den Nachbarländern konsumiert wurde. Heute ist Afghanistan selbst weltweit der größte Konsument von Opium und Heroin. Deshalb muss man sich auch mit Lektionen auseinandersetzen, die schon in anderen Ländern gelernt wurden. Der Kokainkonsum steigt seit einigen Jahren in Südamerika, während er in Nordamerika wieder sinkt.“ Die Kokapolitik von Evo Morales bewertet de Leo als positiv. Die Ergebnisse sprächen für sich. In den vergangenen drei Jahren ist der Kokaanbau um 26 Prozent zurückgegangen.

Von noch 31.000 Hektar Kokapflanzen im Jahr 2010 auf 23.000 Hektar in 2013. Das ist der niedrigste Wert der letzten elf Jahre. Vor Morales seien viele Fehler gemacht worden: „Eine Politik der harten Hand kann vielleicht auch zu einer Reduzierung der Anbaufläche führen, aber man zahlt dafür einen hohen Preis: Die Verletzung der Menschenrechte. Das Problem löst man so aber nicht. Länder, die dieses Modell verfolgt haben, erreichten zwar für ein paar Jahre Rückgänge, aber dann kam der ‚Balloon-Effekt‘. Die Pflanzen sind einfach in anderen Regionen wieder aufgetaucht“, erklärt de Leo. Auch in Bolivien hatte die Regierung unter dem Druck der USA lange auf Repression gesetzt. Die Kokapflanzen wurden aus der Luft vernichtet, es gab blutige Auseinandersetzungen mit den Kokabauern. „Stattdessen muss man die Armut reduzieren und die regionale und internationale Kooperation stärken. Das sind keine Investitionen für ein paar Jahre, sondern Investitionen auf lange Sicht.“ Auch wenn er Morales lobt, sieht de Leo noch einige Herausforderungen auf den Präsidenten zukommen. „Es muss klar definiert werden, wo sich die legalen und die illegalen Pflanzen befinden. Man muss die regionale Zusammenarbeit fördern und in Prävention und Aufklärung investieren. Außerdem müssen gute Beschäftigungsalternativen für die 40.000 Familien im Chapare geschaffen und die legalen Kokamärkte besser überwacht werden“, sagt de Leo. Koka sei leicht anzubauen und brauche nicht viel Pflege, fast keine Bewässerung. Somit hätten die Kokabauern viel freie Zeit, um sich zu organisieren und Lobby in der Regierung und der Gesellschaft zu betreiben. „Es gibt keine Alternative, keine Pflanze, die so ökonomisch ist. Kaffee kommt noch am ehesten in Frage, er braucht aber intensive Pflege und kann nur alle drei Jahre geerntet werden. Mit Koka kann man bis zu zehnmal so viel ernten.“ Morales spielt in diesem Diskurs eine besondere Rolle. Er hat die politische Bühne des Landes als Anführer einer mächtigen Kokagewerkschaft betreten. Noch immer ist er Vorsitzender der sechs großen Produzentenvereinigungen im Chapare, obwohl er schon seit neun Jahren Präsident ist. Dafür musste er viel Kritik einstecken. Gegner werfen ihm vor, dass seine alten Bande ihn daran hindern würden, entschieden gegen den illegalen Kokaanbau für die Kokainproduktion vorzugehen. Schließlich kommen seine treuesten Anhänger und Wähler aus diesem Umfeld. De Leo will Morales‘ Doppelrolle nicht kommentieren. Die Vereinten Nationen dürften da keine Position beziehen, das sei ein nationales Thema. Dennoch gibt er zu bedenken, dass die überwiegend gewaltfreie Reduktion der Anbauflächen in einem stabilen sozialen Klima sicher auch Morales‘ Vergangenheit als Ex-Cocalero und seinem starken Einfluss im Chapare zu verdanken sei.

Neben der Drogenbekämpfung gibt es noch ein anderes Thema, das die UNODC gern mit anderen Vertretungen der Vereinten Nationen in Bolivien

angehen würde: Die Transformation des Rechtssystems. „Die Justiz ist in Bolivien ein großes Problem. Sie ist wie ein großes schwarzes Loch“, sagt de Leo. Trotz zahlreicher Reformen des Rechtssystems gebe es noch immer keine unabhängige Justiz. „Eine Justiz für alle und nicht nur für die Reichen. Eine gerechte Justiz. In Palmasola gab es im letzten Jahr Dutzende Tote. In Cochabamba ist das Gleiche passiert. Es gibt Gefangene, die leben mit ihren Familien im Gefängnis. Auch mit Kindern. Das ist kein Problem der aktuellen Regierung, sondern eines aus den letzten Jahrzehnten, das noch nicht gelöst wurde.“ Schließlich lässt sich de Leo doch noch zu einem kritischen Kommentar hinreißen: „In der Verfassung ist Bolivien als pluralistischer Staat beschrieben. Ich will nicht darüber urteilen, inwiefern er das tatsächlich ist. Offensichtlich ist aber: Es gibt keine starke Opposition in Bolivien. Das ist nicht gut für eine Demokratie.“

5. Kinder an die Macht

Um elf Uhr bin ich mit Cielo und ihrer Mutter in El Alto verabredet. Eine lange Menschenschlange steht einmal um die Seilbahnstation herum. Es ist Sonntag und viele Familien nutzen den sonnigen Tag für einen Familienausflug. Nach einer halben Stunde Warten steige schließlich auch ich in eine der Gondeln und schwebe den Berg hinauf. An der Endstation soll ich die beiden treffen, doch an diese grenzt der größte Freiluftmarkt Südamerikas. Hier kann man alles kaufen, vom Autoreifen, über Hundewelpen bis zum Kleiderschrank. In dem Durcheinander kann ich niemanden entdecken. Plötzlich zieht jemand an meinem Hosenbein. Ein kleines Mädchen fragt, ob ich Maria sei. Es ist Cielo in Begleitung ihrer Mutter. Nach einer herzlichen Begrüßung schlagen sie mir vor, dass wir zu ihnen nach Hause fahren, damit ich sehen kann, wie sie leben. Cielo fasst mich an der Hand und zieht mich sicher durch die Menschenmengen. Wir werden angestarrt. Was macht die Europäerin mit dem kleinen Mädchen an ihrer Hand? Wir steigen in einen Minibus. Ich habe Sorge um meine teure Kamera. Hierhin verirrt sich nur selten ein Ausländer. Obwohl ich die Orientierung verliere, habe ich Vertrauen in Cielo und ihre Mutter. El Alto gehört zu den am schnellsten wachsenden Städten der Welt. Mehr als die Hälfte der über 840.000 Bewohner ist unter 20 Jahre alt, nur 18 Prozent sind älter als 39 Jahre. Sie sind überwiegend indigener Herkunft. El Alto gehört zu den ärmsten Städten der Welt, da sich die Elendsviertel von La Paz hierher verlagert haben: Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Viele Wohnviertel haben keinen Wasser- oder Stromanschluss. Nach einer Stunde Fahrt erreichen wir das Zuhause von Cielo und ihrer Mutter. Ich darf mir alles an-

sehen, interviewe Cielo, ihre Schwester und ihre Mutter. Anschließend fahren wir gemeinsam zurück ins Zentrum von El Alto und ich begleite sie ein paar Stunden bei ihrer Arbeit. Selbstverständlich kaufe auch ich ihr einige Packungen Kaugummi ab. Sie kann ihr Glück kaum fassen. Als wir uns verabschieden, sind wir beide traurig. In den wenigen gemeinsamen Stunden haben wir Freundschaft geschlossen.

5.1 Cielo, zehn Jahre, Verkäuferin

Wenn Cielo von der Schule nach Hause kommt, ist sie in Eile. Sie schlüpft in ihre ausgetretenen Turnschuhe, setzt sich ihr Basecap auf und ist schon wieder aus der Tür. Vorbei an ihren Freunden, die auf der Straße spielen. Sie winkt. Für mehr bleibt keine Zeit. Cielo geht arbeiten. Dabei ist sie erst zehn Jahre alt. Mit dem Minibus fährt das Mädchen eine Stunde ins Zentrum. Autos hupen und wirbeln Staub auf. Hunde kreuzen die Straße. Alte Frauen sitzen am Straßenrand und verkaufen Früchte. Am Horizont leuchten die schneebedeckten Gipfel der Anden.

Cielo betritt eine Karaoke-Bar. Musik dröhnt aus den Lautsprechern. Der Boden vibriert. Sie geht von Tisch zu Tisch und bietet Kaugummis an. Die kauft sie in einem Kiosk und verkauft sie dann in Lokalen für das Doppelte. Die Reaktionen der Leute sind verschieden: Manche schauen sie nicht einmal an, andere sind freundlich. Ein Mann kauft. Cielo lächelt zufrieden und geht in den Hähnchenimbiss gegenüber. Fast jeden Abend arbeitet Cielo – immer allein. Mit vier Jahren verkaufte sie das erste Mal. Angst hat sie keine mehr, auch wenn sie oft in der Dunkelheit unterwegs ist. „Die meisten behandeln mich gut“, sagt Cielo. „Manchmal sagt mir jemand, dass ich nicht arbeiten darf und er meine Mutter anzeigt.“ Das macht sie dann sehr wütend. „Ich muss verkaufen, damit wir essen können“, sagt sie. Das Geld gibt Cielo ihrer Mutter, damit sie für die Familie einkaufen kann. Am Tag verdient sie so im Schnitt zwischen 40 und 50 Bolivianos, umgerechnet etwa fünf Euro. Samstags verdient sie besser als unter der Woche. Wenn es besonders gut läuft, dann bringt sie 100 Bolivianos, also rund elf Euro nach Hause. In Cielos Familie arbeiten alle: Ihre Mutter, ihre Schwester, ihr Bruder. Ihr Vater will nichts mehr von ihr wissen. Der 17-jährige Bruder Henry wohnt nicht mehr bei der Familie, er ist beim Militär in Cochabamba. Ihre Mutter verkauft nachts Kaugummis und Zigaretten in den Bars und Discoteken der Stadt. Ihre Schwester Joselyn ist 14 und verkauft Tennisklamotten und Sportschuhe. Zu dritt leben sie in einem kleinen Haus, das sie von ihrem Onkel gemietet haben. Es hat nur einen Raum mit zwei Schlafplätzen. Möbel gibt es keine. Die wenigen Dinge, die sie besitzen, stapeln sich auf

dem Boden. In einer Ecke des Raumes befindet sich die Küche, die aus einer Herdplatte, ein paar Töpfen, Tellern und Gläsern besteht. Vor dem Haus gibt es eine provisorische Toilette, dort ist auch ein Brunnen, an dem sie sich waschen. Fließendes warmes Wasser gibt es nicht. „Wenn Cielo, Joselyn und ich arbeiten, können wir mehr oder weniger alles bezahlen“, erzählt Cielos Mutter Taudora. „Gott sei Dank haben wir unser tägliches Brot. Nicht viel, aber wir haben etwas.“ Im Monat verdienen sie gemeinsam etwa 2.200 Bolivianos, das sind 260 Euro. Auch Taudora hat schon mit elf Jahren gearbeitet und auch ihre Mutter. So wird es in den Familien immer weiter gegeben. „Die Kinder müssen nicht arbeiten“, erzählt Cielos Mutter. „Aber sie müssen wissen, wie sie für sich sorgen können, wenn ich eines Tages nicht mehr da bin. Im Leben bekommt man nichts geschenkt.“ Cielo geht genauso gern zur Arbeit wie zur Schule. „Nur wenn ich müde bin, habe ich keine Lust. Dann sagt mir meine Mutter, ich soll immer nach vorn schauen.“ Manchmal hätte Cielo gern etwas mehr Zeit zum Spielen mit ihren Freundinnen oder zum Tanzen. Das bringt ihr ihre große Schwester bei. Cielo ist sehr ehrgeizig und so verwundert es auch nicht, dass sie auch mit zehn Jahren schon eine Antwort auf die Frage nach ihrem späteren Berufswunsch hat. „Ich möchte Anwältin oder Journalistin werden. Als Anwältin könnte ich Menschen helfen, als Journalistin würde ich immer mehr lernen“, sagt sie.

5.2 Wir wollen arbeiten!

Wie Cielo arbeiten rund 850.000 Kinder in Bolivien. Das ist fast jedes dritte Kind. Sie sind Schuhputzer, Haushaltshilfen oder Straßenverkäufer; arbeiten in Minen, Kneipen und auf Friedhöfen. Überall im Land sieht man arbeitende Kinder. Und das, obwohl die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren noch bis vor wenigen Monaten verboten war. Für Pedro Mamani war das der falsche Weg. „Kinderarbeit in Bolivien zu verbieten, hilft den Kindern nicht. Sie würden trotzdem arbeiten, nur versteckt und ohne Rechte“, sagt er aus eigener Erfahrung. Er ist 29 Jahre alt und ehemaliger Kinderarbeiter. Pedro lebte viele Jahre auf der Straße, konsumierte Drogen. Mit sieben Jahren verkaufte er mit seiner Mutter auf den Märkten der Stadt Lebensmittel, mit neun arbeitete er auf dem Friedhof. Dort tauschte er das Wasser der Blumen, reinigte die Grabsteine. Vor dem Friedhof putzte er Schuhe. Pedros Vater war auch drogenabhängig und ist schon vor einigen Jahren verstorben. Das hat ihm geholfen, den Absprung von der Straße und den Drogen zu schaffen. Heute lebt er mit seiner Mutter und seinen drei Geschwistern zusammen und hat auch beruflich einen neuen Weg eingeschlagen, absolvierte sogar eine Ausbildung. „Meine Lebensaufgabe ist die Naturheilkunde. Ich

stelle Heilmittel aus Pflanzen her und verkaufe sie auf der Straße.“ Außerdem hilft er heute den arbeitenden Kindern dabei, für ihre Rechte einzustehen. „Ich kenne die NATS seit ich klein bin, ich war so etwas wie der Gründer der Kinderarbeiterbewegung“, erzählt Pedro. Damals hätte es noch viel mehr Diskriminierung und Misshandlungen gegeben. „Es gab auch viele Übergriffe von der Polizei. Mit ihnen hatten wir vor allem in der Nacht große Probleme“, erinnert sich Pedro. Auch die Arbeit selbst hätte sich verändert. Einige neue Berufsgruppen seien hinzugekommen, zum Beispiel die Cigarilleros, die Zigaretten und Kaugummis in den Kneipen und Diskotheken der Stadt verkaufen.

Erst seit dem 4. August 2014 ist es in Bolivien Kindern unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt zu arbeiten. An diesem Tag trat ein neues Kinder- und Jugendgesetz, das Ley 548 Código Niño, Niña y Adolescente, in Kraft. Die neue Regelung sieht vor, dass nach dem Alter des Kindes unterschieden wird. Sind sie zwischen 10 und 14 Jahren wird in Ausnahmefällen die Arbeit gestattet. Jugendlichen unter 18 Jahren ist das Arbeiten im Regelfall erlaubt. Es werden verschiedene Formen der Arbeit unterschieden: Arbeiten, die Kinder in einer Gemeinschaft ausüben, sind altersunabhängig erlaubt. Sie werden im historischen und kulturellen Kontext des Landes als positiv für die Sozialisation der Kinder zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft bewertet. Dem gegenüber stehen Arbeiten, die zum Erwerb von Einkommen verrichtet werden – sei es auf eigene Rechnung oder in Abhängigkeit von einem Arbeitgeber. Kinder ab dem 10. Lebensjahr dürfen Arbeiten auf eigene Rechnung und ab dem 12. Lebensjahr abhängige Arbeiten ausüben, wenn die Arbeit nicht das Recht auf Bildung beeinträchtigt und nicht ihre Gesundheit, Würde und Entwicklung gefährdet. Für Jugendliche ab 14 Jahren ist eine Arbeitserlaubnis des Arbeitsministeriums erforderlich. Für alle Arbeiten, die in der Altersspanne von 10 bis 18 Jahren verrichtet werden, gilt, dass sie dem freien Willen der Kinder und Jugendlichen entsprechen und ihre ausdrückliche Zustimmung finden müssen. Gefährliche Arbeiten, die Kindern schaden können, werden in einer Liste aufgeführt, die alle fünf Jahre aktualisiert werden soll. Für sie darf bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres unter keinen Umständen eine Erlaubnis erteilt werden. Dazu zählen unter anderem die Zuckerrohr- und Kastanienernte, die Arbeit innerhalb von Bergwerken, das Ausschanken von Alkohol und das Sammeln von Müll.

Das Gesetz interpretiert die Kinderrechte im Geiste der Traditionen indigener Gemeinschaften und unter Beachtung der sozialen und kulturellen Realität des Landes. Es ist weltweit das erste Gesetz, das maßgeblich unter der Beteiligung von Kindern zustande kam und den Kindern Arbeit nicht generell verbietet, sondern ihnen ein Recht auf Schutz bei der Arbeit, vor Ausbeutung und Machtmissbrauch zusichert. Der bisherige Ansatz der Kon-

ventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) war es, Kinder bis zu einem bestimmten Alter durch ein Verbot gänzlich von Arbeit fernzuhalten. Ursprünglich war eine Beteiligung der Kinder an der Formulierung des Gesetzes nicht vorgesehen. Im ersten Entwurf, der im Dezember 2013 von der Regierung vorgelegt worden war, war Arbeit bis zu einem Alter von 14 Jahren verboten. Dies rief bei den arbeitenden Kindern heftigen Protest hervor, da sie bereits 2010 einen eigenen Gesetzesentwurf präsentiert hatten, in dem sie herausstellten, dass auch Kinder ein Recht auf Arbeit haben. In vielen Teilen des Landes gingen die Kinder deshalb auf die Straße. In La Paz kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie setzte Tränengas und Knüppel ein, einige Kinder wurden verletzt. Cielo bekommt noch immer eine Gänsehaut, wenn sie sich daran erinnert, wie sie mit mehr als 100 anderen Kindern auf dem Plaza Murillo vor dem Regierungspalast stand und Sprechchöre auf sagte. „Ich war auch in dem Protestmarsch. Da war ganz schön was los. Sie haben mich und meine Freundinnen von den Mini-NATS fast zerdrückt“, erinnert sie sich. „Wir hatten Probleme zu atmen, so eng und stickig war es. Sie haben uns mit Wasser angespritzt und wir haben mit Joghurt und Wasser zurück geworfen. Wir sangen immer und immer wieder: ‚Evo – amigo, los NATS estan contigo!‘ – Evo, Freund, wir Kinderarbeiter stehen hinter dir!“ Die Kinder wollten den Platz nicht räumen, bis sie mit einer verantwortlichen Person diskutieren durften. Einige Abgeordnete kamen tatsächlich, um mit ihnen zu reden. Trotzdem waren die Kinder noch nicht zufrieden, so dass sie sich am darauf folgenden Tag wieder versammelten, um zu protestieren. An diesem Tag konnten sie mit vielen Politikern und Medienvertretern sprechen und ihnen ihre Meinung darstellen. Die Konfrontation löste eine weltweite mediale Berichterstattung aus. Auch aus dem Ausland wurde gefordert, das Recht der Kinder auf Gehör nicht zu missachten. Evo Morales, der zu diesem Zeitpunkt im Ausland war, meldete sich und meinte, dass keine Entscheidung getroffen werden würde, bis er zurück ist. Der Präsident ergriff schließlich öffentlich Partei für die Kinder und verkündete, dass er ein Verbot der Kinderarbeit ablehne. Schon bei früherer Gelegenheit hatte er sich als ehemaliges arbeitendes Kind geoutet. Das ist eine Biografie, in der sich viele Bolivianer wiederfinden. „Ich verkaufe, arbeite und esse. Politik interessiert mich nicht besonders. Aber mir gefällt unser Präsident. Bald werde ich 50 und ich habe noch nie so einen Präsidenten hier in Bolivien gesehen“, sagt Cielos Mutter Taudora. „Evo ist nicht für sich oder für Korruptionen in den Präsidentenpalast eingezogen, sondern für unser Volk.“ Und auch die 10-jährige Cielo schwärmt: „Evo ist ein Idol für mich, ohne ihn könnten wir nicht arbeiten.“

Für die Kinder erwies sich als Vorteil, dass sie gut vorbereitet waren. Bereits seit Ende der 1980er Jahre gibt es auf nationaler Ebene Bemühungen,

sich zu organisieren. Seit 2003 sind sie auch formell in einer Organisation zusammengeschlossen, die sich Vereinigung der arbeitenden Kinder und Jugendlichen Boliviens, kurz UNATSBO, nennt und in nahezu allen Teilen des Landes aktiv ist. Sie ist nicht die erste Kindergewerkschaft Südamerikas, gehört aber zu den stärksten. Sie soll mehr als 20.000 Mitglieder haben und vernetzt Kinder aus dem ganzen Land. Über Facebook rufen sie zu Aktionen auf, über Skype halten sie Konferenzen ab. „Es gab Bewegungen in der Vergangenheit, die gezeigt haben, dass eine vertikale Struktur oft dazu beiträgt, dass sich alles in einer Person konzentriert und die anderen sich nicht als Teil fühlen. In der UNATSBO sind wir horizontal organisiert. Es gibt nicht den einen Präsidenten, sondern alle sind Präsidenten. Auch in unserer Bewegung gibt es Untergruppen, wie zum Beispiel die der Schuhputzer oder der Zeitungsjungen, in Santa Cruz gibt es die Karrenfahrer oder die Süßigkeiten- und Gebäckwarenverkäufer, in Sucre gibt es die Wasserverkäufer und die Autobewacher. Die Bewegung der NATS beschäftigt sich aber nicht nur mit dem Recht auf Arbeit, sondern auch mit Gesundheit, Bildung, Justiz und Diskriminierung“, erzählt Pedro. Auch Cielo gehört zu der Kinderorganisation, zu den sogenannten Mini-NATS, den Gewerkschaftlern von morgen. Damit tritt sie in die Fußstapfen ihrer älteren Geschwister, die auch schon seit ihrer Kindheit arbeiten und sehr aktiv in der Kinderbewegung sind. Ihr Bruder Henry hat sogar schon einmal den Präsidenten getroffen. „Die NATS bedeuten mir viel. Wir treffen uns jeden Samstag mit den Mini-NATS“, sagt sie. „Oft schaffe ich es leider nicht hinzugehen, weil ich arbeiten muss. In den Treffen sprechen wir über die Arbeit, die schlechten Erlebnisse. Wir lernen auch wie wir uns während unserer Arbeit richtig verhalten und wie wir uns gegen Angriffe und schlechte Behandlung zur Wehr setzen können. Es gibt viele schlechte Behandlungen innerhalb der Familien und auch in der Arbeit. Es ist wichtig für uns, dass wir dort darüber sprechen können.“ Pedro erzählt, dass sich die Mini-NATS nach dem Vorbild ihrer älteren Geschwister selbst gegründet haben. Die Jüngsten sind fünf oder sechs Jahre alt, spätestens mit zehn Jahren wechseln sie dann zu den NATS. „Sie sind die zukünftigen Anführer“, glaubt Pedro. „Warum dürfen Kinder, die noch keine 14 Jahre alt sind, nicht auch Rechte haben? Wir haben vier lange Jahre dafür gekämpft, am Ende sogar Tag und Nacht. Mit dem neuen Gesetz wurde es dann endlich Wirklichkeit“, sagt Pedro stolz.

Das neue Kinder- und Jugendgesetz berücksichtigt die Tatsache, dass das Arbeiten hunderttausender Kinder zur bolivianischen Realität gehört. In den Armenvierteln von La Paz, Cochabamba oder Potosí können viele Eltern nicht allein ihre Familie ernähren. Für sie ist die Arbeit der Kinder überlebenswichtig. Zudem berücksichtigt das Gesetz die Probleme, denen viele arbeitende Kinder ausgesetzt sind: Wirtschaftliche Ausbeutung und Machtmiss-

brauch gehören zum Alltag. „Das Gesetz ist ein großer Fortschritt für unsere Gesellschaft“, ist sich Pedro Mamani sicher. „Es ist weltweit eine historische Etappe. Die Kinder zu schützen, anstatt ihnen ihre Rechte zu nehmen. Sie als soziale Subjekte wahrzunehmen, die Rechte haben.“ Das ist die besondere Bedeutung des Gesetzes – auch für andere Länder: Die Anerkennung der arbeitenden Kinder als soziale Subjekte, die zu den notwendigen Veränderungen der Gesellschaft aktiv beitragen können. Sie sind vor dem Gesetz gleich und genießen denselben Schutz wie Erwachsene. In den westlichen Industrienationen ist Kinderarbeit ein Reizthema und wird oft mit Ausbeutung und Misshandlung gleichgesetzt. Die Moralvorstellungen sehen vor, dass Kinder möglichst behütet und von der Welt der Erwachsenen abgeschottet aufwachsen sollen. Das Tabu Arbeit gilt jedoch nur für die Heranwachsenden, die dazu gezwungen sind, um zu überleben. Wenn sich Jugendliche in Europa oder in den USA neben der Schule etwas dazu verdienen, gelten sie als besonders reif. Organisationen wie das Kinderhilfswerk Unicef und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) äußerten sich besorgt über die Entscheidung des bolivianischen Parlaments. Für die Gegner ist es eine Art Kapitulation des Staates, der eigentlich auf den Schulbesuch der Kinder dringen müsste. Das Gesetz ist ein politischer Kompromiss, der gegen viele Widerstände erkämpft werden musste. Ohne die Hartnäckigkeit und die Überzeugungsarbeit der Kinder und Jugendlichen wäre er vermutlich nicht zustande gekommen. Die Kinder sehen sich erstmals respektiert und erhoffen sich einen besseren Schutz bei der Arbeit, ein Ende der Diskriminierung und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Erst in der praktischen Umsetzung wird sich aber zeigen, inwieweit das Gesetz den arbeitenden Kindern tatsächlich nutzt.

Präsident Evo Morales glaubt, dass Kinderarbeit dabei helfe, das soziale Bewusstsein der arbeitenden Kinder zu entwickeln. Über eine altersgerechte Arbeit werden in den Andenstaaten Kinder seit jeher in die Gesellschaft der Erwachsenen integriert. Auf dem Land und in den dörflichen Gemeinschaften gilt diese Tradition bis heute. Klassisch wird Arbeit als bezahlte Tätigkeit verstanden, doch es gibt andere Formen der Arbeit, zum Beispiel die Ausführung von Pflichten und Aufgaben innerhalb der Familie. Sie wird vielmehr als Hilfe verstanden. Vor allem in der Kultur der Quechua und Aymara sind Arbeit und Leben untrennbar miteinander verbundene Konzepte. „In unserer Kultur arbeitet die ganze Gesellschaft, schon von klein auf. Wer nicht arbeitet, ist nicht Teil der Gemeinschaft. Er gilt als faul und wird nicht anerkannt“, erklärt Pedro. Kinder mit vier, fünf Jahren übernehmen schon kleinere Arbeiten: Die Mädchen helfen beim Weben, die Jungs beim Ernten auf den Feldern oder beim Vieh hüten. So trägt jeder seinen Teil zu der Gemeinschaft bei. „Arbeit ist Teil der sozialen Realität. Mit seiner Arbeit lernt ein Kind Verantwortung zu übernehmen. Die Arbeit in würdevollen Bedin-

gungen ist etwas positives, sie bildet einen Menschen. Auch schon von klein auf. Das ist ein Unterschied zur Ausbeutung, gegen die wir kämpfen müssen“, sagt Pedro. Er wünscht sich, dass die Kinder respektiert und als Personen wahrgenommen werden, als soziale Subjekte mit Rechten. „Sie sind Menschen, die etwas beisteuern, die genauso sind wie wir. Sie zählen nicht weniger“, sagt Pedro. Obwohl die NATS mit dem neuen Gesetz ihr wichtigstes Ziel vorerst erreicht haben, wollen sie sich weiter für ihre Rechte engagieren. „Wir müssen den Leuten zeigen wie wichtig das Gesetz ist. Es bringt nichts, wenn nur die Politiker davon auf theoretischer Ebene wissen, es muss im ganzen Land durchgesetzt werden.“ Pedro glaubt, dass es in Bolivien immer Kinder geben wird, die arbeiten, auch wenn es weniger Armut gibt. Die Notwendigkeit werde zwar abnehmen, aber die Arbeit würde auch weiterhin ein wichtiger Teil ihrer Kultur und Identität bleiben.

5.3 Ein anderes Kind

An einem Vormittag verabrede ich mich mit Dr. Jorge Domic Ruiz. Er ist Psychologieprofessor und der bedeutendste Kinderrechtsexperte Boliviens. Neben seinen Forschungs- und Lehrtätigkeiten im In- und Ausland ist Domic Leiter der Fundación La Paz para el Desarrollo y la Participación. 1987 gründete er die Einrichtung, die versucht, die Lebenssituation von Kindern, die auf der Straße leben und arbeiten, zu verbessern. Die Stiftung hat ihren Hauptsitz in Villa Copacabana, einem Stadtteil in La Paz, in dem die meisten Menschen unter der Armutsgrenze leben. Die Kinder und Jugendlichen erhalten Wohnraum, eine warme Mahlzeit und die Möglichkeit einer Ausbildung. Ziel der Fundación ist es, Kindern und Jugendlichen Schritt für Schritt zu helfen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Finanziert wird die Stiftung hauptsächlich von Spendengeldern aus Europa, zum Teil auch vom bolivianischen Staat. Schon seit vielen Jahren beschäftigt sich Jorge Domic in Theorie und Praxis mit den arbeitenden Kindern Boliviens. Für ihn ist es aber keineswegs nur ein nationales Phänomen, sondern vielmehr ein Thema globaler Bedeutung: „Es gibt kein Land auf der Welt, in dem Kinder nicht arbeiten. Sie arbeiten auf der Nord- wie auch auf der Südhalbkugel. Auch in Deutschland sind es 350.000 Kinder“, sagt Domic. Umso wichtiger sei es, die Rechte der Kinder zu schützen. Sie seien besonders gefährdet, Opfer von Ausbeutung oder Gewalt zu werden. Deshalb hätte man Kinderarbeit legalisieren müssen, denn nur dann gebe es Möglichkeiten, die Rechte der Kinder tatsächlich zu schützen. Wenn die Kinderarbeit geheim sei, wären die Bedingungen der Verwundbarkeit wesentlich größer. Domic sieht in Bolivien hauptsächlich zwei Gründe, aus denen Kinder arbeiten: Zum Einen wegen

der Sozialisation in einer bestimmten Kultur, zum Anderen wegen der Armut. Bei manchen Kindern würde auch beides zusammenkommen. Dabei werde insbesondere der kulturelle Aspekt sehr häufig in der Debatte um Kinderarbeit vergessen. In meinen vorbereitenden Recherchen über Kinderarbeit hatte ich tatsächlich nichts darüber gelesen. Dabei scheint diese Verschiebung in der Wahrnehmung von Arbeit tatsächlich elementar zu sein, um Kinderarbeit in Bolivien zu verstehen: „Im Okzident hat die Arbeit historisch ihre Wurzeln in der Sklaverei, die feudalen Herrschaften haben nicht gearbeitet. Aber das muss Arbeit nicht sein. Die Kinder, die in Deutschland zur Schule gehen ... was machen sie da? Arbeiten! Das ist eine intellektuelle Arbeit. Und es hat nichts mit Ausbeutung oder Misshandlung zu tun“, erklärt Domic. In der Kultur der Quechua und Aymara habe Arbeit hingegen einen völlig anderen Stellenwert. „In unserer Kultur nimmt das Kind sehr früh an den produktiven Tätigkeiten der Familie teil. Die Komplexität der Aufgaben wächst mit dem Alter des Kindes. Arbeit ist ein sehr wichtiger Mechanismus der Sozialisierung in einer Gemeinschaft“, sagt Domic. Arbeit sei prinzipiell eine Aktivität wie jede andere, insofern sie freiwillig erfolgt. Auch in Deutschland, insbesondere auf dem Land, würden Kinder ihren Eltern schon früh zur Hand gehen. „Arbeit organisiert das tägliche Leben, hilft uns zu lernen, Erfahrungen zu machen, aber uns auch Wissen anzueignen. Arbeit an sich ist nichts schlechtes, sondern etwas Gutes. Sie ist Teil der Identität. Was schlecht ist, ist die Ausbeutung durch Arbeit.“ Die Idee, dass Arbeit Leid und Anstrengung sei, gelte nicht für die bolivianische Kultur. Der Psychologe erzählt von dem strengen Verständnis von Arbeit in China und Japan, dem exakten Gegenteil der bolivianischen Sichtweise. „Es gibt Menschen, die bringen sich in Asien wegen ihrer Arbeit um. Unsere Beziehung zur Arbeit ist nicht von so viel Abhängigkeit geprägt. Die Aktivität hat bei uns einen höheren Stellenwert als die Produktivität“, sagt er.

Sieht man sich auf den Straßen in Bolivien um, so sind es überwiegend Kinder mit indigenen Wurzeln, die arbeiten und nicht Kinder, die ein stabiles sozioökonomisches Niveau und eine weiße Haut haben. Auch deshalb werden arbeitende Kinder häufig diskriminiert; mit Gewalt, Missbrauch und Missachtung konfrontiert. In der bolivianischen Gesellschaft herrscht das soziale Stigma: Kinder, die arbeiten, sind arm. Viele von ihnen, vor allem die Schuhputzer, tragen Masken, um ihre Gesichter vor den abschätzigen Blicken ihrer Kunden zu verstecken und nicht von ihren Familien, Bekannten oder Freunden erkannt zu werden. Sie zählen zu der untersten Gesellschaftsschicht, weil die Meinung vorherrscht, alle Schuhputzer würden Alkohol trinken, Klebstoff schnüffeln und stehlen. „Leider wird oft übersehen, dass die Arbeit den Kindern erst Würde gibt. Kinder die arbeiten sind sehr stolze Kinder, keine, die auf der Straße liegen oder ihre Eltern um etwas bitten. Es sind Kinder, die sich

selbst bemühen, ihr Leben zu meistern. Es ist ein ganz anderes Kind, das wir so nicht in der Literatur, Psychologie oder Pädiatrie finden. Es ist ein sehr unabhängiges Kind“, sagt Domic. Dieses Verantwortungsbewusstsein und ihre frühe Selbstständigkeit würden sich auch auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kind auswirken. Es kehre sich manchmal sogar um: Domic erzählt von einer Familie, in der der Vater als Pfleger arbeitet und auch in seiner Arbeitsstelle schlafen muss. Nach zehn Tagen kommt er nach Hause und sein 14-jähriger Sohn sagt zu ihm: „Papa, du bist zu dünn.“ Er gibt seinem Vater etwas Geld, damit er sich etwas zu essen kaufen kann. Auf einmal wird das Kind nicht nur selbst beschützt, sondern passt auch auf seine Eltern auf. Gegner der Kinderarbeit werfen den Eltern von arbeitenden Kindern häufig vor, dass sie sich nicht genug kümmern würden. Jorge Domic weist diesen Vorwurf mit aller Deutlichkeit zurück: „Wie sollen Familie überleben, wenn sie nur zwei Euro am Tag zum Leben haben? Natürlich helfen dann alle mit – auch die Kinder. Das ist keine Frage der mangelnden Verantwortung, sondern der sozialen Ungerechtigkeit.“ Morales habe die extreme Armut in den letzten Jahren zwar um zehn Prozent verringern können, doch niemand wisse, wie lange die hohen Rohstoffpreise noch so viel Geld in die Kassen spülen. „Was aber passiert, wenn die Rohstoffeinnahmen sinken? Die Regierung will bis 2025 die extreme Armut abgeschafft haben“, sagt Domic. „Das ist unmöglich. Alle wissen, dafür brauchen wir mindestens noch achtzig Jahre.“

Jorge Domic spricht sich in aller Deutlichkeit für das neue Kinder- und Jugendgesetz in Bolivien aus. Das Recht auf Arbeit sei ein universelles Recht für alle – Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Alte. Es zwingt den Staat dazu, Politik für die Kinder zu machen, damit sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Rechte bewahrt werden. Entgegen der Meinung der ILO würde die Mehrheit der arbeitenden Kinder in die Schule gehen. Oft läge es eher an den großen Distanzen, die in ländlichen Gebieten zurückgelegt werden müssten, dass Kinder die Schule vernachlässigen. „Warum gibt es so eine romantische Idee der Kindheit? Auch in Deutschland haben Kinder gearbeitet, um den Prozess des Wiederaufbaus zu unterstützen. Das wäre sonst auch unmöglich gewesen“, sagt Domic. Bei seinen Reisen nach Deutschland habe er mit vielen ältere Menschen gesprochen. Keiner habe diese Arbeit als Kind als etwas Schlechtes in Erinnerung. Mit den Kindern in Bolivien sei es nichts anderes. Viele von ihnen seien sehr glücklich mit ihrer Arbeit. „Wie unterscheiden wir in der Kindheit Arbeit von Spiel? In der tierischen Welt gibt es keinen Unterschied. In der Psychologie sind Spiel und Arbeit gleichermaßen Teil der Bildung der Persönlichkeit. Man kann auch spielend lernen“, sagt Domic. Dennoch hält er es für wichtig, dass Kindern nur die Arbeit erlaubt ist, die nicht ihre körperliche, moralische und psychologische Entwicklung schädigen. Besonders beliebt seien Tätigkeiten

im Servicebereich, wie Schuhe putzen, Auto waschen oder Babysitten; sowie die Arbeit im Handel. Junge Mädchen, die vom Land in die Stadt kommen, arbeiten oft als Hausangestellte in Familien. Für all diese Tätigkeiten benötigen die Kinder keine Technik und kein Startkapital, sondern soziale Kompetenzen, um mit den verschiedenen Menschen, mit denen sie konfrontiert sind, in verschiedenen Situationen umzugehen.

6. Der Fluch des Silbers

Die extreme Armut konnte in den vergangenen Jahren in Bolivien verringert werden. Inzwischen hat Paraguay Bolivien als ärmstes Land Lateinamerikas abgelöst. Die Lebensrealität vieler Menschen ist jedoch noch immer von Leid und Armut geprägt. Dies gilt vor allem für das ärmste Department des Landes: Potosí. Es ist benannt nach seiner Hauptstadt im südlichen Hochland Boliviens. Sie hat knapp 175.000 Einwohner und liegt auf über 4.000 Meter über dem Meer an den Ausläufern des Cerro Rico. Aus jedem Teil der Stadt ist der kegelförmige Gipfel des Reichen Berges sichtbar. Es steht sinnbildlich dafür, wie das Schicksal der Stadt schon immer von dem Berg bestimmt wurde – in guten wie in schlechten Tagen.

6.1 Die Stadt mit den zwei Gesichtern

Schon der Inka Huayna Cápak soll seinen Untertanen befohlen haben, Silber aus dem Schönen Berg, wie ihn die Inkas nannten, abzubauen. Es sollte für den Ausbau des Sonnentempels verwendet werden. Eine donnernde Stimme aus dem Inneren des Berges forderte die Arbeiter jedoch auf, das Silber des Berges nicht anzurühren, weil es für andere bestimmt sei, die von weit her kämen. Seitdem tragen der Berg und später auch die Stadt den Namen Potosí. Auf Quechua bedeutet das soviel wie der Donnernde. Nachweislich ist, dass Potosí 1545 als kleine Bergbausiedlung gegründet wird. Die wertvollen Silbervorkommen ziehen schnell immer mehr Menschen in die karge Hochgebirgssteppe und lassen Potosí zu einer Stadt mit 200.000 Einwohnern anwachsen, der bevölkerungsreichsten Stadt Amerikas und größer als London und Paris in dieser Zeit. Im 17. Jahrhundert wird Potosí dank des Silberabbaus zur reichsten Wirtschaftsmetropole der Welt. Die spanischen Kolonialherren holen riesige Edelmetallmengen aus der Mine, die sie in die ganze Welt verschiffen. 1572 lässt die spanische Krone die erste Münzpresse, das Casa Nacional de Moneda, in Potosí errichten. „Ab 1574 bis 1825, als Bolivien zur Republik wurde, sind in Potosí spanische

Münzen geprägt und nach Europa verschifft worden. Spanien handelte in dieser Zeit mit dem Großteil Europas, aber auch mit China und Indien. Immer wurde mit Münzen aus Potosí bezahlt“, erzählt Rubén Julio Ruiz Ortiz. Er ist Direktor der ehemaligen Münzprägeanstalt in Potosí, die heute noch im historischen Stadtzentrum als Museum besichtigt werden kann. In großen Truhen wurden die Silbertaler über Lima nach Spanien verschifft. Die Kolonialherren übernehmen das Zwangsarbeitersystem der Inka: Die Mita. Die Arbeitskräfte im Alter zwischen achtzehn und fünfzig Jahren holt man aus den benachbarten Orten. Viele Indianer fliehen in Provinzen, in denen es die Mita nicht gab, um der Hölle von Potosí zu entkommen. Die Spanier versuchten, die Indianer durch Schwarze, die sie aus Afrika eingeschleppt hatten, zu ersetzen. Sie vertrugen jedoch die Kälte und die extreme Höhe nicht und zogen in die tiefer gelegenen wärmeren Yungas.

„In Potosí erzählt man sich, dass der Cerro Rico einmal 5.180 Meter hoch war. Heute sind es nur noch 4.790 Meter. Der Berg ist damit um fast 300 Meter geschrumpft, aufgrund der immensen Menge an Silber, die in den 500 Jahren Ausbeutung aus dem Berg geholt wurden“, erzählt Ruiz. „Zunächst fand man an der Oberfläche des Berges reines Silber. Mit der Zeit musste man immer tiefere Minen anlegen, hat aber trotzdem nie mehr so reines Silber gefunden.“ Der Wissenschaftler Earl Hamilton glaubte, dass allein auf offiziellem Wege bis 1660 etwa 16.000 Tonnen Silber nach Spanien gebracht wurden. Das exportierte Silber hätte ausgereicht, um eine Brücke von Südamerika über den Atlantik bis nach Spanien zu bauen. Die Silbermenge, die in 150 Jahren nach Spanien verschifft wurde, war dreimal grösser als Europas Reserven und ließ Spanien zur stärksten Macht werden. Die spanischen Könige bauten prunkvolle Paläste, kauften edelste Stoffe für ihren Hofstaat. Einen beträchtlichen Teil des Silbers leiteten die Spanier an europäische Banken weiter, bei denen sie tief verschuldet waren. In Potosí selbst lebte nur eine Minderheit in unvorstellbarem Reichtum. Tausende Indigene starben in den Minen. Der Wissenschaftler Eduardo Galeano vermutet, dass die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in dieser Zeit acht Millionen Menschen das Leben kosteten. Noch heute, wenn die Abendsonne auf den Berg scheint und er für eine halbe Stunde rot leuchtet, erzählt man sich in Potosí, dass es das vergossene Indianerblut sei. Als Konsequenz des vergrößerten Angebots kam es in China und Europa zu einer deutlichen Verringerung des Silberwerts. Diese ging als Silberinflation des 16. Jahrhunderts in die Geschichte ein. Nach 1800 erschöpft sich das Silber allmählich, stattdessen wird Zinn zum führenden Abbauprodukt. Dies führt zu einem langsamen wirtschaftlichen Niedergang, der so gut wie das ganze Land erfasst.

Heute zeugt in der historischen Innenstadt prunkvolle koloniale Architek-

tur von den goldenen Zeiten. „In Potosí gab es Waren aus aller Welt: Feinstes chinesisches Porzellan, edle persische Teppiche. Die schönsten Dinge, die in Europa hergestellt wurden. Alle wollten mit Potosí Handel treiben. Hier gab es Menschen, die viel Geld hatten und es auch ausgeben wollten“, erzählt Museumsdirektor Ruiz. Aus dem Silber seien Münzen geprägt und viele Alltags- und Kunstgegenstände gefertigt worden, die in die ganze Welt verschifft wurden. Vom einstigen Reichtum der Stadt Potosí blieb der heutigen Bevölkerung jedoch nichts zurück. Das Departement Potosí ist die ärmste Region des Landes. 66,7 Prozent seiner Bewohner leben laut Zahlen der UN in extremer Armut, die Kindersterblichkeit beträgt 101 auf 1.000 Geburten. „Leider ist unsere Geschichte heute eine andere: Wir haben keine Fabriken. Wir verkaufen unsere Rohstoffe in die ganze Welt und kaufen dann die weiterverarbeiteten Produkte aus unseren eigenen Rohstoffen zurück. So bleiben wir arm“, sagt Ruiz. Zudem würden viele junge Menschen die Stadt verlassen, weil es ohne Fabriken eben auch keine Arbeitsplätze gebe. „Es kommen zwar auch viele Menschen aus den umliegenden Dörfern nach Potosí, um ihr Glück in den Minen zu suchen, aber oft finden sie dort auch den Tod“, erzählt Ruiz. Je nachdem wie hoch die Silber- und Zinnpreise sind, steigt oder sinkt die Einwohnerzahl der Stadt. Sind die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt hoch, zieht es vor allem verarmte Landarbeiter aus dem Tiefland in die Minen. Der Bergbau ist nach wie vor der wichtigste Beschäftigungsort in Potosí. „Es ist eine sehr harte Arbeit. Die Arbeitsbedingungen haben sich seit dem 16. Jahrhundert nicht verbessert. Die Mineros arbeiten immer noch hauptsächlich mit den Händen“, sagt Ruiz. Aus dem Vulkangestein werden Silber, Blei, Kupfer, Wolfram, Zinn und Zink abgebaut. Alle Tätigkeiten werden überwiegend ohne Technik und Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt. Sie lassen die Arbeit in der Mine zu einem Spiel mit dem Tod werden. Nur die wenigsten Arbeiter besitzen eine Gasmasken oder andere Schutzkleidung. Das führt zu schweren Gesundheitsschäden. Noch heute sterben viele Bergarbeiter an einer Staublunge oder bei Unfällen, zum Beispiel durch Explosionen. Sie verlieren ihr Augenlicht oder Gliedmaßen. Viele von ihnen werden keine 40 Jahre alt. Das Kauen von Kokablättern täuscht die Bergarbeiter über Schmerzen und Überanstrengung hinweg.

Nur wenige von ihnen würden tatsächlich ihr Glück in Potosí finden, glaubt Ruiz. Eigentlich sei es auch heute noch wie vor Jahrhunderten: Der Reichtum sammle sich in wenigen Händen. Der Museumsdirektor bedauert, dass die wenigen Menschen, die heute noch sehr gut am Bergbau in Potosí verdienen, das Geld nicht in die Stadt investieren. Aber auch schon früher hätte Potosí immer das Nachsehen gehabt. „Die Spanier haben die Münzen schnell nach Europa gebracht und dort ausgegeben. Die Leute, die seitdem in Potosí mit dem Bergbau Geld verdienen, investieren lieber in wärmeren

Gegenden wie Cochabamba oder Sucre“, sagt Ruiz. Er hofft, dass es künftig mehr Touristen nach Potosí zieht. Nur so könne sich auch etwas für die Lebenssituation der Potosinos, der Einwohner von Potosí, zum Positiven verändern. Tatsächlich entwickelte sich in den letzten Jahren zunehmend Tourismus, obwohl die Stadt schlecht an die nationale Infrastruktur angeschlossen ist. Die Überfahrten im Bus sind gefährlich, der stadteigene Flughafen ist außer Betrieb. Die Höhe macht vielen Touristen zu schaffen. Potosí ist eine koloniale Schönheit, dennoch zieht es die meisten wegen der berühmt-berühmten Minen hierher. In geführten Touren können Touristen die Stollen besichtigen und Minenarbeitern bei der Arbeit zusehen. Der Grad zu Voyeurismus und Elendstourismus ist schmal. Wie kein anderer Ort in Bolivien ist Potosí ein Symbol für die systematische Ausbeutung der reichen Bodenschätze in den vergangenen Jahrhunderten. Eine alte Redewendung bezeichnet Bolivien als Der Bettler auf dem goldenen Thron. Tatsächlich profitierten in der Vergangenheit immer andere von dem Ressourcenreichtum des Landes. Inzwischen sei der Berg so mit Minen durchlöchert, dass er in vielen Bereichen stark einsturzgefährdet ist. Rubén Ruiz kann sich die Stadt Potosí ohne den Cerro Rico nicht vorstellen. „Wie soll man die Geschichte dieser Stadt ohne den Berg erzählen? Es wäre sehr traurig und zugleich das Ende von Potosí und das Ende einer langen Geschichte.“

6.2 Benedicto, 33 Jahre, Minenarbeiter

Im flackernden Licht der Grubenlampe tanzen Staubpartikel. Die Luft reicht kaum zum Atmen. Es ist eng, mal sehr heiß, mal sehr kalt, klaustrophobisch. Die meiste Zeit gehen wir stark gebückt. Immer wieder schlage ich mit dem Kopf gegen das Gestein. Zum Glück trage ich einen Helm. Auf dem Boden verlaufen Schienen, auf denen Männer von Zeit zu Zeit Loren aus dem Berg hinaus schieben. In ihnen liegen schwere Felsbrocken. Kommt die Lore erst einmal in Fahrt, dann gibt es kein Halten mehr. Die Bergleute schreien: „Aus dem Weg!“ Ausweichen ist nur an wenigen Stellen möglich. Wir pressen uns an die kalte Felswand. Schon aus der Ferne hört man sie kommen. Das schwere Eisen erschüttert den Berg. Der Boden vibriert, es grollt und donnert in den Stollen. Gespenstisch. Jedes Mal glaube ich, der Berg fällt gleich in sich zusammen. An vielen Stellen kann man sich nur kriechend fortbewegen. Benedicto eilt voraus. Er ist zwei Köpfe kleiner als ich und viel wendiger. Nur mit Mühe schaffe ich es seiner schemenhaften Gestalt zu folgen. Benedicto Mamani Choque, 33, arbeitet seit 15 Jahren im Cerro Rico. Wie viele andere Arbeiter in Potosí gehört er keiner Kooperative an, sondern arbeitet als Tagelöhner. Damit hat er keinerlei Absicherung

– weder einen Arbeitsvertrag noch eine Krankenversicherung. Hat er einen Unfall, steht er mit leeren Händen da. Vor 15 Jahren ist auch ihm passiert, wovor sich alle Mineros fürchten: Benedicto schob gerade eine Lore durch die Mine, als es neben ihm einen Einbruch gab. Felsbrocken schlugen auf ihn herab. Doch der damals 18-Jährige hat Glück und kommt mit einem Trümmerbruch in seiner Hand davon.

Es gibt drei verschiedene Arbeiten in der Mine: Es gibt die Bergarbeiter, die das Gestein tief im Inneren der Mine mit Drucklufthammern lösen. Dann gibt es die, die das Gestein zerkleinern und die Carreros, die das Gestein in die Loren verladen und sie nach draußen schieben. Benedicto ist Carrero. Er wird nach Loren bezahlt, die er befördert und verdient 500, 600 Bolivianos im Monat. Das sind ungefähr 60 Euro. Davon zahlt Benedicto 200 Bolivianos Miete, dazu noch 70 Bolivianos für Strom und Gas. Seine Frau arbeitet nicht. Sie kümmert sich um den Haushalt und die sechs gemeinsamen Kinder. Benedicto stammt aus einer Bauernfamilie. Ein paar Jahre lief er jeden Tag zweieinhalb Stunden zu der nächstgelegenen Schule und wieder zurück. Abgeschlossen hat er sie nicht, auch keinen Beruf erlernt. „Das ist leider so in Bolivien. Die meisten, die hier auf dem Land aufwachsen, gehen nicht zur Schule“, erzählt Benedicto. „Wir widmen unser Leben dem Bestellen von Feldern und viele – so wie ich – gehen dann irgendwann in die Mine, wenn es nicht mehr ausreicht, um die Familie durchzubringen.“ Es mangelt in Potosí an Alternativen. Die wenigen jungen Menschen aus der Region, die studieren, arbeiten später als Ingenieure. Für alle anderen ohne Ausbildung bleibt nur der Berg. „Meine Arbeit ist sehr hart und aufopfernd. Wir Bergarbeiter sind keine gesunden Menschen, unsere Körper sind kaputt. Es ist sehr schwer meine Familie durchzubringen, aber ich bin ein stolzer Mann“, sagt Benedicto. Er hat große Angst, dass auch ihm einmal etwas zustößt. Mit seiner Frau spricht er aber nicht darüber. Das sei auch nicht nötig, schließlich würde jeder wissen, dass ein Unfall oder die Minenkrankheit drohe. „Erst heute Morgen ist mein Passmann schwer verletzt worden und verstorben. Genau heute. Es passiert so schnell und man kann nur wenig dagegen tun. Jeden Moment kann es passieren“, sagt Benedicto mit versteinertem Gesicht. „Wir haben ihn heute Mittag auf den Friedhof gebracht. Er hinterlässt eine Frau und sieben kleine Kinder. So ist das mit uns Minenarbeitern. Fast täglich passiert ein Unglück.“ Benedicto arbeitet ohne Schutzkleidung. „Der Staub, der aufgewirbelt wird, macht uns krank. Und wenn du einmal an der Minenkrankheit erkrankt bist, dann musst du sterben. Da gibt es keine Rettung. Sehr viele von uns sterben daran. Eigentlich bekommt es jeder von uns früher oder später. Keiner kann sich einen Schutz leisten oder gar eine Behandlung im Krankenhaus“, sagt Benedicto. Jedes Mal bevor sie die Mine betreten, beten die Arbeiter zum Tio. Sie rauchen eine Zigarette mit

ihm, geben ihm Geschenke und beten dafür, dass nichts passieren möge. Damit sie ruhiger werden und ihnen keine Fehler passieren, kauen sie Koka. Benedicto versucht dann seinen Kopf auszuschalten, die Ängste zu vergessen. Man dürfe nicht zögern. Trotz allem ist der Cerro Rico für ihn mehr Freund als Feind. „Er gibt uns Arbeit und damit Essen. Seit vielen Generationen arbeiten wir in diesem Berg, aber es wird jeden Tag gefährlicher. Es ist giftig und immer öfter fällt Gestein herunter oder Minenschächte stürzen ein. Entweder du gewinnst oder du verlierst.“ Das Wichtigste für ihn ist seine Familie. Besonders große Bauchschmerzen bereiten ihm, dass sein 18-jähriger Sohn auch in der Mine arbeitet. „Ich weiß, dass das schlecht für seine Gesundheit ist. Aber was soll ich machen? Wir müssen die Familie ernähren und wir gehen auch in die Mine, damit er später studieren kann. Er soll nicht wie ich sein Leben lang in der Mine arbeiten müssen.“

Die Bergleute, denen wir begegnen, sind sichtlich erschöpft. Über einen Atemschutz verfügt keiner von ihnen. Wir gehen immer tiefer in den Berg hinein. Mein Körper sträubt sich. Mit jedem Meter, den wir uns vom Ausgang entfernen, wird es stärker. Ich stelle mir vor, nicht mehr herauszufinden, verloren zu gehen in dem Labyrinth aus Gängen. Was ist, wenn die Grubenlampe ausfällt? Panik breitet sich in mir aus. Zweimal links, einmal rechts, dann wieder links abbiegen. Oder war es zweimal rechts? In der Finsternis verschwimmen meine Gedanken. Ich habe die Orientierung verloren. Während ich darüber nachgrüble, stolpere ich Benedicto hinterher. Als wir schließlich umkehren, um die Mine wieder zu verlassen, fällt auf einen Schlag die Anspannung von mir ab. Je näher das Licht am Ende des Tunnels kommt, desto schneller laufe ich. Ich will nur noch raus.

Dreißig Prozent der Bergleute sind Mitglieder einer Kooperative, sogenannten Socios. Die restlichen 70 Prozent werden von den Kooperativen angestellt und wesentlich schlechter bezahlt. Wenn ein angestellter Bergmann eine neue erhaltige Ader entdeckt, gehört sie der Kooperative und nicht ihm. Im Cerro Rico konkurrieren mehr als dreißig Kooperativen miteinander und mit Bergleuten, die auf eigene Rechnung arbeiten. Wenn neue Adern entdeckt werden, gibt es oft handfeste Auseinandersetzungen. Traditionell gehören die Minenarbeiter aus Potosí zur Stammwählerschaft von Evo Morales. Gern zeigt er sich mit Minenarbeitern auf Veranstaltungen. Doch es ist keine stabile Beziehung zwischen den Mineros und dem Präsidenten. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen. Im Juli 2010 war Morales mit einer Rebellion in Potosí konfrontiert. Die arme lokale Bevölkerung fühlte sich von La Paz vernachlässigt. Es gab Protestmärsche, Bürgerversammlungen und schließlich sogar einen Generalstreik, begleitet von einer Sperrung der Fernstraßen. Im Mai 2013 legten die Arbeiter, darunter auch Minenarbeiter, wieder das Land mehre-

re Tage mit Streiks, Demonstrationsmärschen und Straßenblockaden lahm. Sie forderten eine 100-prozentige Rente – so wie sie auch Militärangehörige erhalten. Zeitweise kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und Einheiten der Polizei. Mit Dynamitstangen sprengten Bergarbeiter auf ihrem Marsch nach La Paz Teile einer Brücke in die Luft. Güter und Reisende kamen nicht an, weil die Landstraßen mit Steinbrocken blockiert wurden. Auch in La Paz ließen sich mehrere tausend Bergarbeiter zu Straßenblockaden nieder. Die Regierung einigte sich mit den Protestierenden auf eine 70-prozentige Rente auf den Durchschnittsverdienst der letzten 24 Lohnabrechnungen nach 30 Arbeitsjahren. Die Neuregelung bedeutete eine leichte Anhebung der Rentenbezüge. Im April 2014, weniger als ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, kam es zu einem weiteren heftigen Konflikt – dieses Mal zwischen Fencomin, dem Verband der Bergbaugenossenschaften, und der Regierung. Auslöser war ein Gesetzesvorhaben, das den Umgang mit Konzessionen zur wirtschaftlichen Nutzung natürlicher Ressourcen festschreibt und Privatverträge mit nationalen oder internationalen Unternehmen verbietet. An Straßenbarrikaden der Minenarbeiter kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei – drei Menschen kamen ums Leben, 130 wurden verletzt. Nach wochenlangen Protesten und Verhandlungen konnte schließlich eine Einigung erzielt werden. Boliviens Präsident Evo Morales entließ den Minister für Bergbau, Mario Virreira. Er habe eine Reihe von Genehmigungen für verfassungswidrige Verträge zwischen Privatunternehmen und Minenarbeitern zur Ausbeutung staatseigener Bodenschätze vergeben. Nur zwei Monate später, im Juni 2014, bekundeten Tausende Minenarbeiter ihre uneingeschränkte Unterstützung für Boliviens Präsident Evo Morales im anstehenden Wahlkampf. Aufgerufen vom nationalen Verband der Bergbaugenossenschaften mündete ihr Marsch durch das Zentrum von La Paz in einer Großveranstaltung im Stadion. Damit erneuerte der Verband seine seit 2005 bestehende Allianz mit der regierenden Partei Bewegung zum Sozialismus, die aus dem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung der natürlichen Ressourcen des Landes hervorging.

6.3 Die Unsichtbaren

Die Bolivianerin Ibeth Ovando kämpft seit zehn Jahren gegen die Missstände in Potosí. Die 54-jährige Ökonomin gab einen gut bezahlten Job auf und gründete MUSOL, einen Verein, der sich insbesondere für die 6.000 Witwen und 20.000 Halbwaisen in Potosí einsetzt. Sie sind in der Gesellschaft unsichtbar und doch ihr verletzlichster Teil. Das ausbeuterische Beschäftigungssystem der Bergbaukooperativen sorgt dafür, dass 70 Prozent

der Minerros ohne Sozialversicherung arbeiten. Das verheimlichen sie ihren Frauen, die nach dem unerwarteten Tod ihrer Männer nicht wissen, wie sie sich und ihre Kinder ernähren sollen. Der Machismo ist sehr ausgeprägt in Bolivien. Viele Frauen sind nicht mündig, haben nur wenige Jahre die Schule besucht und keine Ausbildung. Ibeth organisiert mit ihrem Verein psychologische Betreuung für die Frauen und Kinder, besorgt ihnen Arbeit und juristischen Beistand, gründete eine Selbsthilfegruppe für die Witwen, richtete Kindergärten ein. Die Arbeit von MUSOL ist vielfältig, gut durchdacht und lebt von dem aufopfernden Engagement seiner Gründerin. Nur selten schläft Ibeth zuhause bei ihrem Mann. Sie will rund um die Uhr für die Frauen da sein, übernachtet deshalb oft auf einer Couch in dem kleinen Vereinsbüro – für den Fall, dass in der Nacht eine Frau ihre Hilfe sucht.

Es ist Freitagabend. Gemeinsam fahren Ibeth und ich an den Stadtrand von Potosí. Mit jedem Meter, den wir uns vom Zentrum entfernen, verändert sich das Bild der Stadt. Säumten eben noch prachtvolle koloniale Bauten die Straßen, sind es nun einfache rote Steinhäuser, die dicht an dicht stehen. Sie sehen unfertig aus, der Putz fehlt. Auf meinem Schoß habe ich vier Pakete Milch und eine große Tüte Brot. Wir besuchen heute Roxana. Sie ist eine der Frauen, die von MUSOL betreut wird. Vor elf Jahren starb ihr Mann nach einem Unfall in der Mine. Gemeinsam mit zwei ihrer drei gemeinsamen Kinder lebt sie in einem der kleinen roten Häuser unterhalb des Cerro Rico. Es ist der Berg, der ihr den Mann nahm. Der Himmel ist sternenklar. Ein frischer Wind lässt uns schauern. Am Tag, wenn die Sonne die Luft erwärmt, klettert die Temperatur auf angenehme 15 Grad. Doch kaum ist sie verschwunden, wird es eisig kalt in Potosí. Roxana wartet schon auf uns, sie ist etwas nervös, bittet uns aber freundlich herein. Sie freut sich über unseren Besuch. Ihre Tochter Mercedes ist auch da. Beim Betreten des Hauses schlägt mir ein unangenehmer Geruch entgegen, eine Mischung aus Schweiß und Kochgerüchen. Romanas Haus ist sehr klein, sie wohnt hier nur zur Miete. Es hat zwei Zimmer, ein Schlafzimmer für ihren Sohn und ein Zimmer, in dem sie und ihre Tochter schlafen und das zugleich auch Wohnzimmer und Küche ist. Von der Decke baumelt eine Energiesparlampe, die gleißend helles Licht auf uns herabwirft. Überall liegen Dinge herum, Kleidungsstücke, Flaschen, Stifte. Es ist nicht unordentlich, aber es gibt nur wenig Möbel, die als Stauraum dienen könnten. Wir setzen uns auf die Betten und kommen ins Gespräch über das, was ihrer Familie passiert ist.

Roxana Mamani ist in Potosí geboren. Ihre Eltern stammen aus Molino. Sie hatte sechs Geschwister, zwei sind schon verstorben. Ihre Schwester erlitt einen Herzstillstand, ihr Bruder kam bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Romanas Eltern sind schon seit vielen Jahren tot. Ihr Vater starb an Chagas, ihre Mutter an einer Niereninsuffizienz. Roxana besuchte zwar

eine Schule, brach sie aber mit 13 ab, um zu arbeiten. Mit 18 heiratete sie ihren Mann, danach begann für sie das Eheleben. „Es war wirklich schön, wir hatten uns verliebt. Er war toll, respektvoll – ein guter Mann. Wir waren zwei Jahre verliebt und dann haben wir geheiratet, denn ich war schwanger mit meinem ersten Sohn“, erinnert sich Roxana. „Wir hatten dann drei gemeinsame Kinder. Die neun Jahre waren gut. In den letzten Jahren haben wir uns aber auch immer mal wieder gestritten.“ Früher arbeitete ihr Mann auf Baustellen, denn auch er hatte keine Ausbildung. Doch der Chef bezahlte ihn nicht. Um seine Familie zu ernähren, ging er in die Mine. „Mein Ehemann war Carrero. Das sind die, die die Mineralien auf Wagen verladen und sie dann nach draußen schieben. Das ist eine sehr harte Arbeit. Die finanzielle Situation war nicht gut. Als Pejon haben sie ihn schlecht bezahlt. Das Geld hat nicht ausgereicht, so dass ich auch arbeiten musste.“ Pejones sind Tagelöhner, die in der Mine arbeiten. Sie arbeiten für die Socios, die Mitglieder der Kooperativen. Bei einem Unfall in der Mine haben Pejones keine Versicherung. „Mein Mann starb in der Mine. Er war erst 30 Jahre alt, ich 26. Er ist in einen Spalt gefallen, 25 Meter tief ist er gestürzt. Sie konnten ihn zwar lebend bergen, aber da konnte er schon nicht mehr sprechen. Er konnte gar nichts mehr. Das war gegen Mitternacht“, erinnert sich Roxana. Sie kämpft immer wieder mit den Tränen. Noch immer geht ihr der Tod ihres Mannes sehr nah. Mercedes sitzt betroffen daneben, sie kann sich nicht mehr an ihren Vater erinnern. Roxana muss immer wieder Pausen machen, das Sprechen fällt ihr schwer. Sie erinnert sich noch an jedes Detail von diesem Abend. Ihr Mann war in der Nachtschicht. Sie hatte schon geschlafen. „Sie riefen mich an und sagten mir, er hätte einen Unfall gehabt. Ich dachte, er hat sich etwas gebrochen, aber ich hätte nie gedacht, dass es so schlimm ist. Die Ärzte sagten mir, dass er auf der Intensivstation liegt und sie ein CT machen mussten. Ihm ging es sehr schlecht“, erinnert sich Roxana. „Morgen wissen wir mehr, haben sie mir gesagt. Aber die Sonne ging nicht mehr auf für ihn. Da war er schon tot. Ich hätte nie gedacht, dass es so schlimm ist. Ich hätte nie gedacht, dass mein Mann einmal so sterben wird. Es fühlte sich an wie in einem Traum.“

Roxana und ihr Mann waren damals noch jung und haben nie darüber gesprochen, dass ihm in der Mine etwas zustoßen könnte. Machismo beherrscht die Beziehungen von Männern und Frauen. Hilfe hat sie nicht bekommen. Der Socio kam zu ihr und leugnete ihren Mann gekannt zu haben. Erst zwei Jahre nach dem Unglück entdeckte Roxana durch Zufall MUSOL, die sie dann darauf aufmerksam machten, dass sie Anspruch auf eine Entschädigung habe. Unterstützung bekam sie bis dahin nur von ihren Geschwistern. Ihre Schwiegereltern gaben ihr am Anfang eine Mitschuld am Tod ihres Sohnes. Schließlich war sie die Frau, die er zu versorgen hatte.

„Ich gebe mir keine Schuld, dass ich ihn habe in die Mine gehen lassen – es gab einfach keine Alternative. Wenn ich daran denke, dass so viele Leute dort weiterhin arbeiten und ihr Leben lassen müssen, bekomme ich Angst. Auch wenn alle wissen, dass man dort so einfach den Tod finden kann, müssen sie dennoch weitermachen – es gibt einfach nichts anderes, keine Alternativen, keine Fabriken. Auch für die Frauen gibt es hier keine Arbeit. Sogar die Frauen, dessen Männer in der Mine gestorben sind, arbeiten teilweise in der Mine. Es gibt hier einfach keine andere Arbeit, bei der wir das verdienen, was man verdienen sollte“, sagt Roxana. Sie schlägt sich mit zwei Putzjobs durch. Jeden Tag verlässt sie um sieben Uhr das Haus und kehrt erst um 18 Uhr zurück. Den ganzen Tag ist sie unterwegs, um wenigstens etwas Geld zu verdienen. Gern würde sie erst um acht Uhr, nach ihren Kindern, das Haus verlassen und um 12 Uhr Mittagspause haben, um mit ihnen gemeinsam Mittag zu essen und dann ab 14 Uhr wieder zur Arbeit zurück zu kehren. Aber ohne Ausbildung bleibt ihr das verwehrt. Sie muss mit dem zufrieden sein, was sie bekommt. „Es blieb nichts anderes als zu kämpfen, nicht aufzugeben und für meine Kinder arbeiten zu gehen. Das war wirklich schwer. Sehr schwer. Die Last ganz allein zu tragen, als Mutter und als Vater für die Kinder da zu sein.“ Roxana ist sehr unglücklich mit ihrer Situation, so wenig für ihre Kinder da sein zu können. Sie wirkt gebrochen. „Jeden Tag, wenn ich nach Hause komme, sehe ich den Berg hinter uns. Ich fühle mich dann traurig und machtlos, immer den Ort des Unglücks sehen zu müssen. Ich war vorher nie in der Mine. Die Männer sind hier oft Machos, sie wollen nicht, dass wir sehen, wo sie arbeiten. Erst als ich nach seinem Tod da gewesen bin, habe ich gesehen, wie sehr die Mineros leiden. Dass sie wirklich leiden, bis sie den Tod finden.“ Wir verabschieden uns von Mercedes und treten hinaus in die Nacht. Roxana begleitet uns noch ein Stück zurück in die Stadt. Wir schweigen den größten Teil des Weges. Die Verabschiedung ist herzlich, bevor sie wieder in die Nacht verschwindet und mich mit meinen Gedanken allein lässt.

Am Sonntagabend nehme ich am Treffen der Witwen teil. Zweimal im Monat treffen sie sich, um sich auszutauschen und gemeinsam neue Projekte zu planen. Etwa 30 Frauen kommen an diesem Tag, einige von ihnen mit kleinen Kindern. Es herrscht eine fröhliche Stimmung. Die Frauen freuen sich, Gleichgesinnte zu treffen. Die Kinder spielen im Hof. Ibeth hat einen Schuhkatalog dabei. Die Frauen können zu vergünstigten Preisen Schuhe für sich und ihre Kinder bestellen. Ich komme mit Marcelina Cordoba ins Gespräch. Sie ist 45 Jahre alt, Mutter von sieben Kindern und Witwe eines Mineros. Ihr Mann starb vor neun Jahren an einer Silikose, einer Staublunge. Er wurde nur 38 Jahre alt. „Als mein Mann krank wurde, dachte ich, es ist eine einfache Grippe. Im Krankenhaus sagte man uns aber, dass es

die Minenkrankheit sei“, erinnert sich Marcelina. „Sechs Jahre ging es ihm sehr schlecht. Tag für Tag wurde er immer schwächer. Die letzten Monate vor seinem Tod konnte er nicht einmal mehr laufen. Ihn leiden zu sehen, hat mir das Herz zerrissen.“ Trotz seiner Erkrankung arbeitete ihr Mann solange es ging - immer ohne Schutzkleidung. Der feine Staub, der beim Abtragen von Gestein in der Mine entsteht, ist Gift für die Lunge. Aber Marcelinas Mann wollte nicht, dass sie oder die Kinder arbeiten gehen. Das sei Männersache. Ihre sieben gemeinsamen Kinder waren damals noch sehr klein, der älteste Sohn gerade einmal 14 Jahre alt. Doch irgendwann schaffte er es nicht mehr aus dem Haus und Marcelina und ihre Kinder suchten sich Arbeit. Marcelina arbeitete als Hausmädchen. Sie durfte ihre jüngsten Kinder mitnehmen, verdiente aber nur 150 Bolivianos, rund 18 Euro im Monat. Irgendwann sagte einer ihrer Söhne: „Mama, lass uns in die Mine gehen.“ Für Marcelina wurde die Situation damit unerträglich. Ihr Mann, Vater ihrer Kinder, lag auf dem Sterbebett, erkrankt durch die Arbeit in der Mine. Und jetzt sollte sie auch ihre Kinder in den Berg gehen lassen? Sie hatte keine andere Wahl. „Ich hatte am Abend nicht für jedes Kind ein Stück Brot. Wir mussten teure Medikamente für meinen Mann kaufen“, sagt Marcelina unter Tränen. Ihr Mann war nicht versichert. Er hatte sie belogen. Erst als er krank wurde, erfuhr sie, dass er keine Versicherung hat und sie alle Behandlungen selbst bezahlen müssen. Eine Hilfe von außen gab es nicht – weder von den Vorgesetzten noch vom Staat. Marcelinas Eltern waren bereits verstorben. Also gingen ihre beiden ältesten Söhne, zwölf und 14 Jahre alt, in die Mine. Nach einigen Jahren im Cerro Rico kehrten sie dem Bergbau den Rücken. Da sie in Potosí keine andere Arbeit finden konnten, zogen sie in den Norden von Argentinien. Dort arbeiten sie in einer Textilfabrik. „Auch wenn es sehr weh tut, ist es mir lieber, dass meine Kinder weit weg sind. Ich habe Angst davor, dass sie nach Potosí zurückkehren und wieder in der Mine arbeiten“, sagt Marcelina unter Tränen. Seit drei Jahren hat sie ihre Söhne nicht gesehen. „Wenn ich einmal sterbe, gehen sie vielleicht wieder in die Mine. Aber solange ich lebe, werde ich versuchen, das zu verhindern.“ Marcelina arbeitet als Kochhilfe in einer Kindereinrichtung von MUSOL. Sie sagt über sich selbst, dass sie sich in den vergangenen Jahren sehr verändert habe. Früher konnte sie nichts, hat sich nicht getraut zu sprechen. Heute sei sie eine andere. Sie könne nicht nur kochen, sondern habe auch ein anderes Selbstbewusstsein. Sie verdient genug, um sich und ihre Kinder zu ernähren und inzwischen ist die ganze Familie sogar krankenversichert. „Ich will, dass niemand mehr in die Mine gehen muss. Die Regierung sagt, die Situation in Bolivien habe sich verbessert. Sie sollten mal nach Potosí kommen, dann würde ich sie fragen, warum es keine Hilfe für uns Witwen gibt. Warum die Miner unter diesen Bedingungen arbeiten und unsere Kinder

hungern müssen“, schimpft Marcelina. „Hier gibt es Menschen, die leiden. Und trotzdem muss uns erst das Ausland helfen, weil es unsere eigene Regierung nicht tut.“

Dann spreche ich mit Vilma Santos, sie ist die Präsidentin der Witwen. Vilma ist 39 Jahre alt und auch sie verlor ihren Mann an die gefürchtete Minenkrankheit. „Ich war hin- und hergerissen. Ich musste meinen Mann pflegen, aber eigentlich auch arbeiten gehen. Und dann waren da noch unsere kleinen Kinder. Sie waren sehr oft allein“, erinnert sich Vilma. Ihre Kinder waren erst ein Jahr und fünf Jahre alt. Die teuren Medikamente und Krankenhausbesuche waren für die Familie kaum zu bezahlen. Immer wieder liehen sie sich Geld bei Verwandten. Mit zwölf Jahren ging Vilmas Mann das erste Mal in die Mine. Der Staub setzte sich in seinen Lungen fest. Eine Versicherung hatte er nicht. „Wir haben niemals darüber gesprochen, dass das passieren kann. Mein Ehemann, wie die meisten Männer hier, lebte den Moment“, sagt Vilma. „Er dachte nicht an die Zukunft. Die Männer sind Machos. Sie sagen uns, sie kümmern sich um die Arbeit und wir sollen zuhause bei den Kindern bleiben. Und wir haben darauf gehört. Sie denken nicht darüber nach, was mit ihrer Familie passieren wird, wenn sie nicht mehr da sind. Sie sind egoistisch.“ Vilma erzählt, dass die bolivianischen Männer sehr misstrauisch seien und ihre Frauen klein hielten. Nur selten dürften sie allein das Haus verlassen. Erst nach dem Tod ihres Mannes hätte sie gelernt, selbstständig zu sein. „Ich habe immer geschwiegen. Ich hatte Angst mit anderen Menschen zu sprechen. Jetzt habe ich gelernt, das Wort zu ergreifen und meine Meinung zu sagen“, sagt Vilma mit Stolz. „Wenn wir arbeiten wollen, müssen wir unsere Schüchternheit ablegen. Wenn wir nicht arbeiten, können wir nichts für unsere Kinder tun. Bei den Treffen kämpfen wir dagegen. Wir haben angefangen zu wachsen, stärker zu werden.“ Die Frauen sollen nicht länger nur der passive Part sein, sondern auch eine eigene Meinung haben. Das versuchen Vilma und die anderen Witwen bei jeder Gelegenheit anderen Frauen zu vermitteln. „Wir haben unsere Männer verloren, sie haben uns nichts zurückgelassen. Sei stark. Geh raus. Erhebe die Stimme. Damit es dir nicht irgendwann so wie uns geht“, sagt Vilma.

6.4 Im Schatten des Reichen Berges

Ibeth kümmert sich nicht nur um die Witwen, sondern auch um die Frauen, die auf dem Cerro Rico leben. Die sogenannten Guardas bewachen Tag und Nacht die Mineneingänge und die Arbeitsgeräte der Miner. Sie wohnen in kleinen Hütten vor den Mineneingängen, die meisten von ihnen ohne Strom und fließendes Wasser. Nachts sind sie hier ganz allein. Ibeth hat angeregt,

dass sich die Guardas ähnlich wie die Witwen regelmäßig treffen, um sich über ihre Sorgen auszutauschen. An einer dieser Versammlungen nehme ich an diesem Morgen teil. Etwa zehn Frauen sind gekommen. Mit Guarda Eliza komme ich ins Gespräch. Sie ist in einem kleinen Dorf in der Nähe des Salzsees Uyuni aufgewachsen. Mit 18 Jahren kam sie nach Potosí, um nach Arbeit zu suchen. Inzwischen ist sie 48 Jahre alt und hat zwei Kinder von zwei verschiedenen Vätern. Der ältere Sohn, Esteban, ist beim Militär stationiert. Der jüngere Sohn, José Luis, ist 15 Jahre alt und geht noch zur Schule. Er lebt mit Eliza seit acht Jahren auf dem Cerro Rico – in einer kleinen Hütte gleich neben einem der zahlreichen Mineneingänge. Das Häuschen hat nur einen Raum. Es ist Schlafzimmer für Mutter und Sohn, aber auch Küche und Aufenthaltsraum. „Das Leben auf dem Berg ist sehr traurig für uns. Manchmal haben wir Licht, manchmal nicht“, erzählt Eliza. „Ich muss eine halbe Stunde zum Brunnen laufen, um Wasser zu holen. Wenn es schneit, können wir nur fünf Liter tragen. Der Weg ist gefährlich. Man kann leicht aus- und abrutschen. Bei gutem Wetter geht auch das Doppelte. Das Wasser ist kontaminiert. Wenn es geregnet hat, ist es sauberer.“

Eliza arbeitet als Guarda. Sie hilft dabei, Mineralien aus der Mine zu schaffen. Außerdem passt sie auf die Arbeitsgeräte auf, damit sie nicht gestohlen werden. „Wenn etwas fehlt, dann ist es meine Schuld und mir wird der Lohn gekürzt. Das ist mir schon einmal bei einer anderen Kooperative passiert. Mein Geld habe ich nie bekommen“, sagt Eliza. Die Diebe kommen immer in der Nacht. Manchmal bemerken Eliza und ihr Sohn es gar nicht und am nächsten Morgen sind die Maschinen weg. „Manchmal kommen die viele Hundert Kilometer hierher, um zu stehlen. Ich habe fünf Hunde und wenn die anschlagen dann schau ich erst aus dem Fenster, ob ich etwas sehe, und renne dann schnell rüber zum Eingang, um diesen zu sichern. Das ist eine sehr gefährliche Arbeit“, erzählt Eliza. Ihr Vertrag mit den Mineros gilt immer nur für ein paar Monate, dann wird ein neuer Vertrag gemacht. Wenn die Mineralienpreise am Boden sind, bekommt auch sie das zu spüren. Ihr Verdienst ist sehr gering, etwa 88 Euro im Monat. Davon muss sie alles bezahlen. Manchmal bekommt sie ihr Geld erst verspätet oder gar nicht. Eine Versicherung kann sich Eliza nicht leisten. Geld für Medikamente oder eine Behandlung im Krankenhaus hat sie nicht. Mit acht Jahren verletzte sie sich am Fuß, seitdem kann sie nur mit Schmerzen laufen. „Wir haben weit draußen auf dem Land gewohnt und Schweine und Schafe gezüchtet. Eines der Schweine ist wild geworden, ich musste flüchten und bin in einem Loch stecken geblieben“, erinnert sich Eliza. „Ich bin dann ganz normal weiter zur Schule gegangen. Es gab kein Geld, damit ich mich erholen konnte. Kurz darauf ist mein Vater gestorben, sodass ich mich dann um alles kümmern musste – es gab weder Zeit für Heilung noch für Bildung.“ Angst habe sie

inzwischen nicht mehr davor, nachts allein auf dem Berg zu sein. „Ich schlafe sehr gut hier oben. Ich bin nicht ganz allein – Gott ist immer bei mir. Aber es ist oft auch sehr einsam“, sagt Eliza. Dennoch hat sie keine andere Wahl. Sie hat nur die Grundschule besucht und keine Ausbildung. Nach dem Tod ihres Vaters fehlte das Geld. So konnte nur ihr Bruder zur Schule gehen und wurde Lehrer. Als Frau hatte Eliza das Nachsehen. So sei das auf dem Land. Dennoch ist sie froh über ihre Arbeit als Guarda. „Wir verdienen hier sehr wenig, aber immerhin verdienen wir. Ich habe kein Haus, nichts. Wohin soll ich gehen? Der Cerro Rico ist unser Leben, er bedeutet alles für uns. Wenn er eines Tages zusammenbricht, dann ist es vorbei. Was sollen wir machen ohne unseren Cerro?“ Erst einmal war sie im Inneren des Berges. Es fielen Steine von der Decke und sie hatte große Angst. Schon oft hat Eliza gesehen, wie Tote oder Verletzte aus der Mine getragen werden. „Ich will nicht, dass meine Kinder in der Mine arbeiten. Sie sollen in die Schule gehen. Die Väter meiner beiden Söhne arbeiten in der Mine, aber sie wollen sich nicht an ihre Kinder erinnern. Sie tun so, als ob es sie nicht geben würde“, sagt Eliza. „Ich Sorge mich um meine Kinder. Sie sind noch jung. Was werden sie machen, wenn ich sterbe?“ Elizas großer Traum ist es, einmal in den Urlaub zu fahren. Noch nie ist sie richtig verreist. „Ich würde gern meine alten Nachbarn in meinem Dorf besuchen oder nach La Paz fahren, um Kleidung zu verkaufen. Da war ich erst einmal“, sagt Eliza. „Oder nach Chile. Dort leben meine Cousins. Chile und das Meer – das wäre mein Traum. Meine Cousins sagen immer: ‚Komm doch mal zu uns!‘. Aber wie soll ich das bezahlen und wer soll meine Arbeit hier so lange übernehmen?“ Dass sich ihre Situation eines Tages verbessert, glaubt Eliza nicht. Auch wenn sie wählen geht, hat sie ihre Hoffnung auf den so oft beschriebenen Wandel schon aufgegeben: „Vor den Wahlen sagen sie immer, es wird sich alles ändern, aber nichts ändert sich. Die Regierung macht einfach nichts hier auf dem Land.“

Auch Ibeth Ovando, Direktorin von MUSOL, findet keine guten Worte für die Regierung Morales: „Wir bekommen für unsere Arbeit keinerlei staatliche Zuwendung. Die Menschen hier werden einfach vergessen“, sagt sie. „Bei Wahlveranstaltungen laufen neben dem Präsidenten Männer mit Helmen – das sind gar keine echten Mineros. Er schmückt sich mit ihnen, um Stimmen zu bekommen.“ Tatsächlich seien aber viele Menschen in Potosí von Morales enttäuscht, glaubt Ibeth. „Wenn ihm wirklich etwas an ihnen läge, dann würde er dafür sorgen, dass niemand mehr unter diesen Bedingungen in den Minen arbeiten muss!“

7. Die Wahl

Nach Mexiko war die bolivianische Revolution im Jahr 1952 die Zweite in Lateinamerika. Die eigentliche Revolution lag in der Änderung der politischen Spielregeln mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für volljährige Bürger – und damit auch für Frauen, Analphabeten, Arme und Indigene. Sie ermöglichte 70 Prozent der Bevölkerung die politische Mitentscheidung. Damit stand der Weg für eine tiefgreifende Veränderung der bolivianischen Gesellschaft offen. Im Jahr 2014 fallen die Präsidentschaftswahlen auf den 12. Oktober, den symbolträchtigen Tag der Entdeckung Amerikas durch den italienischen Seefahrer Christoph Kolumbus. Nach seiner Entdeckung der Karibik am 12. Oktober 1492 wurde die Neue Welt kontinuierlich erkundet und schließlich durch die Europäer erobert. Eine neue Zeit beginnt, keine gute für die Ureinwohner des Kontinents. Sie werden von den europäischen Eroberern ausgebeutet, unterdrückt und vernichtet. Es ist wohl kein Zufall, dass die Präsidentschaftswahlen an gerade diesem Tag stattfinden, schließlich steht der amtierende Präsident Evo Morales wie kein anderer für den Kampf gegen eben diese Unterdrückung.

7.1 Der Tag der Wahl

Es ist ein ungewohntes Bild, das sich den Menschen an diesem Sonntag in La Paz bietet. Die stinkenden Metallkarawanen, die sich sonst geräuschvoll Tag und Nacht durch ihre Stadt schieben, sind verschwunden. „Es ist der Tag des Zuzußgehens“, hatte mir der pensionierte Lehrer Héctor Valdez schon vor ein paar Tagen lächelnd angekündigt. Und tatsächlich ist die ganze Stadt auf den Beinen. Mit Regenschirmen spazieren die Menschen vergnügt auf den Straßen, die Sonne brennt an diesem 12. Oktober erbarungslos vom Himmel. Der Frühling hat nun auch das auf knapp 4.000 Metern liegende La Paz erreicht.

Für einen Tag herrscht Ausnahmezustand im ganzen Land. An diesem Sonntag wählen knapp 6,3 Millionen Bolivianer ein neues Parlament und einen neuen Präsidenten. Da jedem die Wahl gesetzlich vorgeschrieben ist, ist die Wahlbeteiligung beneidenswert hoch und lag zuletzt bei über 90 Prozent. Wer nicht wählt, muss mit Konsequenzen rechnen: In den kommenden drei Monaten sind dann jegliche Transaktionen in Banken und öffentlichen Einrichtungen untersagt. In einem Land, das kein flächendeckendes Postsystem hat, bedeutet das, dass Rechnungen für Wasser, Strom und Gas nicht beglichen und damit abgestellt werden können. Zudem droht dem Nichtwähler eine Geldstrafe und er wird von den Wählerlisten gestrichen. Für

die nächste Wahl muss er sich dann neu registrieren. Doch damit nicht genug der Regeln: Am gesamten Wahltag ist es nicht erlaubt zu reisen. Der öffentliche Verkehr kommt im ganzen Land beinahe vollständig zum Erliegen. Die Minibusse und Trufis, die Linientaxen, die sonst das Stadtbild von La Paz prägen, dürfen von 0 bis 24 Uhr nicht fahren. Nur wenige Taxen haben eine Sonderlizenz, die sie für 200 Bolivianos, etwa 18 Euro, schon vor Monaten unter strengen Auflagen beantragen konnten. Das Gleiche gilt für private Autos. Nur wer nachweisen kann, dass er gehbehindert ist, konnte eine Genehmigung bekommen. Wer ohne fährt, dem drohen hohe Geldbußen. „Wir dürfen nicht reisen, weil es in der Vergangenheit immer wieder Massenbewegungen gab. Die Leute haben einfach an mehreren Orten gewählt“, erzählt Héctor. „Da gab es dann am Ende mehr Stimmen als Menschen.“ Teilweise hätten sogar Peruaner in Bolivien gewählt. Deshalb sei an den Landesgrenzen auch nur eine eingeschränkte Ein- und Ausreise möglich. Die meisten Bolivianer nehmen es mit Humor, so wie der 40-jährige Aldo Arana. „Es ist ein besonderer Tag heute. Wir genießen ihn mit unseren Familien – das ist Tradition“, erzählt er. „Aber wir entscheiden heute auch, ob die nächsten fünf Jahre gut oder schlecht werden.“ Es sei der Tag der Familie. Bernardo, der seinen Nachnamen nicht sagen will, sieht das anders: „Ein Land, in dem es keine Wahlfreiheit gibt und in dem man kein Auto fahren darf, ist doch kein demokratisches Land“, schimpft der 56-Jährige. Tatsächlich gibt es weitere Einschränkungen. Schon seit Freitag bis einschließlich Sonntagabend dürfen die Bolivianer keinen Alkohol verkaufen, kaufen, geschweige denn konsumieren – in der Öffentlichkeit und privat. Die Menschen sollen einen klaren Kopf für die Wahl haben, lautet die Begründung. In den Supermärkten sind die Regale mit Bier und Spirituosen zugehängt, in den Bars patrouilliert die Polizei. Inzwischen ist es Tradition geworden, am Wahlwochenende Freunde und Familie einzuladen und ausgelassene Hauspartys zu feiern. Nur erwischen lassen sollte man sich nicht, sonst droht auch hier wieder ein saftiges Bußgeld.

Vor der Turnhalle der französischen Schule im Stadtteil Achumani in der Zona Sur wird an improvisierten Buden frittierte Schweinehaut im Brötchen und Zuckerwatte verkauft. Es herrscht Volksfeststimmung. In der Turnhalle wird seit acht Uhr gewählt. Es sind viele kleine Wahltische aufgebaut. Jeder Wähler muss seinen Ausweis vorzeigen, der mit den hinterlegten Daten verglichen wird. Der Wahlzettel ist ein großformatiges Plakat, auf dem alle fünf Parteien mit den Namen und Fotos ihrer Kandidaten aufgeführt sind. Die Fotos sind abgebildet, damit auch Analphabeten wissen, wo sie ihr Kreuz machen müssen. Nach der Stimmenabgabe erhält der Wähler eine Karte, die ihn in den kommenden drei Monaten als Wähler ausweist. Mit einer Unterschrift und einem Daumenabdruck bestätigt man deren Erhalt. Früher muss-

te jeder seinen kleinen Finger in ein Tintenfass halten, um so sicherzustellen, dass die Menschen nicht noch in anderen Wahllokalen wählen. Heute löst sich die blaue Farbe schneller ab. Trotz der Menschenmassen läuft alles ruhig und geordnet. „Die Menschen haben sich inzwischen an die Demokratie gewöhnt“, erklärt Héctor. „Bei den vergangenen Wahlen waren sie noch sehr aufgeregt. Dann gab es auch schon mal Auseinandersetzungen.“ An diesem Tag wird es friedlich bleiben.

Die Wahllokale sind noch bis 16 Uhr geöffnet, erst gegen 20 Uhr wird die erste Hochrechnung erwartet. Vorher dürfen keine Zahlen veröffentlicht werden. Gegen 19 Uhr mache ich mich auf den Weg Richtung Innenstadt. Am Abend soll dort Morales auf dem Balkon des Präsidentenpalastes erscheinen, um mit seinen Anhängern den Wahlsieg zu feiern. Ich habe Glück, nach nur wenigen Minuten hält ein Taxi. Doch der Fahrer verlangt 50 Bolivianos, rund sechs Euro, fast das Doppelte des regulären Preises. Ich winke lächelnd ab und mache mich schon einmal zu Fuß auf den Weg Richtung Innenstadt. Das stellt sich schnell als Fehler heraus, denn nun gibt es gar kein freies Taxi mehr. An jeder Straßenkreuzung stehen eine Handvoll Leute, die verzweifelt versuchen, ein Taxi anzuhalten. So spaziere ich schon über eine Stunde, bis ich schließlich doch noch Glück habe. Kurz vor mir steigen Fahrgäste aus und für den horrenden Preis von 50 Bolivianos kann ich den Fahrer dann doch noch überreden, mich in die Stadt zu bringen. Auf dem Plaza Murillo vor dem Präsidentenpalast wiegt sich im Takt der Musik ein Fahnenmeer aus Schwarz, Blau und Weiß – die Farben der Regierungspartei MAS. Aus überdimensionalen Lautsprechern tönt „Hebt die Hände, wenn ihr für Evo seid ... wir alle sind Evo“. Immer wieder gibt es Sprechchöre, die nach dem Präsidenten rufen. Gegen 22 Uhr ist es dann soweit: Evo Morales betritt den Balkon, gefolgt von seinem Vizeminister Álvaro García Linares und anderen Mitstreitern. Jetzt kennt die Masse kein Halten mehr. Die Menschen tanzen und rufen: „Mit Evo und Álvaro geht es uns gut!“ Unter dem tosendem Applaus seiner Anhänger erklärt Morales sich zum Wahlsieger und widmet seine Wiederwahl „allen Völkern der Erde, die gegen den Imperialismus kämpfen“. Er bedankt sich für die vergangenen neun Jahre und verspricht, den *cambio* in den kommenden neun Jahren fortzuführen. Nach einer kurzen Pause verbessert er sich lächelnd: In den kommenden fünf Jahren. Die Opposition hatte bereits im Wahlkampf immer wieder den Verdacht geäußert, Morales könne zum wiederholten Mal die Verfassung ändern, so dass er auch 2020 noch einmal kandidiert. Sein größter Herausforderer, der konservative Unternehmer Samuel Doria Medina, der den Hochrechnungen zufolge etwa 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, erklärt noch am gleichen Abend, er werde die Opposition anführen und eine Verfassungsreform für eine weitere Wiederwahl von Morales

blockieren. Der christdemokratische Ex-Präsident Jorge Quiroga erhielt voraussichtlich neun Prozent der Stimmen, der linke Ex-Bürgermeister von La Paz, Juan del Granado, sowie der indigene Kandidat der Grünen Partei, Fernando Vargas, ebenso drei Prozent. Die Wahlen verliefen nach Angaben der Wahlbehörden ohne größere Zwischenfälle. Knapp 1.300 Menschen wurden vorübergehend festgenommen, weil sie das Alkoholverbot oder andere Vorschriften des Wahltags nicht eingehalten haben. Vor dem Präsidentenpalast leeren sich schon gegen 23 Uhr die Reihen. Der harte Kern feiert noch ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden.

7.2 Der Tag nach der Wahl

Am Tag nach der Wahl gibt es in La Paz nur ein Thema. Die Fernseh- und Radiostationen senden in Dauerschleife Analysen des Wahlabends. In den Minibussen und Trufis wird über die vorläufigen Ergebnisse diskutiert. An den Zeitungsständern türmen sich die Zeitungen mit überdimensionalen Schlagzeilen über den Wahlsieger. Es gibt an diesem Tag kein anderes Thema und alle scheint es gleichermaßen zu interessieren – die Geschäftsfrau, den Taxifahrer und auch die Schüler. Doch noch liegen keine amtlichen Wahlergebnisse vor. Sogar die bolivianischen Medien berufen sich auf die Prognosen der Umfrageinstitute. Eigentlich wollte die bolivianische Wahlbehörde acht Stunden nach der Wahl 70 Prozent aller Stimmen ausgezählt haben. Tatsächlich hat sie fast 24 Stunden nach der Wahl noch nicht einmal zehn Prozent geschafft. Mitverfolgen lässt sich das auf der Internetseite der Wahlbehörde. Inzwischen will sie keine Prognose mehr abgeben, wann mit einem Endergebnis zu rechnen ist. Schon vor den Wahlen war von allen Seiten Kritik an der Arbeit des Wahlorgans laut geworden. Die Opposition stellte dessen Unabhängigkeit in Frage. Auch Präsident Morales beschwerte sich über die ineffektive organisatorische und technische Ausführung der Abstimmungen. Doch eigentlich spielen die Verzögerungen für ihn keine Rolle mehr, denn schon an diesem Montag steht auch ohne konkrete Zahlen fest: Boliviens Präsident Evo Morales und sein Vize Álvaro García Linera sind – wie bereits durch vorherige Meinungsumfragen abzusehen war – bei den Nationalwahlen am Sonntag in ihren Ämtern bestätigt worden.

Erst knapp eine Woche später erklärt die bolivianische Wahlbehörde den amtierenden Präsidenten mit 61,04 Prozent der Stimmen offiziell zum Sieger. Der Wirtschaftsliberale Samuel Doria Medina von der Demokratischen Einheit kommt auf 24,49 Prozent, der rechtsliberale Ex-Präsident Jorge Quiroga auf 9,07 Prozent. Zunächst wurden nur 99,82 Prozent der abgegebenen Wahlzettel berücksichtigt. Die übrigen fallen auf 49 Wahlbezirke, in

denen die Abstimmung aufgrund von Unstimmigkeiten zwei Wochen später wiederholt werden muss. Angeblich seien Wahlunterlagen verloren gegangen. Die Wahlbehörde betonte jedoch, dass die noch fehlenden Stimmen das Resultat der Präsidentschaftswahl nicht signifikant ändern würden, so dass man sich bereits zu diesem Zeitpunkt zur Bekanntgabe des Ergebnisses entschlossen habe. Für die Kongresswahlen wurden noch keine Ergebnisse genannt, da die ausstehenden Stimmen noch Einfluss auf die Verteilung der Abgeordneten im Kongress haben könnten. Hier fehlt der Regierungspartei ein Sitz, um mit einer Zweidrittelmehrheit regieren zu können. Im Senat hat sie diese bereits sicher. Zwei Wochen nach den Wahlen gibt die Wahlbehörde schließlich die amtlichen Endergebnisse bekannt. Demnach wird die regierende MAS in der kommenden Legislaturperiode in beiden Kammern des gesetzgebenden Kongresses eine Zweidrittelmehrheit stellen. Nach Auswertung aller Stimmen erhält die Partei von Staatspräsident Evo Morales 88 der 130 Abgeordnetensitze im Parlament. Damit kann die Regierung weiterhin jedes ihrer Vorhaben mit den eigenen Stimmen von der gesetzgebenden Versammlung verabschieden lassen. Durch die Auszählung der Reststimmen änderte sich das Ergebnis der Präsidentschaftswahl nur geringfügig, wonach Evo Morales 61,36 Prozent, Samuel Doria Medina von der Demokratischen Einheit 24,23 Prozent und Jorge Quiroga der rechtsliberalen PDC 9,04 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten. Morales gewann drei von vier Departamentos im Osten des Landes, sogar in Santa Cruz stimmten die Menschen dieses Mal mehrheitlich für die MAS. Sie gelten als Hochburgen der Opposition. Es ist ein großer Erfolg für den alten und neuen Präsidenten und seine Partei.

Am 21. Januar 2015 trat Evo Morales mit einer Indigenen-Zeremonie seine dritte Amtszeit als Staatsoberhaupt Boliviens an. In der Ruinenstadt Tiwanaku reinigten indigene Priester den Staatschef symbolisch, dann legte Morales eine mit Gold verzierte Tunika aus Vicuna-Wolle an. „Heute bekräftigen wir unsere Identität und unsere demokratische und kulturelle Revolution“, sagte er. Die offizielle Amtseinführung und Vereidigung erfolgte am darauffolgenden Tag. Morales wird das Andenland nun bis 2020 regieren. In seiner dritten Amtsperiode setzt er auf acht Mitglieder seiner vorherigen Regierung und 13 neue Minister und Ministerinnen. Er stellte seine Kernthemen vor und forderte die Opposition zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auf. „Ich habe die große Verantwortung für fünf weitere Jahre übernommen, dank dem Kampf des bolivianischen Volkes und der sozialen Bewegungen“, sagte Morales. Auf die Bevölkerung wolle er in den kommenden Jahren noch stärker zugehen und vor allem im Bereich des Gesundheitswesens und der Armutsbekämpfung Fortschritte erzielen. Von den Anhängern der Opposition forderte Morales, dass sie bei den Themen, bei denen sie eine andere Mei-

nung als die Regierung hätten, Vorschläge einbringen, anstatt die Konfrontation zu suchen. An der Amtseinführung nahmen wichtige Politiker aus mehr als 40 Ländern teil. Die Präsidenten verschiedener lateinamerikanischer Staaten gratulierten Evo Morales zu seinem Sieg. Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro übermittelte seinem bolivianischen Kollegen Glückwünsche über Twitter. Er schrieb: „Es lebe Bolivien, es lebe Túpac Katari, es lebe Simón Bolívar, es lebe Sucre, es lebe Hugo Chávez, es lebe Fidel, es lebe Evo!“ Der uruguayische Präsident José Mujica und Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández gratulierten am Telefon.

8. Epilog

Eine Bewertung der bisherigen Regierungszeit von Evo Morales und seiner Partei führt zu einer gemischten Bilanz. Der Präsident konnte insbesondere zu Beginn seiner Regierungszeit zahlreiche Wahlversprechen umsetzen. Er erhöhte die Ausgaben für Schulkinder, Schwangere und junge Mütter, alte Menschen und Kriegsveteranen und initiierte einige erfolgreiche Maßnahmen. So ist es einem seiner sozialen Programme zu verdanken, dass Bolivien inzwischen als Analphabetismus freies Land gilt. 2006 gab es noch 13,3 Prozent Analphabeten. Das Programm, das Grundkenntnisse im Lesen und Schreiben vermittelt, ließ die Quote auf unter vier Prozent sinken.

Der Präsident profitierte bei seinem Projekt des cambio nicht nur von der Arbeit der Vorgängerregierungen, sondern vor allem auch von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Seit 2006 konnte Bolivien seine Staatseinnahmen vervierfachen. Wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern hängen die Einnahmen des Landes vor allem an den Rohstoffexporten – insbesondere dem Verkauf von Erdgas an Argentinien und Brasilien. Die hohen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt bescherten der Wirtschaft trotz Weltwirtschaftskrise ein stetiges Wachstum von fünf Prozent – das stärkste in ganz Südamerika. Der wirtschaftliche Boom ist jedoch auf den gestiegenen Verkaufspreis des Erdgases zurückzuführen, die Produktionsmenge stagniert. An der Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik von Morales haben deshalb viele ihre Zweifel. Die Kehrseite dieser Erfolgsbilanz ist die große Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen, da die Regierung nicht in eine Diversifizierung der Wirtschaft investiert. Viele Bolivianer fürchten sich davor, wie es mit ihrem Land weitergeht, wenn diese sinken. Das Gas hat für Morales auch symbolische Bedeutung. Seit der Eroberung Südamerikas durch die Spanier waren es vor allem Europäer und später Nordamerikaner, die die Profite für sich vereinnahmten. Gleichzeitig blieb Bolivien arm. Deshalb soll die Ausbeutung

des Erdgases nun allein die staatliche Energiefirma übernehmen. Die Einnahmen aus dem Export bringen hohe Deviseneinnahmen und reduzieren die staatliche Verschuldung. Doch die Skepsis von privaten Investoren gegenüber der sozialistischen Politik ist groß. Sie halten sich mit Neuinvestitionen zurück. Umso großzügiger investiert der Präsident selbst. Mit prestigeträchtigen Projekten wie dem neuen Seilbahnnetz in La Paz bemüht sich die Regierung, den Eindruck eines wirtschaftlichen Aufschwungs zu erwecken. Die Menschen macht es stolz, dass ihr Land solche Großprojekte hervorbringen kann. Die Lösung alltäglicher Probleme, wie die Wasser- und Abwasserversorgung, gerät bei dem Streben nach solchen Megaprojekten in Vergessenheit.

Auch wenn die Bolivianer im Durchschnitt heute mehr Geld zur Verfügung haben und die extreme Armut verringert werden konnte, spüren nicht alle Menschen in ihrem täglichen Leben die Fortschritte des Landes. Vor allem im Gesundheitsbereich besteht dringender Handlungsbedarf. Die meisten Bolivianer sind nicht krankenversichert, insbesondere auf dem Land fehlt es an medizinischer Versorgung. Dort leben viele Menschen noch immer in großer Armut. Für sie hat sich mit der Regierung Morales wenig verändert. Auch das bolivianische Justizsystem bedarf dringend einer Umstrukturierung. Weil Richter und Gerichte fehlen, gilt nicht nur das öffentliche, sondern auch das indigene Recht. Immer wieder wird bekannt, dass Diebe, kriminelle Polizisten und korrupte Bürgermeister von einer aufgebrachtten Dorfgemeinschaft gelyncht wurden. Die neue Verfassung fordert zwar ausdrücklich, das Recht auf Leben zu schützen, doch es fehlt ein klares Ausführungsgesetz. So sind der Selbstjustiz Tür und Tor geöffnet. Seit Jahrzehnten kämpft Bolivien in Justiz und öffentlicher Verwaltung gegen Ineffizienz und hohe Korruptionsraten. Viele Inhaftierte verfügen über keine rechtskräftige Verurteilung. Im November 2012 wurde ein Netz aus Korruption, Betrug und Erpressung bis in die höchsten Spitzen der Justiz und Politik aufgedeckt – Richter, Staatsanwälte und hohe Regierungsfunktionäre verschiedener Ministerien waren beteiligt. Der Skandal ließ sichtbar werden, wie stark die öffentlichen Institutionen von der Korruption zersetzt sind. Und auch die Alltagskorruption, wie Schmiergeldzahlungen an den Lehrer für eine gute Schulnote, an den Zollbeamten oder bei Behördengängen, ist den meisten Bolivianern nicht fremd.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Gesetze verabschiedet, die die Pressefreiheit einschränken. Kritische Medienkonzerne wurden von unbekanntenen Investoren aufgekauft und veränderten daraufhin ihre Berichterstattung zugunsten der Regierung. Pluralismus und offene Kritik sind unerwünscht. Seit der Amtsübernahme von Morales wurden zahlreiche Strafverfahren gegen oppositionelle Politiker angeregt. Dass er sein Amt als Präsident auch im Wahlkampf ausnutzte, überrascht nicht. Während die

Regierungspartei den gesamten Staatsapparat einsetzte, fehlte es den anderen Parteien an Ressourcen, da auch die staatliche Parteienfinanzierung von Morales abgeschafft wurde. Bolivien ist nicht so reich, dass man leicht Parteispenden anwerben könnte. Zudem haben die oppositionellen Parteien keinen Zugang zu den staatlichen Medien. Diese groben Verletzungen der demokratischen Grundrechte sind ein dunkler Fleck auf der strahlenden Bilanz des Wahlsiegers. Doch auch wenn die Chancen der Opposition gering waren, ist es zu begrüßen, dass ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, Parteistrukturen aufzubauen und somit dem Zerfall des traditionellen Parteiensystems entgegen zu wirken. Die Departments- und Kommunalwahlen im März 2015 stellen für die drei Oppositionsparteien eine Chance dar, sich zunächst zumindest auf lokaler und regionaler Ebene zu beweisen. Der politischen Stabilität Boliviens würde es gut tun, wenn es anstatt der Hegemonie einer einzigen Partei eine starke Opposition gäbe. Derzeit existiert keine politische Alternative zu Morales. Kritiker sprechen bereits von einer Autokratie und einem möglichen Abgleiten in eine totalitäre Herrschaft. Mit der Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierungspartei im Parlament ist die Einhaltung der demokratischen Grundrechte in Bolivien auch künftig ungewiss. Erneut könnte Morales die Verfassung ändern und noch einmal kandidieren. Schon in seiner Ansprache am Wahlabend hatte er auf neun weitere Regierungsjahre verwiesen, die nun vor ihm lägen.

Evo Morales ist ein charismatischer Amtsinhaber, der als Identifikationsfigur dient. Er wird nicht müde, immer wieder seine Herkunft zu betonen. Sein Lebenslauf weist Parallelen mit den Lebensläufen von vielen Bolivianern auf. Das verschafft ihm ein besonderes Vertrauen. Seinen Erfolg verdankt er neben seiner Popularität auch einer günstigen historischen Konstellation. Bolivien ist ein Land im Umbruch, auf der Suche nach einer neuen Identität, die die vom Kolonialismus geschaffenen Machtstrukturen hinter sich lässt. Rassismus und Kapitalismus wurden zum gemeinsamen Feindbild. Morales sucht eine Versöhnung der verschiedenen Strömungen der bolivianischen Gesellschaft. Er vermittelt der indigenen Bevölkerung erstmals ein Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit, nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch die weißen Eliten. Die Bolivianer haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. All das überwiegt für die Bürger die Schattenseiten des Morales. Für viele Menschen ist er ein Hoffnungsträger – vor allem für die Indigenen. Sie haben das Gefühl erstmals einen Präsidenten an der Spitze ihres Landes zu wissen, der sich nicht in die eigenen Taschen wirtschaftet, sondern Entscheidungen in ihrem Sinn trifft. Solange Evo Morales die indigenen Gruppen hinter sich weiß, wird er kaum zu schlagen sein. Und auch ist es von einem hohen symbolischen Wert, dass erstmals ein Indigener als Präsident legitimiert wurde. Im Alltag sind die Strukturen der Gesellschaft

jedoch oft noch weiterhin ungleich und diskriminierend. Es wird noch dauern, bis eine ausgebildete indigene Mittelschicht heranreift, die dann auch unter den Indigenen wieder für größeren Pluralismus sorgen wird.

Um die Begeisterung der Bolivianer für ihren Präsidenten zu verstehen, muss man sich mit der Geschichte des Landes auseinandersetzen. Auch wenn es noch viele dringende Probleme im Land zu lösen gilt und es nach unserem Demokratieverständnis zum Teil bedenkliche Entwicklungen gibt, hat Bolivien in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Es wird sehr spannend, die Entwicklungen in den kommenden Jahren weiter zu verfolgen.

9. Danksagung

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, der Heinz-Kühn-Stiftung für die Stipendienförderung meiner vorliegenden Recherche zu danken.

Es war eine herausragende Erfahrung, fern vom journalistischen Alltag in Deutschland, ein anderes Land mit seiner Kultur und seinen Menschen so umfassend kennenlernen zu dürfen. Auch wenn ich zuvor bereits mehrmals für verschiedene Projekte im Ausland tätig war, habe ich diese Reise als besonders intensiv erlebt. Nach meiner Rückkehr habe ich einige Wochen gebraucht, um wieder in der deutschen Realität anzukommen. Ich fühlte mich fremd im eigenen Land, als hätte ich etwas gesehen, das hier niemand sonst verstehen kann. Noch nie zuvor in meiner Arbeit wurde ich in dieser Intensität mit Armut konfrontiert: Menschen, die auf engstem Raum zusammenleben, ohne fließendes Wasser und Strom, die dennoch großzügiger sind, als viele andere vergleichsweise reiche Menschen, die ich in anderen Teilen der Welt getroffen habe. Das hat mich nachhaltig beeindruckt.

Ich bin sehr glücklich darüber, dass ich einen Beruf ergriffen habe, der es ermöglicht, Menschen und ihre Lebensrealitäten sichtbar werden zu lassen. In den sechs Wochen in Bolivien habe ich unzählbar viele interessante und herzliche Menschen getroffen, über 40 Interviews geführt und 3.000 Fotografien aufgenommen. Nur ein Teil der Eindrücke hat in diesem Bericht seinen Platz gefunden.